Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 66. Sitzung
des 1. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 15. Dezember 2011, 10.00 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dr. Maria Flachsbarth, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:	1 - 80
Herr Gottfried Mahlke gemäß Beweisbeschluss 17-205	
Herr Prof. Dr. Helmut Röthemeyer gemäß Beweisbeschluss 17-209	

* Hinweis:

Der Zeuge Gottfried Mahlke hat keine Korrekturen vorgenommen. Die Korrekturen des Zeugen Prof. Dr. Helmut Röthemeyer (Anlage) wurden in das Protokoll eingearbeitet.

(Beginn: 11.02 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine lieben Damen und Herren! Herzlich Willkommen zur letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses Gorleben in diesem Jahr! Ein wenig weihnachtlicher Friede möge diesen Ausschuss umgeben, hoffe ich jedenfalls. Diese kleinen Weihnachtsmänner mögen das Ihrige dazu beitragen; Schokolade macht ja glücklich, wie wir alle wissen.

Einziger Punkt der Tagesordnung:

Vernehmung von Zeugen, im Einzelnen:

Herr Gottfried Mahlke
gemäß Beweisbeschluss 17-205

Herr Prof. Dr. Helmut Röthemeyer
gemäß Beweisbeschluss 17-209

Herrn Mahlke begrüße ich schon in unserer Runde. Darüber hinaus begrüße ich in unserer Runde Herrn Josteit von der Landesvertretung Bremen, der in der öffentlichen Sitzung hier bei uns sein wird.

Die Medien brauche ich nicht zu bitten, den Saal zu verlassen, irgendwelche Aufnahmen einzustellen. Die Medien der schreibenden Zunft sind uns natürlich wie immer willkommen.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer möchte ich daran erinnern, dass auch ihnen nicht gestattet ist, Fotoapparate, Filmkameras, Videokameras oder Ähnliches hierher mitzubringen oder gar zu benutzen. Ebenso bitte ich, die Nutzung von Mobiltelefonen einzustellen.

Vernehmung des Zeugen Gottfried Mahlke

Herr Mahlke, nun zu Ihnen. Wir werden - darauf darf ich Sie hinweisen - eine Tonaufnahme der Sitzung anfertigen, die ausschließlich dem Zweck dient, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Aufzeichnung wird nach der Genehmigung des Protokolls gelöscht werden.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-205, den Untersuchungsauftrag sowie einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor. Eine Aussagegenehmigung für Sie vom Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen

Landeskirche Hannover liegt uns ebenfalls vor; das ist mit Schreiben vom 7. Dezember 2011 zugegangen und ist verteilt an den Ausschuss als MAT A 199.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss unedlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des PUAG können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestages eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann. Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nutzen Sie bitte das Mikrofon. Das ist der Akustik dieses Raumes geschuldet. - Herzlichen Dank.

Dann beginnen wir mit der Vernehmung zur Person. Nach den notwendigen Vorbemerkungen darf ich Sie nun bitten, sich dem Ausschuss mit Ihrem vollständigen Namen und Ihrem Alter vorzustellen, und ich darf Sie zugleich fragen, ob die für die Ladung verwandte Anschrift noch korrekt ist.

Zeuge Gottfried Mahlke: Mein Name ist Gottfried Mahlke. Ich bin 64 Jahre. Ich bin

Pastor im Ruhestand. Ich habe meinen ersten Wohnsitz [REDACTED].

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Wir werden das gerne aufnehmen, würden dann aber diese Angabe für das Protokoll, was dann ja veröffentlicht wird, nach Abschluss des Ausschusses entsprechend schwärzen.

Dann kommen wir zur Vernehmung in der Sache. Dem Ausschuss geht es darum, zu klären, ob es auf dem Wege zu der zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock in Gorleben untertätig zu erkunden und keinen anderen Salzstock obertätig mehr zu prüfen, irgendwelche Manipulationen gegeben hat. Der Untersuchungsauftrag umfasst auch noch den Zeitraum ab 1977, also der Entscheidung der Regierung Albrecht, den Standort Gorleben der Bundesregierung anzubieten, bis hin zum Jahre 1997/1998, wo es um die Erkundungskonzepte des Salzstocks geht.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Andernfalls würde ich selbst mit der Frage unmittelbar beginnen. Wie wollen Sie verfahren?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich würde gerne im Zusammenhang etwas vortragen. Ich bin ja Pfarrer dieser Gemeinde Gartow und der Kapellengemeinde Meetschow von 1974 bis Ende 88 gewesen, und über diesen Zeitraum kann ich Auskunft geben. In der Zeit danach bin ich Leiter eines Instituts der hannoverschen Landeskirche an der Medizinischen Hochschule in Hannover gewesen, und ich bin eben vor anderthalb Jahren in Ruhestand gegangen. Außerdem bin ich Pastoralpsychologe und gucke auch von dieser Seite auf die Materie.

Ich möchte zu vier Punkten gerne im Zusammenhang etwas sagen, nämlich zu Gorleben, zu Dragahn, zur Erkundung und zu den Salzabbaugerechtigkeiten, soweit sie in das Jahr 1988 hineinreichen. Und ich zitiere manche Texte und beginne gleich mit einem Zitat aus dem Buch *Franziskus in Gorleben - Protest für die Schöpfung*, das ich damals, 1980/81, herausgegeben habe mit Dorothee Sölle, Fulbert Steffensky, Hans-Eckehard Bahr und meiner Frau, weil ich da etwas

zeitnah berichtet habe über die ersten beiden Jahre und die Landkäufe der DWK. Ich zitiere also aus diesem Buch:

Am 22. Februar 1977 begann für uns im Landkreis Lüchow-Dannenberg ein neues Leben. An diesem Tag erfuhren wir aus den Nachrichtensendungen, daß die niedersächsische Landesregierung Gorleben als den vorläufigen Standort für ein integriertes Entsorgungszentrum ausgewählt hatte. Ich erinnere mich, daß ich am Abend dieses Tages im kleinen Nachbarort Nienwalde Bibelstunde hatte. Mir steht vor Augen, wie entsetzt die alten Frauen über diese Nachricht waren. Wir konnten diese Entscheidung nicht fassen. Wir waren weder emotional noch sachlich darauf vorbereitet. Wir waren uns einig, daß jedes andere Gebiet besser für eine Atommüllfabrik geeignet war als unser schöner Landkreis.

Das, muss ich einfach gestehen, war die erste Reaktion in diesen ersten Tagen, dass wir gedacht haben: Überall kann das hin, aber nicht hier. Und ich erinnere mich auch an ein Gespräch am 23.02. mit Hans Borchardt, dem Samtgemeindedirektor von Gartow, der genau auch diese Position vertreten hat.

Ich kann mich nicht erinnern, in den ersten 14 Tagen im Landkreis eine andere als diese Reaktion wahrgenommen zu haben. Als dann die Bürgerinitiativen für den 12. März 1977 zu einer Großdemonstration in unserem Raum aufgerufen hatten, mischte sich bei manchen die Angst vor den atomaren Anlagen mit der Angst vor den erwarteten Demonstranten. Man erinnerte sich an die Brokdorfer und die Grohndener Ereignisse.

Ich rufe noch mal in Erinnerung für Sie: Erst 1973 begann ja ein öffentlich wahrnehmbarer Protest gegen die Atomindustrialisierung in Wyhl am Kaiserstuhl, und dort nicht etwa wegen atomradioaktiven Emissionen, sondern weil die Winzer Angst hatten, dass durch die Kühltürme die Sonneneinstrahlung für ihre Reben reduziert worden wären.

Einige Kollegen, Kirchenvorsteher und Gemeindeglieder fanden sich zusammen, um eine gottesdienstliche Veranstaltung im Zusammenhang mit der Demonstration vorzubereiten. Ich würde heute rückblickend sagen: Schon in diesem Gottesdienst, 14 Tage

nach der Standortbenennung, spielte diese Heimatverbundenheit keine Rolle mehr, sondern es ging um die Parteinahme für die Schöpfung, für verantwortetes Leben angesichts der Grenzen des Wachstums. Über diesen Gottesdienst gibt es auch Dokumente.

Die Gorleben-Demonstration am 12. März 1977 war der Beginn einer neuen Phase des Widerstandes gegen die Nutzung der Atomenergie insgesamt in Deutschland. Es kam bei dieser Demonstration auf der Waldbrandfläche zwischen Trebel und Gartow nicht zu den gefürchteten Ausschreitungen. Im Gegenteil, der Widerstand fand unter anderem kreative Ausdrucksmöglichkeiten in dem spontanen Bauen eines fantasievollen Abenteuerspielplatzes und dem Beginn der Aktion „Wiederaufforstung statt Wiederaufarbeitung“. Landwirte aus dem Hamburger Umland hatten 10 000 Bäumchen gestiftet, die dort an der Stelle des Waldbrandes und anstelle der Atomanlagen gepflanzt wurden.

Ein Jahr später, am 25. März 1978, erhielt die Kirchengemeinde Gartow, deren Vorsitzender und deren Pastor ich war, ein Kaufangebot von der DWK, wie alle 65 an dem 12 Quadratkilometer großen, vorläufigen Standortgelände beteiligten Grundbesitzer. Für die Grundbesitzer kam zu diesem Zeitpunkt das Angebot völlig unerwartet, da die Landesregierung die Vorläufigkeit der Standortbenennung betont und wiederholt erklärt hatte, dass vor der endgültigen Entscheidung nichts in Gorleben geschehen könnte. Der Kern des damals von der DWK zunächst auf 40 Tage befristeten Angebotes war ein differenzierter Kaufpreis von 4,10 D-Mark pro Quadratmeter für Grund und Boden. Darin wurde der durchschnittliche Verkehrswert mit 45 Pfennig pro Quadratmeter angegeben. Darüber hinaus war die DWK bereit, einen Standortzuschlag von 65 Pfennig pro Quadratmeter sowie einen Interessenzuschlag von 3 D-Mark pro Quadratmeter zu zahlen - Zitat -: „... um in kurzer Zeit Eigentümer und Besitzer werden zu können“.

Die Tatsache, dass die Kirchengemeinde Gartow Besitzer eines kleinen Grundstückes ist, das zufällig in dem Standortgelände liegt, forderte auch von dem Kirchenvorstand eine eindeutige Entscheidung. Auf einmal war es nicht mehr möglich, neutral zu verantwortlichem Handeln aufzurufen, sondern wir mussten als Kirchenvorstand selbstverantwortlich handeln, selbst Farbe bekennen. Wir nahmen das überhöhte Angebot nicht an und

wurden auf diese Weise parteilich. Der Beschluss des Kirchenvorstandes vom 29. März 78 lautet:

Der Kirchenvorstand erklärt, daß er nicht bereit ist, durch den freiwilligen Verkauf eines kircheneigenen Geländes zum Bau der Wiederaufbereitungsanlage beizutragen.

Ich habe unmittelbar nach diesem Ereignis eine persönliche Stellungnahme zu diesem Zusammenhang abgegeben, die auch in dem Buch abgedruckt ist, und die würde ich gerne auch anfügen, weil es ein Jahr nach der Standortbenennung meine persönliche Haltung zu der Problematik deutlich macht:

Ich bin als Christ der Überzeugung, daß Gott uns die Herrschaft über die Erde und die Natur verliehen hat, um sie zu bewahren, und uns Verantwortung für das Wohl unserer Mitmenschen übertragen hat auch in Bezug auf kommende Generationen. Ich sehe in dem Bau der Wiederaufbereitungsanlage und des Endlagers, von denen die gesamte Atomenergieplanung und der weitere Ausbau der Atomenergie abhängig ist, eine folgenschwere Entwicklung, die die uns verliehene Herrschaft und Verantwortung mißbraucht.

1 Wir können uns heute nicht mehr der Erkenntnis verschließen, daß durch die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen die Grenzen des Wachstums absehbar sind. Durch den Ausbau der Atomwirtschaft werden diese Grenzen nicht ernst genommen.

2 Die bisherigen Erfahrungen mit Wiederaufbereitungsanlagen in anderen Ländern haben gezeigt, daß der großtechnische Betrieb Probleme mit sich bringt, die bisher nicht befriedigend lösbar erscheinen. Es sind unter anderem:

2.1 Betriebssicherheit, menschliches und technisches Versagen (Materialschäden, Konstruktionsfehler, Zuverlässigkeit und Gewissenhaftigkeit des Personals, Unfälle, Störfälle)

2.2 Möglichkeiten eines bewußten Mißbrauchs des hier entstehenden Bedrohungspotentials für gewaltsame Zwecke durch Sabotage, Ter-

rorismus, politische Erpressung, Bürgerkrieg, Krieg

2.3 Probleme der stetigen radioaktiven Kontamination, Abluft und Abwasser

2.4 Die nur kurzfristigen Erfahrungen mit der Lagerung von schwachem, mittelaktivem Atommüll, die nicht vorhandenen Erfahrungen mit der Endlagerung von hochradioaktivem Atommüll und seine langfristige Abschließung von der Umwelt (u. a. Naturkatastrophen, Revolution)

3 Die aufgezeigten Fragen betreffen zunächst weitgehend das einzelne Atomkraftwerk bzw. die Wiederaufbereitungsanlage. Auf eine ganz andere Risikostufe werden wir versetzt, wenn die vorliegenden Planungen verwirklicht sein werden (deswegen müssen die Sicherheitsprobleme, die dann erst auftreten werden, schon jetzt bei der Urteilsbildung berücksichtigt werden). Bei der geplanten Größe der Wiederaufbereitungsanlage und dem daraus resultierenden Ausbau bis zu 50 Atomkraftwerken steigt das Gefährdungspotential bis ins Unermeßliche. Die jährliche Produktion von Plutonium wird 14 Tonnen betragen, einem radioaktiven Stoff, dessen hohe Gefährlichkeit inzwischen allgemein bekannt ist. Dadurch wird schließlich auch der Weg in die Plutoniumwirtschaft der umstrittenen schnellen Brutreaktoren geebnet. Im Blick auf diese ungelösten Fragen bin ich der Überzeugung, daß ich als Christ zu diesem Projekt nein sagen muss.

Unter denen, die sich 1978 weigerten, ihr Land zu verkaufen, waren unter anderem auch der Graf Bernstorff aus Gartow, der mehr als 50 Prozent der Gesamtfläche besitzt, und die Kapellengemeinde Gorleben. Über den Landverkauf, den ich eben schon zitiert und angedeutet habe, habe ich in meinen Unterlagen von dem Arbeitskreis der evangelischen Erwachsenenbildung, der in Trebel am 5. und 6. Mai 1978 getagt hat, einen Brief an den Bischofsrat der hannoverschen Landeskirche und an die hannoversche Synode gefunden. In diesem Brief wird ein bisschen mehr noch erzählt, wie das mit den Landkäufen war, und das würde ich gerne aus diesem Brief vorlesen. Der

Punkt C 3 aus diesem Brief ist überschrieben: „Erpreßter Landverkauf“. Zitat:

Zu diesem Vorgang sind inzwischen Berichte auch im Rundfunk

- drittes Programm, NDR -

veröffentlicht worden. Wir legen hier Notizen aus einem Bericht des obengenannten Landwirts aus der unmittelbaren Nähe des ausgewiesenen Baugebietes vor. 70 Prozent der von der geplanten WAA betroffenen Bauern waren in einem Grundbesitzerverein zusammengeschlossen. Sie hatten sich gemeinsam entschieden, ihre Grundstücke nicht an die DWK zu verkaufen. Die DWK trat zunächst an Einzelne heran und bewog sie zum Verkauf. Da dies diskret geschah, traten erste Unsicherheiten bei den Bauern auf. Die große Entmutigung trat jedoch dadurch ein, daß die von der niedersächsischen Landesregierung ins Spiel gebrachte Möglichkeit der vorläufigen Besitzweisung im Zusammenhang mit dem geänderten Berggesetz den Staat in die Lage versetzen, ohne abgeschlossenes Enteignungsverfahren die DWK zu ermächtigen, mit Probebohrung und Bau zu beginnen. Gauster

- so heißt es hier weiter; das ist, meine ich, ein Sägewerker aus der Gemeinde Trebel gewesen, der Vorsitzender dieses Grundbesitzervereins war -

wörtlich: „Durch diese Besitzweisung wurde uns der Mut genommen.“ Die Anwälte hatten ihnen erklärt, mit dem Besitzstand können sie nichts machen, und sie können mit Grund und Boden nichts verhindern.

Zitat Ende; aber alles noch in diesem Brief von der Erwachsenenbildung.

Der zweite Schritt war, das bis zum 2. Mai befristete Angebot der DWK an die Bauern für 4,10 D-Mark zu verkaufen. Der spätere Enteignungspreis belaufe sich dann nur auf 1 D-Mark. Bedrückt und irritiert, schwankend zwischen dem Wunsch nach Existenzsicherung und ihrer Überzeugung, unsicher, ob eine Ablehnung des Angebotes überhaupt etwas bewirken könne, baten die Bauern die DWK um Aufschub, wandten sich an ihre Abgeordneten, an die Regierungen in Bonn und Hannover. Die DWK lehnte ab, die Re-

gierungen antworteten hinhaltend oder gar nicht. Der CDU-Abgeordnete Grill - damals, meine ich, Abgeordneter des Landtags in Hannover - wollte sich für eine Aufhebung des Ultimatums einsetzen, welche jedoch nicht erfolgte.

Am 28. April waren noch zwölf Bauern entschlossen, nicht zu verkaufen. Am 1. Mai um 13 Uhr trafen Scheuten und Salander und zwei andere Herren von der DWK ein - ich kann jetzt die Funktion nicht ganz genau sagen, aber ich glaube, Scheuten war Vorstandsvorsitzender der DWK und Salander sein Vertreter oder so; ich bin den beiden wiederholt auch in diesem Zusammenhang begegnet, aber - - Ich beginne noch mal den Satz: Am 1. Mai um 13 Uhr trafen Scheuten, Salander und zwei andere Herren von der DWK ein und verhandelten ab 13 Uhr mit den Bauern. Von der Situation um 19 Uhr sagte der Berichterstatter:

Die waren alle nervlich fertig, so am Ende, dass sie nicht mehr klar denken konnten. Einer unterschrieb noch zwei Minuten vor zwölf.

So weit zu diesem ersten Punkt: die Standortfestlegung und die Landverkäufe.

Danach - einfach nur, um die Chronologie fortzusetzen -: 1979 waren das große Gorleben-Hearing in Hannover mit Carl Friedrich von Weizsäcker, der Marsch der 100 000 nach Hannover und das Ereignis von Harrisburg und anschließend daran die Regierungserklärung vom 16. Mai 1979, wo der Ministerpräsident Albrecht erklärt hat, die WAA sei zwar technisch machbar, aber sie sei politisch nicht durchsetzbar.

Jetzt komme ich zu dem zweiten Punkt; der betrifft Dragahn. Der ist mir außerordentlich wichtig, weil da kann ich etwas sehr viel genauer auch über unsere Rolle als Kirche und die Rolle der niedersächsischen Landesregierung sagen. Es war ja - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Mahlke, Sie würden das in unmittelbarem Bezug zu Gorleben referieren?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja. Es ist im Grunde genommen das bessere Anschauungsmaterial, weil von Gorleben aus dieser ersten Zeit war ich politisch nicht so eingebunden; das kam ja erst durch diese Landgeschichten.

Um den Zusammenhang deutlich zu machen, wie es mit - - Also, in der Regierungs-

erklärung im Mai 79 hat Albrecht gesagt: Die WAA ist politisch nicht durchsetzbar. Dann sollte ja das Zwischenlager gebaut werden. Aber es sollte der Eindruck vermieden werden, dass es im Zusammenhang mit dem nuklearen Entsorgungszentrum gebaut wurde; deswegen wurde ein Standort gesucht außerhalb dieser 12 Quadratkilometer, nämlich genau in nördlicher Richtung, Richtung Gorleben, direkt an der Grenze dieses 12 Quadratkilometer großen Gebietes. Und nun ging es darum, dass aus einem Landschaftsschutzgebiet eine Ecke herausgenommen werden sollte - die Ecke, wo heute das Zwischenlager steht -, und diese Änderung des Flächennutzungsplanes mussten ja die unteren Behörden machen, also zunächst die Samtgemeinde: Der Samtgemeinderat von Gartow musste beschließen, einen Antrag stellen, dann ging es weiter zum Kreistag usw.

Damit dieser Flächennutzungsplan durch den Samtgemeinderat Gartow geändert werden konnte, war der Samtgemeindebürgermeister Rathje sehr daran interessiert, von Albrecht schriftlich zu bekommen, dass die WAA wirklich vom Tisch sei, weil es bestand unter uns ein großer Zweifel daran. Albrecht hatte ja gesagt: Die WAA ist technisch machbar, aber politisch nicht durchsetzbar. Und wir haben so argumentiert: Die DWK hat einen Antrag gestellt, und der Antrag muss technisch geprüft werden, und wenn er technisch okay ist, dann muss die Landesregierung ihn genehmigen, auch wenn sie sagt: Es ist politisch nicht durchsetzbar. - Die DWK hat einen Anspruch auf Genehmigung dieses Antrags. Entweder zieht die DWK von sich aus diesen Antrag zurück, dann glauben wir, dass dort keine WAA gebaut wird, oder - und das war der Weg, der dann eingeschlagen worden ist -: Der Samtgemeindebürgermeister Rathje hat Albrecht gebeten, ihm das doch noch mal schriftlich zu erklären, dass die WAA nicht gebaut wird.

Und nun lese ich Ihnen den Brief vor, den Albrecht geschrieben hat und der zwei Stunden vor der Ratssitzung eingetroffen ist:

Sehr geehrter Herr Rathje!

Sie haben mich gebeten, Ihnen noch einmal verbindlich die Haltung der Landesregierung zur Frage der Errichtung einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg und insbesondere in der Samtgemeinde Gartow darzulegen. Unter Bezug auf meine Regierungserklärung

vom 16. Mai 79 und die wiederholten Aussagen der Landesregierung darf ich Ihnen im Namen der niedersächsischen Landesregierung noch einmal bestätigen, daß die Landesregierung einem etwaigen Antrag auf Errichtung einer WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg auf keinen Fall zustimmen wird, von wem auch immer der Antrag gestellt werden mag. Dies gilt selbstverständlich auch für den Antrag, den die DWK bereits gestellt hatte.

Mit bestem Gruß
Ihr Albrecht.

Das war am 21. Mai 81.

Am 1. November 82 erklärt Albrecht den Ort Dragahn im Landkreis Lüchow-Dannenberg für einen neuen Standort der WAA nach einem Gespräch von CDU, SPD, Ratsmitgliedern aus Lüchow-Dannenberg in Beinhorn, und seitens der Landesregierung hat an diesem Gespräch Frau Breuel als Wirtschaftsministerin teilgenommen.

Daraufhin haben wir Pastoren wenige Tage später, also genau vier Wochen später, am 1. Dezember 82, eine Erklärung abgegeben - die lese ich Ihnen nicht ganz vor, aber teilweise -, und zwar ist das eine Erklärung - - Bis zu diesem Zeitpunkt habe ich solche Sachen mit den Landverkäufen usw. weitgehend als Vorsitzender des Kirchenvorstandes Gartow gemacht. Hier geht es jetzt um eine Erklärung sämtlicher Pastoren des damaligen Kirchenkreises Dannenberg. Keiner hat sich ausgenommen, sondern alle haben diese Erklärung verfasst. Und die beginnt:

Wir sind enttäuscht, daß christliche Politiker, allen voran unser Ministerpräsident Dr. Albrecht, so unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen, wie es in den letzten Wochen offenbar wurde. Wir erschrecken, daß die Empörung unter der Bevölkerung nicht ernst genommen wird, sondern deren Proteste als

- Zitat -

„unverantwortliche Kampagne einer Splitterorganisation und von Einzelpersonen“ durch den Regierungssprecher bezeichnet wird. Wir beklagen, daß solche offiziellen Äußerungen die Grundlagen des Zusammenlebens in unserem Staat zerstören. Möglichkeiten zu einer sachlichen Diskussion sind schwer

belastet, da das Vertrauen außerordentlich stark gestört ist.

Dann lasse ich eine Passage aus.

Wir fordern alle Politiker auf, diese Bemühungen zu stärken und zu stützen.

- nämlich andere Einkommensmöglichkeiten aufzubauen -

Unser Landkreis, in der Natur so wenig zerstört wie kaum ein anderes Gebiet in der BRD, könnte Modell für eine Entwicklung werden, die in Ehrfurcht vor Gottes Schöpfung und der Mündigkeit des Menschen geschieht und vielen Bürgern Mut zu sinnvollen Neuanfängen gibt. Wir appellieren an alle Glieder unserer Gemeinden im Vertrauen auf Gottes Wort und seine Zukunft. Wir leben, um die Zukunft unserer Heimat zu gestalten und sich nicht einschüchtern oder verlocken zu lassen.

Ich möchte Ihnen gerne den historischen Kontext für diese Geschichte erläutern, einerseits dass Albrecht Dragahn benannt hat, andererseits dass wir als Pastorenschaft um Vertrauen und um Wahrheit so an der Stelle gerungen haben. Ich habe wenige Wochen danach, im Januar 1983, eine Zusammenstellung geschrieben für innerkirchliche Zwecke. Die möchte ich Ihnen gerne vortragen:

Der Vorwurf, daß christliche Politiker so unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen, ist eine außerordentlich behutsame Formulierung für die Lügen, Intrigen, Diffamierung und Kriminalisierung, mit denen die Landesregierung, staatliche Behörden, zum Beispiel die Physikalisch-Technische Bundesanstalt, die Industrie, zum Beispiel DWK und DBE, BLG und andere, das Projekt der atomaren Industrialisierung des Landkreises Lüchow-Dannenberg seit Jahren vorantreiben.

Das ist der Hintergrund zum Verständnis der Erklärung der zwölf Pastoren vom 01.12.82. Der Anlass ist die Albrecht-Lüge vom 01.11.82, nun doch im Landkreis eine WAA planen zu wollen. Albrecht behauptet, nie den Landkreis als Standort für eine WAA ausgeschlossen zu haben. In dem Brief vom 21. Mai an Herrn Rathje habe er sich leider - das ist ein Zitat aus einem Zeitungsinter-

view - „nicht so präzise ausgedrückt wie sonst“.

Selbst wenn Albrecht immer nur Gorleben als Standort für eine WAA ausgeschlossen hätte, ist er doch von jedermann im Lande, besonders von den Bewohnern des Landkreises, so verstanden und vom CDU-Generalsekretär und von vielen anderen Parteifunktionären so interpretiert worden, dass die WAA für den ganzen Landkreis vom Tisch sei. Das würde ich Ihnen gerne ein bisschen belegen, um Ihnen den Hintergrund dieser Situation deutlich zu machen. Norbert Fischer, CDU-Kreistagsabgeordneter, hat in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* am 15.05.79, also unmittelbar vor der Regierungserklärung, gesagt:

Wir haben Verständnis für die Ablehnung weiter Kreise der Landwirtschaft gegenüber einem so großen Industrieprojekt. Die Nachteile für die Landwirte sind wohl größer als die Vorteile. Die CDU-Kreistagsfraktion hat einstimmig den Bau der Wiederaufbereitungsanlage abgelehnt.

Da ist noch nicht von Gorleben oder Landkreis unterschieden, aber es ist deutlich, dass die CDU-Kreistagsfraktion aufgrund der Stimmung im Lande im Landkreis den Bau der WAA ablehnt. Die Pressestelle der Landesregierung hat am 27.10.79 gesagt - Zitat -:

Damit bestätigt die DWK die klare Haltung der Landesregierung, die den Bau dieser Anlage für den Landkreis Lüchow-Dannenberg ablehnt.

Noch mal Norbert Fischer, CDU-Kreistagsabgeordneter:

Der dritte grüne Meinungsbildner denkt lauthals darüber nach, was alles auf diesen Landkreis zukommt, wenn das integrierte Entsorgungszentrum gebaut wird. Dabei verdrängt er, daß die Wiederaufbereitungsanlage für Lüchow-Dannenberg vom Tisch ist. Bundes- und Landespolitiker haben dies öffentlich erklärt.

Kurt-Dieter Grill, damals Landtagsabgeordneter - Zitat -: Nachdem die WAA vom Tisch sei,

muß nun offensichtlich das Zwischenlager zur gefährlichsten An-

lage der Welt hochgeputzt werden.

Weiter: Beschluss des CDU-Parteitages im Februar 1980:

Es muß sichergestellt werden entsprechend dem Beschluss des Kabinetts in Hannover und des Kreistages, daß auch die Errichtung eines Zwischenlagers ... keine WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg gebaut wird.

Kreistagsresolution vom März 1980:

Der Kreistag geht davon aus, daß eine WAA in Lüchow-Dannenberg nicht gebaut wird.

Ich könnte das jetzt noch fortsetzen. Da sind noch vier, fünf weitere Zitate in dieser Richtung, die deutlich machen: Albrecht ist so verstanden worden, und er hat es auch in dem Brief an Rathje so gesagt und redet sich dann hinterher heraus, er habe das nicht so präzise gesagt.

Ich habe schon deutlich gemacht, dass es um die Änderung des Flächennutzungsplanes in diesem Zusammenhang ging. Das will ich Ihnen noch etwas genauer sagen: Im Mai/Juni 81 stand diese Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Gartow an mit dem Ziel, eine Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet umzuwandeln in ein Industriegebiet zum Zweck der Errichtung zweier atomarer Zwischenlager. Gegen diese Änderung sind seinerzeit über 1 500 schriftliche Einwendungen erhoben worden, und ich habe in diesem Statement damals geschrieben:

Inzwischen wissen wir, daß die Beantwortung dieser Statements von der NILEG vorgenommen wurde, bevor die Einwendungen überhaupt angekommen sind.

Ich habe selbst eine sehr differenzierte Einwendung gegeben und habe nur eine pauschale Antwort darauf bekommen, also kein Einlassen auf irgendwelche einzelnen Sichten, Geschichten.

Es haben zahlreiche Gespräche stattgefunden zwischen Bürgern und Samtgemeinderäten, insbesondere mit dem Samtgemeindebürgermeister Rathje aus Gartow, der mein Gemeindeglied war, den ich auch beerdigt habe. Die Sorge vieler Bürger betraf neben vielem anderen den Punkt, dass durch die Änderung des Flächennutzungsplanes und den damit ermöglichten Bau von zwei

Zwischenlagern der erste und entscheidende Schritt zur 1977 geplanten Atomindustrialisierung des gesamten Landkreises erfolgen würde. Wenn erst das Zwischenlager in Gorleben errichtet sein würde und wenn das Endlager hier gebaut würde, dann ist, so waren die Befürchtungen, ein ökonomischer und ein politischer Sachzwang gegeben, auch irgendwann die WAA anzusiedeln. Die Sorge wurde verstärkt durch die Weigerung der DWK, den 1977 gestellten Antrag auf Errichtung des nuklearen Entsorgungszentrums, bestehend aus Zwischenlager, WAA und Endlager, zurückzuziehen. Albrecht hatte ja nur erklärt, dass die WAA politisch nicht durchsetzbar war; das habe ich vorhin schon erläutert, das muss ich nicht noch mal wiederholen.

Zwei Stunden vor Beginn der Ratssitzung traf dieser Brief aus Hannover ein, und daraufhin hat dann der Rat die Änderung des Flächennutzungsplanes gemacht.

Schließlich muss auf die Regierungserklärung vom 16.05. noch mal hingewiesen werden, in der Albrecht aufgrund der politischen Situation - sprich: Widerstand der Bevölkerung des Landkreises, oder „Widerstand“ ist hier nicht das richtige Wort, sondern, weil die Stimmung der Bevölkerung des Landkreises auch in den kommunalen Gremien gegen die WAA war - - hat er die WAA aus dem nuklearen Entsorgungszentrum herausgenommen, also nicht etwa, weil der Rat von Gorleben die WAA nicht wünschte, sondern weil der ganze Landkreis diese WAA nicht wünschte.

Allerdings gab es schon kurz nach der Regierungserklärung an der Glaubwürdigkeit von Albrecht fundamentale Zweifel, als sein Brief vom 8. Juni 1979 an den Bundeskanzler bekannt wurde, in dem er schreibt - Zitat -:

Hingegen glaubt die Landesregierung, daß zumindest eine gute Chance gegeben ist, die Tiefbohrungen vornehmen zu können, wenn die WAA aus der Planung herausgenommen wird. In der Tat ist es dieser Teil des NEZ, der vor allem die Ängste der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Entscheidend für die Richtigkeit dieser Prognose ist allerdings, daß die Bevölkerung uns glaubt, daß das Projekt der WAA nicht weiter verfolgt wird.

Um es mit den Worten des stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion zu sagen: dass das Nein der WAA kein Ja in

Wartstellung ist. - Ich habe deshalb Vokabeln wie „für den Zeitraum, für den wir zu entscheiden haben“, „für diese Generation“, „für diese Politikergeneration“ gebraucht: alles Begriffe, die interpretationsfähig sind und über die gesprochen werden kann.

Um zu verdeutlichen, dass es sich bei dem Bisherigen nicht nur um ein paar ungeschickte Äußerungen von Albrecht handelt, sondern um die Methode, mit der die nukleare Großtechnologie durchgesetzt wird, ließen sich zahlreiche Beispiele anfügen. Ich will das jetzt nicht vertiefen; ich glaube, das, was ich gesagt habe, ist schon markant genug.

Ich lasse jetzt einen Abschnitt aus und gehe einfach ein Stückchen weiter; aber es geht immer noch um diesen Zusammenhang mit der Standortbenennung von Dragahn.

In den Äußerungen Albrechts zu Dragahn spielt die veränderte Akzeptanz der Atomanlagen eine wichtige Rolle. Er behauptet, die Bevölkerung habe inzwischen eingesehen, dass - Zitat -:

die Gefahren, die sich für unser Land aus der Nichtverwendung der Kernenergie ergeben, viel größer sind als die begrenzten Risiken, die sich aus ihrer Verwendung ergeben.

Richtig ist, dass die CDU in fast allen kommunalen Räten inzwischen - das ist dieser Zeitpunkt zur Änderung des Flächennutzungsplanes 82/83 - eine Koalition mit der SPD eingegangen ist, nachdem in der letzten Kommunalwahl die UWG, die Unabhängige Wählergemeinschaft, zwar mit 20 Prozent in den Räten vertreten ist; aber durch die große Koalition der Parteien ist das wieder ausgehebelt worden, sodass eine satte Mehrheit für die möglichen Gebäude für das nukleare Entsorgungszentrum im Landkreis gegeben war.

Im Jahre 1977 wurde das NEZ begründet mit der energiepolitischen Situation unseres Landes. Nachdem die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, das Gorleben-Hearing in Hannover im Frühjahr 79 und schließlich der tatsächliche Energieverbrauch im Lande, der rückläufig war, das Gegenteil bewiesen haben, wird jetzt, zu diesem Zeitpunkt, die WAA mit der Rede von der Arbeitslosigkeit verkauft und angeboten als - Zitat Albrecht -:

das mit Abstand interessanteste wirtschaftliche Projekt, das die

Bundesrepublik in den nächsten zehn Jahren zu vergeben hat.

Wenn die Hauptargumente innerhalb weniger Jahre so gründlich verschoben werden, dann ist die Frage nach den wirklichen Motiven zu stellen. Die Ansiedlung einer WAA macht überall im Lande größte Schwierigkeiten, selbst in Bayern. Die CDU hat sich, wie am deutlichsten die Arbeit der Enquete-Kommission gezeigt hat, für einen großartigen Ausbau der Kernenergie entschieden, und dies ist nur mit einer WAA möglich.

Das bezieht sich alles auf die Zeit damals. Inzwischen hat sich die Welt weitergedreht, und ich könnte das so nicht mehr sagen; aber für die damalige Zeit und die Situation ist das wichtig.

Wie reagiert die Landesregierung auf die Erklärung der zwölf Dannenberger Pastoren? Albrecht sagte in einer aktuellen Fragestunde im Landtag am 3. Dezember 1982 - das ist also drei Tage, nachdem wir die Erklärung verfasst haben -:

Etwas Unchristlicheres, als in dieser Weise einen solchen Vorwurf zu erheben, ist mir ... noch nicht vorgekommen.

Weiterer Satz:

So viel Ignoranz, und das im Namen einer Pfarrerschaft als Kollektiv, geht über das hinaus, was in der Politik erträglich ist.

Drittes Zitat:

Im Übrigen zeige diese Geschichte das Problem der politisierenden Pfarrer auf.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Richtig! Eben! - Gegenruf der Abg. Kornelia Möller (DIE LINKE): Pfui!)

Das Mitglied des Deutschen Bundestages Horst Schröder, damals aus Lüneburg, hat in einem Brief auch wenige Tage danach an den Landessuperintendenten in Lüneburg geschrieben:

Ich weise deshalb mit Entschiedenheit die Unterstellung der Dannenberger Pastoren zurück, daß Ministerpräsident Albrecht und andere christliche Politiker unverantwortlich mit der Wahrheit umgehen würden.

(Sebastian Edathy (SPD): Christliche Politiker!)

Wenn in den letzten Jahren jemand in der ganzen Diskussion die Kernenergie und ihre Anlagen verteuert hat, sind es einige dieser Dannenberger Pastoren gewesen. Dabei sollten gerade sie mit Beispiel und Sachlichkeit in der Auseinandersetzung vorangehen.

Also Fazit: Keinerlei Einsicht in die eigene Lüge, aber dafür die Diffamierung anderer, die die Lüge entlarven.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gilt das für Bischof Lohse? - Gegenruf der Abg. Kornelia Möller (DIE LINKE): Sie sind noch nicht dran! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Was hat Bischof Lohse denn dazu gesagt?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Kollege Grindel, lassen Sie bitte den Zeugen ausführen.

Zeuge Gottfried Mahlke: Es ist noch nicht Ihre Zeit. Angriff ist die beste Verteidigung.

Ich werde am Schluss meines Statements etwas, wenn Sie das hören wollen, als Theologe sagen, wie ich meine, dass politisch verantwortetes Handeln aussehen kann, auch angesichts solcher Sachen.

Ich komme zum dritten Punkt. Das ist die Frage der Erkundung.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir können auch unterbrechen, wenn wir der Auffassung sind, dass es nicht so geht! Es wäre schon nett, wenn er sich gestrafft ausdrücken würde!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich bin der Auffassung - - Ja, ich bin der Auffassung, das gehört zum Thema. - Herr Mahlke, bitte fahren Sie fort.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ein paar Jahre später, nämlich 1988, ging es nicht mehr um das Zwischenlager - das war längst gebaut -, sondern es ging um die Pilotkonditionierungsanlage. Es geht um die Erkundung - das ist jetzt der dritte Punkt meiner Ausführung: über die Erkundung -, und mein Anliegen ist deutlich - und da, glaube ich, sind wir unmittelbar bei dem, was dieser Ausschuss zu sagen hat - - Ich mache das mal etwas

kürzer; offensichtlich ist es ja schwierig, so lange - -

(Kornelia Möller (DIE LINKE): Nehmen Sie sich die Zeit! Sie sind der Zeuge hier! Nehmen Sie sich die Zeit! - Ute Vogt (SPD): Wir wollen ja auch gründlich arbeiten! - Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wollen genau die Wahrheit erforschen! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU) - Gegenruf der Abg. Kornelia Möller (DIE LINKE): Wenn es Ihnen nicht passt, können Sie rausgehen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Könnten die Kolleginnen und Kollegen freundlicherweise Ihre Zwischenrufe jetzt einstellen, und zwar auf beiden Seiten des Hauses? - Bitte schön, Herr Zeuge, fahren Sie fort.

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, es ging 1988 um die Pilotkonditionierungsanlage. Das niedersächsische Umweltministerium hatte alle Bürger aufgerufen, eventuelle Einwendungen gegen die PKA vorzubringen. Wir Pastoren aus der Umgebung von Gorleben nahmen das zum Anlass, uns öffentlich zu äußern: „Wir wollen“, so haben wir damals gesagt, „dass der Staat nach menschlicher Einsicht und menschlichem Vermögen dem gerecht wird, was ihm nach Gottes Willen aufgegeben ist.“ - Das Zitat aus einer EKD-Denkschrift. Und bei dieser Erklärung, die wir abgegeben haben, zitiere ich Ihnen den dritten Teil komplett.

Der dritte Teil beginnt mit einer These, die, ich glaube, über die Zeit hinaus recht behält, bis in unsere Tage. Die heißt:

Die nicht von glaubwürdigem Handeln begleitete Behauptung der Verantwortbarkeit schädigt das politische Gemeinwesen auf Dauer. Es ist höchste Zeit, allgemein erkennbar dem glaubwürdigen Handeln den Vorrang vor dem politischen Kalkül und dem wirtschaftlichen Profit zu geben. Der derzeitige Vertrauensschwund gegenüber den Betreibern, den politischen Befürwortern von atomaren Anlagen und den entsprechenden staatlichen Kontrollorganen ist beträchtlich. Wie viele Bürger zweifeln wir daran, daß wirklich alle Verantwortlichen bereit und fähig sind zu

glaubwürdigem Handeln. Wir bezweifeln, daß der Bau der PKA vor Abschluß einer endgültigen Entscheidung für Gorleben als atomarem Endlager zu mehr Glaubwürdigkeit führt, wenn gleichzeitig die Genehmigungsbehörde und die Betreiber immer wieder betonen, daß kein Zeitdruck bestehe. Der Bau der PKA zum jetzigen Zeitpunkt läßt uns erneut nach den Kriterien für oder gegen die Eignung des Salzstocks Gorleben fragen.

Und jetzt kommt ein wichtiger Satz:

Nach dem Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 13.01.88 ist zu vermuten, daß es bei der Erkundung lediglich um die Frage geht:

- Zitat -

wieviel welcher radioaktiven Abfälle wo im Salzstock Gorleben endgelagert werden können.

Ich sage Ihnen die Quelle ganz genau: Deutscher Bundestag, 11. Wahlperiode, Drucksache 11/1632 vom 13.01.88, Seite 35. - Also, es geht um die Frage: „wieviel welcher radioaktiven Abfälle wo im Salzstock ... endgelagert werden können“, und es geht nicht um die grundsätzliche Eignung bzw. Nichteignung dieses Salzstocks.

Dazu ein Zitat aus der gestrigen Zeitung bei uns von dem zuständigen Abteilungsleiter Volkmar Bräuer von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, BGR; der sagt:

Bis zum Ende der Erkundung könne weder von Eignung noch von Nichteignung des Standortes Gorleben gesprochen werden.

Da haben Sie dieses Problem, was sich grundsätzlich durch die ganzen Jahre bei der Eignungsfrage durchzieht: Geht es um die Eignung, ob das Endlager okay ist oder nicht okay ist, oder geht es um die Frage, die wir prüfen, wenn wir dort erkunden, wie viel welcher Art von Atommüll wir wo in diesem Salzstock deponieren? Das ist eine fundamental unterschiedliche Frage, und ich finde es unredlich, wenn Politiker oder Wissenschaftler oder Wirtschaftler so tun und sagen: Wir erkunden doch! Nun lasst sie doch mal erkunden! - Und alle Welt versteht das so, als ob am Ende die Frage steht „Eignung oder Nichteignung des Salzstocks“, wenn aber geprüft wird, wie viel welcher Art von

Müll wo in diesem Salzstock deponiert werden soll.

Ich kann Ihnen das mit einem weiteren Zitat auch noch juristisch belegen, und zwar hat die 3. Kammer Lüneburg des Verwaltungsgerichts Stade am 28.01.1987 formuliert: Die Erkundung des Salzstocks dient der Entscheidung, wie - jetzt kommt Zitat -

eine Eignungsaussage bezüglich Einlagerungsort, -art, -menge und -technik zu treffen ist; sie dient nicht der Entscheidung, ob in Gorleben ein Endlager gebaut werden kann oder nicht.

Jetzt würde ich gerne in diesem Statement fortfahren, was wir zu der PKA verfasst haben. Dort war dieses Zitat von der Bundesregierung, von dem Entsorgungsbericht der Bundesregierung enthalten.

Ist die Vermutung richtig, daß in jedem Fall, zumindest für schwach- und mittelradioaktiven Abfall, in Gorleben ein Endlager gebaut wird, gehörte es zur politischen Redlichkeit, dieses auch den Bürgern und den kommunalen Mandatsträgern klar zu sagen. Hinsichtlich des Erkundungsverfahrens und des wissenschaftlichen Entscheidungsprozesses besteht unter uns der Verdacht, daß manche Bedenken und kontroverse Standpunkte bewußt ausgeklammert werden, ist der Eindruck entstanden, daß Wissenschaftler, die ihre Bedenken unter anderem zu den Bohrergebnissen äußern, an dem Entscheidungsprozeß nicht beteiligt werden. Wir wissen, daß es rechtliche Vorschriften nicht vorsehen, kontrovers wissenschaftliche Gutachter in den Entscheidungsprozeß einzubeziehen, gleichwohl halten wir es angesichts der unvergleichlichen Problematik und um der politischen Glaubwürdigkeit willen für geboten, daß alle Bedenken beachtet werden, indem die Kriterien der Erkundung und die Kriterien für eine eventuelle Eignung bzw. Nichteignung veröffentlicht und gewürdigt und nach Beendigung der Erkundung auch der kontroversen Prüfung ausgesetzt werden und dieser standhalten. Wir können nicht akzeptieren, daß die Genehmigungsbehörde zur umfassenden Abklärung der Problematik kein Hearing wie 1979 ermöglicht.

Wenn zur Glaubwürdigkeit des Politikers ...

Und nun kommt ein Zitat von Werner Remmers; der war seinerzeit Umweltminister in Hannover:

Wenn zur Glaubwürdigkeit des Politikers auch der beständige Zweifel, ob es nicht noch andere für das Gemeinwohl zuträglichere Lösungen mit noch weniger unbeabsichtigten, schädlichen Nebenfolgen gibt, gehört ...

- also Zitat Ende -, dann ist es die Aufgabe der beteiligten Politiker, für radikale Offenheit in dieser Sache zu sorgen. Andernfalls begeben sie sich in nicht zu verantwortende, weil vermeidbare Sachzwänge.

Aus dem Erörterten ergaben sich für uns damals folgende Konsequenzen: Erstens. Der Bau der PKA ist zurückzustellen, bis die Eignung des Salzstocks Gorleben als atomares Endlager für hochradioaktiven Müll zweifelsfrei festgestellt ist. Und zweitens: Die bestmögliche Entsorgung für den bisher angefallenen radioaktiven Abfall ist zu erforschen und gleichzeitig mit dem Ausstieg aus der Atomenergienutzung zu beginnen.

Ich komme zu meinem vierten und letzten Teil: Salzabbaugerechtigkeiten. Die Kirchenvorstände von Trebel und Gartow und die Kapellenvorstände von Gorleben und Meetschow sind Inhaber von Salzabbaugerechtigkeiten im Bereich des geplanten Endlagers für radioaktiven Abfall in Gorleben. Ich glaube, Sie wissen alle, dass es darum geht: Nach dem alten preußischen Bergrecht gehört dem Grundbesitzer nicht nur die Fläche oben im Wald, sondern auch bis zum Erdmittelpunkt, und damit auch das Salz. Das wurde dann abgeschrieben in extra Grundbücher, als das preußische Bergrecht geändert wurde. Aber diese vier Institutionen - Kirchenvorstände Gartow, Trebel und Kapellenvorstände Gorleben, Meetschow - waren Inhaber und sind Inhaber von Salzabbaugerechtigkeiten, und in den Jahren 87/88 ging es darum, dass die niedersächsische Landesregierung gerne in Besitz dieser Rechte kommen wollte, um die Erkundung an dieser Stelle auch voranzutreiben.

Die Kirchen- und Kapellenvorstände haben einen Arbeitskreis beauftragt im Zusammenhang mit dem Umweltbeauftragten der hannoverschen Landeskirche, die Fragen, die mit dieser Entscheidung zusammenhängen, zu bedenken, Informationen

einzuholen und Hilfe für die Entscheidung zu geben.

Das ist folgendermaßen passiert: Am 26.02.87 haben Kirchenvertreter - da war ich auch dabei - das Endlagergelände besichtigt. Damals gab es ja noch keine Schächte, aber wir waren auf dem Gelände, was damals schon eingezäunt war, und es gab vier Wochen später, am 18.03., eine Sitzung der betroffenen Gremien, also dieser Kirchen- und Kapellenvorstände und des Kirchenkreistages Dannenberg in Gorleben, und dabei habe ich referiert über die Salzrechte. Aus diesem Referat zitiere ich:

Auch wenn ich kritisch zur Atomenergie Stellung nehme, glaube ich, daß wir, die gegenwärtige Menschheit, also international, auch für die ungewollten Folgen, die entstanden sind durch die Nutzung der Atomenergie, verantwortlich sind. Der gefährliche Pfad der Nutzung der Atomenergie wurde in unserer Generation beschritten, die Entsorgungsprobleme sind lange Zeit überhaupt nicht wahrgenommen worden. Wir dürfen die Lösung dieser ungelösten Probleme nicht einfach verdrängen oder der nächsten Generation überlassen, sondern müssen sie, so gut wie es überhaupt nur wissenschaftlich und technisch möglich ist, in Angriff nehmen, wohl wissend, daß wir irreversibel, das heißt auf nicht wieder gutzumachende Art und Weise, in die Schöpfung eingegriffen haben. Wir müssen klar sehen: Den Atommüll können wir nur so gut wie möglich verstecken, aus der Welt schaffen können wir ihn nicht. Diese Übernahme der Verantwortung, die Entsorgungsprobleme so gut wie überhaupt nur wissenschaftlich und technisch möglich in Angriff zu nehmen, muß unter einer zweifachen Voraussetzung erfolgen: ohne Zeitdruck, das heißt: Alle Drohungen mit sofortiger Vollziehbarkeit

- das war damals ein böses Schlagwort -

oder Ähnliches sind unakzeptabel. Und die zweite Voraussetzung: Sie muß kritischer Würdigung ausgesetzt werden und ihr standhalten.

Dazu hat Carl Friedrich von Weizsäcker einen wichtigen Hinweis gegeben: daß es in öffentlich-kontroversen Problemen zweckmäßig ist, dieselbe Frage von wenigstens

zwei Arbeitsgruppen untersuchen zu lassen, deren bisherige Arbeiten die Vermutung nahelegen, ihre natürlichen Tendenzen oder auch ihre möglichen Abhängigkeiten wiesen sie bezüglich der erwarteten Resultate der Studie in entgegengesetzte Richtung. Soweit solche Studien im Resultat übereinstimmen, ist die Vermutung, sie hätten recht, etwas besser begründet als ohne diese gegenseitige Kontrolle. Soweit sie nicht übereinstimmen, liegen dann für die Argumente für und wider klarer auf dem Tisch. Die Verzögerung, die ein solches Verfahren mit sich bringt, ist zwar manchmal technisch von Nachteil, macht sich aber politisch gleichwohl bezahlt.

Ich habe schon von dem Gerichtsurteil des Verwaltungsgerichts Stade gesprochen, dass die Erkundung des Salzstocks Gorleben nicht der Entscheidung dient, ob da ein Endlager gebaut werden kann oder nicht, sondern nur, wie eine Eignungsaussage bezüglich Einlagerungsort, -art, und -menge und -technik zu treffen ist.

Die Erkundung dient auch nicht der Beantwortung der Frage: Ist das Einlagerungsproblem national oder international zu lösen? Sind bewohnbare oder besser unbewohnte Gebiete für eine Endlagerung vorzuziehen? Die DBE und die PTB unter anderem legen Wert darauf, zu betonen, es handle sich lediglich um ein Erkundungsbergwerk zur Feststellung der Eignung des Salzstocks als Endlager.

Die Pfarrkonferenz Dannenberg hat anlässlich eines Besuches auf der Baustelle die Frage gestellt, was denn bei der Erforschung für Ergebnisse denkbar seien, die zwingend zu dem Schluß führten, Gorleben sei ungeeignet. Daraufhin wurde uns erklärt: Für schwachen und mittelaktiven Müll sind keine Ergebnisse denkbar, die gegen die Nutzung des Salzstocks als Endlager sprechen. Untersucht wird lediglich, wie das Endlager gestaltet sein muß und wie der hochradioaktive, wärmeentwickelnde und über Jahrtausende gefährliche Müll verpackt werden muß, damit er auch hier eingelagert werden kann.

Juristisch mag das richtig sein, was die Richter in Stade gesagt haben. Wenn es politisch glaubwürdig sein soll, müssen die Kriterien der Erkundung und die Kriterien für eine eventuelle Eignung veröffentlicht und gewürdigt werden können und nach Beendigung der Erkundung auch der Prüfung ausgesetzt werden und dieser standhalten. Da die eingelagerten radioaktiven Abfälle zum Teil über viele Jahrtausende gefährlich bleiben, müßte sichergestellt sein, daß sie nie durch bewußten oder zufälligen Zugriff aktiviert werden können, und es müßte experimentell erprobbar sein, welche Auswirkung eine jahrtausendlange Interaktion zwischen Wärmeentwicklung und Radioaktivität einerseits und Verpackungsmaterial und Salzstock andererseits auslöst.

So weit der Vortrag, den ich damals vor den Gremien gehalten habe.

Es geht in dieser Frage um die Frage der Einräumung von Nießbrauch und anderen Rechten; ist für die Kirchen- und Kapellengemeinden damals von außerordentlicher Bedeutung gewesen. Vor einer abschließenden Entscheidung haben wir damals auch Gespräche geführt mit der niedersächsischen Landesregierung, und dafür haben wir folgende Vorlage geliefert. Ich bin jetzt nicht sicher, ob wir die auch dem Minister Remmers gegeben haben oder ob ich die damals in dem Gespräch vorgetragen habe. Es ging an dem entscheidenden Punkt, der für mich jetzt hier heute wichtig ist, um Transparenz im Verfahren. Jetzt kommt ein Zitat von Walter Scheel:

„Die Nutzung der Kernenergie wird sich politisch nur durchsetzen lassen, wenn der Bürger wahrheitsgemäß und umfassend über alle ihre Risiken informiert wird. Es muß über alles offen und klar geredet werden.“

Diese von Walter Scheel aus Anlass der Verleihung des Theodor-Heuss-Preises im Jahr 77 erhobene Forderung gilt unseres Erachtens ebenso für die Einlagerung von Atommüll. Leider sind die betroffenen Kirchen- und Kapellengemeinden und auch die Bürger seit der Entscheidung im Jahr 77, Gorleben auf seine Eignung als atomares Endlager zu erkunden, nicht immer entsprechend informiert worden.

Wahrheitsgemäße und umfassende Information, die Offenlegung der Untersuchungsergebnisse und die Nachvollziehbarkeit der Abwägungs- und Entscheidungsprozesse sind jedoch grundlegende Voraussetzungen für die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Solange aufgrund verwirrender und unzureichender Informationspolitik der Vorwurf im Raum steht, hier sollte etwas vertuscht werden, so lange kann von den Kirchen- und Kapellengemeinden nicht erwartet werden, daß sie der Vergabe von Nutzungsrechten zustimmen. Wir fragen daher den niedersächsischen Umweltminister: Ist er mit uns einer Meinung, daß die Transparenz des Verfahrens erhöht werden muß, und ist er in der Lage, dies auch konkret in Handlungen umzusetzen? Kann uns der niedersächsische Umweltminister zusichern, daß die Ergebnisse der Erkundung vollständig und für jeden öffentlich zugänglich gemacht und kritischer wissenschaftlicher Würdigung, zum Beispiel in einem öffentlichen Hearing, ausgesetzt werden? Kann uns der niedersächsische Umweltminister schon heute verbindlich Auskunft darüber geben, welche Planungen bezüglich des Salzstocks bestehen, wenn es sich als Endlager sowohl für hochradioaktiv als auch für schwach und mittelradioaktiv - - nicht eignet?

Die Kirchen- und Kapellengemeinden hoffen, daß ihren Vertretern in dem Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister diese Fragen umfassend beantwortet werden können, sodaß ihnen sachgerechte Entscheidungen hinsichtlich der Einräumung der oben genannten Rechte möglich sind.

An dem Gespräch im niedersächsischen Umweltministerium nahmen neben Werner Remmers auch Professor Redeker und Herr Horst zu Horst teil. Alle unsere Anfragen hat Remmers offengelassen bzw. negativ beantwortet. Als ich ihn fragte nach den Kriterien für die Salzstockerkundung - - Ich erinnere mich sehr genau. Ich habe ihn gefragt: Wie viel reines Steinsalz muss gefunden werden, damit das Endlager für hochradioaktiven Müll gebaut werden kann: 10 mal 10 mal 10 Meter oder 100 mal 100 mal 100 Meter? Da sagte er: „Ja, das ist eine gute

Frage. Das werden wir Ihnen genau sagen.“ Darauf intervenierten sofort beide Mitarbeiter, Professor Redeker und Horst zur Horst: „Nein, Herr Minister, das können wir nicht, weil wir den Salzstock untersuchen, damit wir erfahren, wie wir den Atommüll verpacken müssen, damit er an den angegebenen Stellen schadlos deponiert werden kann.“ Die Gespräche waren von ihrem Ergebnis her klar, sodass die Kirchen- und Kapellengemeinden keinen Nießbrauch eingeräumt haben.

Einen kurzen Schluss möchte ich anfügen. Resümee: Erstens. Verantwortbarkeit kann nicht behauptet werden. Sie kann nur durch Verlässlichkeit, Vertrauen und Transparenz, also durch politisches Handeln, das Vertrauen schafft, realisiert werden. In Klammern: 73 Millionen Euro für die Erkundung von Gorleben versus 3 Millionen Euro für andere Endlagersuche im Haushalt 2012 vom Umweltministerium fördern nicht dieses Vertrauen und die Transparenz.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das mag schon sein, aber das ist jetzt wirklich die Gegenwart, und wir beschäftigen uns tatsächlich mit der Vergangenheit.

Zeuge Gottfried Mahlke: Zweitens. Ich zitiere Horst-Eberhard Richter, den Psychoanalytiker und Altmeister, der sagt: Wir leiden an der Krankheit der Unverantwortlichkeit.

Ich habe Ihnen angekündigt, ich würde Ihnen gerne zwei Sätze als Theologe sagen. Es ist nötig im persönlichen, privaten Bereich wie im politischen Bereich und im internationalen Bereich, sich bei einem Fehler diesem Fehler zu stellen, ihn zu bereuen und sozusagen dafür zu zahlen. Das ist ein Modell aus der Scholastik. Das will ich jetzt nicht vertiefen. Aber ich glaube, wir haben es in den letzten Jahrzehnten durch die Mediation in unserem Staat auf andere Weise herbeigeführt. Das wäre ein Modell, um in einer solchen kontroversen Situation Vertrauen zu schaffen.

Das ist es gewesen, was ich Ihnen vortragen wollte.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. - Ich will gleich anknüpfen an die Frage des Erwerbs von Salzgerechtigkeiten. Da gab es in den 1980er-Jahren, wie Sie eben selbst ausgeführt haben, Verhandlungen mit der PTB bzw. dem BfS und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Han-

nover. Der Ausschuss findet das unter MAT A 83, Band 16, Paginierung 10 bis 16. Das ist ein Schreiben der PTB an die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Hannover, Landeskirchenamt, zu Händen Herrn Dr. Neumann vom 15. August 86, Betreff des Erwerbs von Salzrechten.

Für die vollständige Erkundung des Salzstocks waren eben auch Salzrechte der Kirche notwendig, und Angebote der PTB zur Einräumung eines Nießbrauchrechtes wurden abgelehnt. Sie haben eben ausgeführt: aus moralischen Gründen, ethischen Gründen. Ich habe hier ein Zitat gefunden aus einem Schreiben der PTB, Herr Näser, an das BMU zu Händen Herrn Dr. Bloser vom 12. Juni 1987 mit einem Vermerk über den Stand der Verhandlungen über den Erwerb der Salzrechte am Salzstock Gorleben - ich zitiere:

Da der gesamte Salzstock als Erkundungsgebiet zu betrachten ist, ist ein flächendeckender Erwerb der Berechtigungen

- Salzabbaugerechtigkeiten -

auch unter Berücksichtigung von Sicherheitszonen unumgänglich.

...

PTB hat für die Nutzung der Salzrechte (Nießbrauch) in der Erkundungsphase 0,20 DM/m² als erstes Verhandlungsangebot ... der Landeskirche als Vertreter der betroffenen Grundeigentümer übersandt. Dies Angebot wurde von den Vertragspartnern als völlig unzureichend abgelehnt. Für die Einräumung des Nießbrauchsrechts wurden 2 DM/m² gefordert.

Das, lieber Herr Mahlke, hört sich jetzt an, dass man handelt unter Vertragspartnern. Der eine sagt: „Wir fangen mal mit 20 Pfennig an“, und der andere sagt: „Nein, es dürfen mindestens 2 D-Mark sein.“ Das ist jetzt nicht - - Nach den Ausführungen, die Sie eben dargelegt haben, hätte ich das jetzt nicht erwartet, einen solchen Fund in den Akten.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja. Ganz konkret kann ich also dazu nichts sagen, aber ich kann versuchen, Ihnen das zu erläutern. Es war ja vorhin auch schon mal ein Zwischenruf in diese Richtung ergangen.

Die hannoversche Landeskirche und die EKD haben sich im Laufe der letzten 35 Jahre an dieser Frage auch entwickelt. Zunächst erst mal: Wenn ein solches Schreiben beim Landeskirchenamt, bei Dr. Neumann, eingegangen ist, dann behandelt er das zunächst erst mal oder behandelte er das damals oder behandelte das Landeskirchenamt das damals aus rein formalen Fragen, wie Sie bei jedem Grundbesitzer dieses fragen und sagen: 20 Pfennig sind zu wenig. Wir empfinden, dass 2 D-Mark das Richtige ist.

Für uns als Kirchengemeinde spielte diese Frage nach der Höhe der Kosten nie eine Rolle. Ich glaube, das habe ich Ihnen deutlich gemacht. Wir haben als Kirchenvorstand dieses kleine Waldstückchen nördlich des Endlagergebietes, ich glaube, in den 60er-Jahren, vielleicht auch in den 50er-Jahren, für'n Appel und 'n Ei gekauft. Wir haben durch die DWK ein um das Zehnfache erhöhtes Preis angeboten bekommen. Das war für uns in dem Gespräch darüber im Kirchenvorstand überhaupt keine Frage, ob die noch mal das Zwanzigfache drauflegen müssen, sondern wir als Kirchenvorstand haben uns grundsätzlich mit dieser Frage beschäftigt. Ich glaube, das habe ich Ihnen deutlich gemacht, dass das nicht oberflächlich geschehen ist, sondern dass wir da sehr differenziert uns informiert und Gespräche geführt haben. Es ging nicht um die Frage: Kann es ein bisschen mehr sein, dann könnten wir darüber reden oder nicht?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau deshalb, weil Sie diesen Eindruck vermittelt haben, habe ich eben jetzt hier auch nachgefragt; denn immerhin ist das ein Schreiben von 1987. Das heißt also, zehn Jahre gab es da schon die Diskussion um Gorleben. Das ist ja ein langer Zeitraum. Deshalb frage ich mich auch, welchen Einfluss sozusagen, welche Position Sie denn als örtlicher Kirchenvorstand in Beziehung zu Ihrer Landeskirche hatten, um letztendlich Entscheidungen in die eine oder andere Richtung mit zu beeinflussen.

Zeuge Gottfried Mahlke: Die Kehrtwendung der Region ist passiert mit Dragahn. Das habe ich Ihnen deutlich gemacht, dass von meiner einsamen Position die ganze Pfarrerschaft diese Reaktion - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das war auch schon 81. Das lag ja auch schon eine Weile her.

Zeuge Gottfried Mahlke: Das ist da passiert. Die Änderung der hannoverschen Landeskirche ist Anfang der 90er-Jahre geschehen. Ich kann das jetzt also nicht mehr so genau sagen, weil ich da nicht mehr so unmittelbar an dem beteiligt war. Aber ich meine, dass die hannoversche Landessynode 1991 ein sehr kritisches Wort zu Gorleben verfasst hat. Zu der Zeit, um die es hier geht - 1987, 88 - war das noch nicht klar, wie sich die hannoversche Landeskirche oder das Landeskirchenamt in solchen Fragen positioniert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Lassen Sie uns zu einem anderen - - Wir machen das jetzt so ein bisschen schlaglichtartig. Lassen Sie uns zu der Frage Informationsveranstaltung, Öffentlichkeitsarbeit noch mal übergehen. Sie haben eben mehrfach ausgeführt, dass die Transparenz für Glaubwürdigkeit und Akzeptanz bei der Bevölkerung ohne Zweifel eine große Rolle spielen würde. Lassen Sie mich da auch schlaglichtartig einen Blick werfen auf die Informationsveranstaltung des Bundes vor dem Schachtabteufen in Gorleben, in Hitzacker. Da haben Sie sich geäußert in „Die ‚intrigierte‘ Entsorgung“ in *Junge Kirche*, einer Zeitschrift europäischer Christen, 44. Jahrgang, 1983, auf den Seiten 112 ff. Ich zitiere hier:

Die Besetzung der Bohrstelle 1004 im Mai 1980 geschah aus der Sorge, dass das Endlager in jedem Fall in Gorleben errichtet würde, unabhängig von der Eignung des Salzstocks. Seinerzeit hat der damalige Innenminister Baum zugleich im Namen des Bundesministeriums für Forschung und Technik in einem Brief vom 02.06.1980 an den BMU und in einem weiteren Brief vom 11.05.1981 bestätigt, dass vor einer Entscheidung über das Abteufen von Erkundungsschächten nochmals eine öffentliche Anhörung über die Ergebnisse der Bohrungen stattfinden wird. Diese Anhörung ist für Mai 83 geplant. Aber die Vorbereitungsarbeiten werden nach dem Plan der DBE bereits im Februar, März und April durchgeführt. Da-

durch werden Sachzwänge geschaffen, die einer vertrauensvollen Kooperation zwischen Bürgern und staatlichen Organen den Boden entziehen.

Meine Frage geht jetzt in zwei Richtungen. Einmal würde ich gerne aus Ihrer Erinnerung wissen: Was war das denn für eine Veranstaltung in Hitzacker? War die informativ? Wer kam da zu Wort? Waren differenzierte Fragen zugelassen? Wie war die Beteiligung der Öffentlichkeit? Und die andere Frage richtet sich dann auf den Bereich - Sie haben das eben in Ihren Ausführungen auch gesagt -, dass Sie gesagt haben: Gorleben steht sowieso fest als Standort; da wird eigentlich nur noch geguckt, wie das Ganze geschehen soll und nicht mehr, ob. - Das ist auch noch mal eine Sache, wo ich Sie natürlich gerne fragen möchte, ob Sie denn das Atomgesetz kennen und die dort festgelegten Verfahrensschritte.

Aber gehen wir zunächst mal zu der Frage Hitzacker. Können Sie aus Ihrer Erinnerung sagen: Was war das für eine Veranstaltung? Warum äußern Sie sich hier in dem Zitat, was ich Ihnen gerade vorgelegt habe, eher ablehnend, weil Sie sagen: „Na ja, die Vorbereitungen laufen sowieso. Das Ganze ist also nicht viel wert“?

Zeuge Gottfried Mahlke: Was ich in dem Zitat gesagt habe, ist eine Erfahrung, die wir ja auch - - Ich habe das vorhin mit dem Röttgen-Haushalt 2012 Ihnen versucht noch mal auf andere Weise deutlich zu machen. Da wird ein Hearing angesetzt für - ich weiß jetzt nicht mehr genau den Zeitpunkt - Mai sowieso. Aber es werden Fakten bereits vorher geschaffen, sodass das Hearing eine Farce wird, dass das Hearing kein Ergebnis zeitigen kann, was diese Fakten, was diese Investition - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Was ist denn da eigentlich passiert, an Fakten geschaffen worden?

Zeuge Gottfried Mahlke: Das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen. In dem Zitat zitiere ich das ja. Dieses Zitat habe ich auch in der Vorbereitung irgendwann - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: „Vorbereitungsarbeiten“ stehen hier. Das ist ja wenig konkret. Von daher frage ich Sie

doch einfach als Zeitzeuge. Ich war nicht dabei.

Zeuge Gottfried Mahlke: Das tut mir leid. Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist schon interessant, weil wir ja tatsächlich versuchen als Ausschuss, Licht ins Dunkel zu bringen, nicht nur dieses Salzstocks, sondern auch der Vergangenheit. Das sind ja alles Vorgänge, die weit in der Vergangenheit liegen. Deshalb freuen wir uns ja, dass wir Zeitzeugen befragen können, um letztendlich sie aus eigener Wahrnehmung noch mal hören zu können zu Dingen, die wir eben den Akten nicht entnehmen können. Von daher ist es für uns natürlich wichtig, abzuschätzen, wenn Sie sagen: Misstrauen herrschte in der Bevölkerung, weil Fakten geschaffen wurden - - Jetzt interessiert uns natürlich ganz dringend: Was waren das denn für Fakten? Also worin manifestierte sich das denn jetzt letztendlich?

Zeuge Gottfried Mahlke: Kann ich Ihnen nicht präziser sagen. Wo ich es präziser sagen konnte, habe ich es Ihnen gesagt. Im Zusammenhang mit Dragahn habe ich auch Papiere da. Das tut mir leid.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es geht jetzt aber um Gorleben. Hier in diesem Fall geht es um Gorleben, und da geht es ganz besonders um diese Hitzacker-Veranstaltung. Was können Sie mir denn sonst zu dieser Hitzacker-Veranstaltung sagen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Tut mir leid, da kann ich Ihnen nicht weiterhelfen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist natürlich eine Veranstaltung, die ein einigermaßen zentrales, auch für die Frage der Öffentlichkeitsarbeit, der Beteiligung der Öffentlichkeit - - Haben Sie denn an dieser Veranstaltung teilgenommen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Auch das - tut mir leid - weiß ich im Moment nicht. Ich weiß, dass wir im Vorfeld für dieses Hitzacker-Hearing moniert haben, dass die - - Anders als bei dem Gorleben-Hearing 1979 sind ja die beiden Seiten finanziell ausgestattet gewesen, um dort ihre Standpunkte darzulegen. Das war nur bei dem Hearing in Hannover

der Fall und bei allen weiteren Hearings nicht mehr der Fall. Aber ich kann Ihnen das nicht präziser sagen. Tut mir leid.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wissen Sie denn noch, wer von Ihrer Seite - also, wenn Sie sagen: beide Seiten - benannt worden war oder gebeten worden war, denn letztendlich da aufzutreten und Rede und Antwort zu stehen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich bin ziemlich sicher, dass um diese Zeit die hannoversche Landeskirche bereits einen eigenen Umweltbeauftragten hatte. Das war Paul Gerhard Jahn. Das war der Direktor des Hauses kirchlicher Dienste - so heißt das heute in Hannover. Er hat die Positionen der Kirche in diesen Jahren, also nach - - Ich bin ja sehr beteiligt gewesen an den Sachen, wo es um den Grundbesitz der Kirchengemeinde Gartow ging, also um 1978 und 1988. Aber in der Zwischenzeit bin ich nicht mehr für die Kirche sozusagen das Sprachrohr gewesen oder der Sprecher gewesen, sondern da hat die hannoversche Landeskirche einen eigenen Umweltbeauftragten beauftragt, und das war dieser Kollege Paul Gerhard Jahn.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, aber das Hearing war 83. Also das Hearing war ja noch 83. Das war ja mitten in der Zeit, als Sie auch noch zuständig waren in Gorleben.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja. Sie wissen ja aus den Unterlagen, dass ich nicht der Kronprinz der hannoverschen Landeskirche in dieser Frage war, sondern dass die hannoversche Landeskirche mich auch mit einem Predigtverbot 1980 belegt hat. Also, ich bin seitens der hannoverschen Landeskirche sehr kritisch gesehen worden in diesen Jahren. An den Punkten, wo die hannoversche Landeskirche nicht an mir vorbeikam, waren eben die Punkte, wo ich als Vorsitzender des Kirchenvorstandes von Gartow zuständig war. Das war 1979, 78 bei den Landverkäufen und als es um die Salzabbaugerechtigkeiten ging. In der Zwischenzeit hatte ich sozusagen kein besonderes Mandat, oder die hannoversche Landeskirche hat dieses Mandat dem Umweltbeauftragten, der in Hannover auch Teil der Synode war, übertragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut, dann bringen wir da wohl nicht mehr Licht ins Dunkel bezüglich dieser Hitzacker-Veranstaltung.

Dann möchte ich Sie noch mal fragen bezüglich des Atomgesetzes, da Sie jetzt hier mehrfach die Sorge geäußert hatten, wie gesagt, dass der Standort in Gorleben eben nicht zur Disposition stünde, sondern eben vielmehr nur noch geguckt würde, wie denn letztendlich dort eingelagert werden könnte. Sie kennen das Atomgesetz?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich habe das Atomgesetz nicht studiert. Ich habe das im Zusammenhang mit den Fragen punktuell wahrgenommen, aber ich bin kein Experte in Juristerei, was Atomgesetz oder Bergrecht oder so etwas angeht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Es geht hier tatsächlich um das Atomrecht. Und im Rahmen des Atomrechts - - Um einen solchen Standort im Rahmen des Atomrechts tatsächlich zu definieren, gibt es ein Planfeststellungsverfahren. Ist Ihnen denn bekannt, ob dieses Planfeststellungsverfahren läuft, abgeschlossen ist oder wie auch immer?

Zeuge Gottfried Mahlke: Zu der damaligen Zeit war ich fit in diesen Fragen. Aber ich bin jetzt über 21 Jahre oder noch länger aus dem speziellen Geschäft draußen und habe ganz was anderes in Seelsorgerausbildung gemacht. Das tut mir leid.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dafür habe ich sofort Verständnis. Nur, es sind ja gravierende Vorwürfe, die Sie letztendlich erhoben haben und bis heute erheben, wo Sie sagen: Die meinen das gar nicht ehrlich, wenn die sagen: „Wir gucken, ob ...“, sondern die meinen eigentlich nur: „Wir gucken, wie ...“. Es ist also längst entschieden, dass dort ein Endlager errichtet wird. Man guckt eben nur noch, wie das denn jetzt am besten geschehen kann. - Das ist ja ein ausgesprochen gravierender Vorwurf, den Sie dann auch mit ethischen und religiösen Ausführungen begleitet haben. Deshalb wollte ich einfach nur mal fragen, ob wir uns denn über dieselben Grundlagen unterhalten, also ob Sie denn das Atomrecht dahin gehend kennen, dass es eben tatsächlich ein Planfeststellungsverfahren vorsieht.

Zeuge Gottfried Mahlke: Entschuldigung, dazu, glaube ich, muss ich nicht Jurist sein und das Atomrecht auswendig können. Wenn ich wahrnehme als Bürger, wie Politiker zweisprachig reden, auf der einen Seite von Eignung - und das wird so verstanden - : ja oder nein am Ende, oder von Eignung: wie - - Das sind zwei fundamentale Sachen. Da muss ich nicht Jurist sein. Da muss ich nicht das Atomgesetz kennen, sondern da muss ich einfach sagen: Hier wird in einer Doppelzüngigkeit geredet. Entweder verstehen die Leute es selber nicht - dann muss ich durch solche Fragen sie dazu bringen, es klarer zu sagen -, oder es ist Absicht dahinter.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist durchaus richtig. Nur, wir leben ja in einem Rechtsstaat, wo die Gesetze, so wie es sie gibt, eingehalten werden müssen und auch vor Gerichten eingeklagt werden können. Deshalb ist die Frage, ob denn das Atomrecht bekannt ist mit den dort vorgesehenen Verfahrensweisen zur Findung eines Standortes, durchaus in diesem Zusammenhang relevant, und ich erlaube mir, die auch in diesem Zusammenhang, gerade angesichts der gravierenden Anschuldigungen, Ihnen zu stellen.

Dann kommen wir auf ein drittes Schlaglicht von meiner Seite. Das ist die Frage nach dem Transfer von Finanzmitteln in die Region Gorleben. Da gibt es ganz unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Befürworter solcher Finanztransfers sagen, es handelt sich um Infrastrukturhilfen als Ausgleich für die Übernahme der Belastungen aus einer nationalen Aufgabe. Das hat der Zeuge Kurt-Dieter Grill hier zum Beispiel gesagt. Andere sagen, es handle sich um Schmiergelder, mit denen gefährliche Industrieanlagen durchgedrückt und die Gemeinden korrumpiert werden. Das kann man finden in Anselm Tiggemanns Ausführungen *Die „Achillesferse“ der Kernenergie in Deutschland ...* auf der Seite 457.

Wir hatten als Zeugen hier Herrn Klaus Poggendorf, den ehemaligen Landrat, der die strukturpolitische Bedeutung dieses nuklearen Entsorgungszentrums hier ganz besonders unterstrichen hat und uns erklärt hat, dass es dort Mittel gab, die in die Region geflossen sind, und er hat hier ausgeführt:

Sie haben zu Recht auf die großen Strukturprobleme des Landkreises

hingewiesen. Wir versprachen uns damals, als es um die Ansiedlung des nuklearen Entsorgungszentrums ging, insbesondere von der Wiederaufarbeitungsanlage ... eine Lösung dieser Probleme. Das muss man ganz offen sagen.

Die Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung, dieses Projekt nicht zu realisieren, war für viele Kommunalpolitiker eine Enttäuschung. Trotzdem war man der Meinung, dass man einmal mit der Salzstockuntersuchung zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnte und zum anderen auch den Bund in die Pflicht nehmen kann, den Landkreis finanziell zu unterstützen, um die Strukturprobleme, wenn nicht zu lösen, so doch abzumildern.

Das ist letzten Endes ja auch geschehen.

Dann hat er darauf hingewiesen, dass sozusagen diese Bundesmittel als Drittmittel verwandt worden sind, um in andere Programme zu kommen. Ich zitiere weiter:

Dazu waren in der Vergangenheit die Gemeinden und der Landkreis, aufgrund seiner Finanzschwäche, nicht in der Lage. Mithilfe der Gorleben-Gelder gelang es aber, diese Förderprogramme in Anspruch zu nehmen ...

Das sagt also ein Politiker aus Ihrer Region, der sozusagen dieser Dimension des Projektes, letztendlich lediglich des Endlagerprojektes, durchaus eine positive Komponente abgewinnen kann. Ihre Ausführungen waren eben gegensätzlich zu dem, was wir von dem Zeugen Poggendorf letztendlich gehört haben.

Nichtsdestotrotz habe ich verstanden in den zwei Jahren, die wir hier jetzt fast miteinander verbringen, dass es ja doch immer wieder Mehrheiten, also demokratisch legitimierte politische Äußerungen dieser Kommunalpolitiker letztendlich gab, die sich also sehr wohl hinter die Meinung dieses Herrn Poggendorf stellen können. Wie war Ihre Wahrnehmung zu der Zeit? Also, wie war das mit dem Geld, was da gekommen ist? Für welche Projekte wurde das denn verwandt?

Zeuge Gottfried Mahlke: Das sind verschiedene Fragen gewesen, die Sie gestellt haben. Einmal natürlich haben die Mehrheiten - das habe ich ja versucht an der einen

Stelle, als es um das Zwischenlager und den Flächennutzungsplan ging, auch deutlich zu machen - sehr gewechselt. Als ich 1974 in den Landkreis kam, hatte die CDU, glaube ich, einen Prozentanteil von über 60 Prozent in dem Landkreis. Dann gab es zum ersten Mal, dass die UWG als freie Wählergruppe auftrat und in den unterschiedlichen Gremien zwischen 10 und 20 Prozent kriegte. Das führte zu einer großen Koalition in den meisten Räten. Jetzt ist es noch wieder völlig anders geworden.

Mit dem Geld - da muss ich eben mal hier schauen in meinen Einspruch zur Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Gartow, 1981 - da habe ich, glaube ich, was notiert, was ich zitieren kann.

(Der Zeuge liest in seinen Unterlagen)

Nach den Formulierungen des Flächennutzungsplanes hat das Zwischenlager nur eine positive Entwicklung zur Folge. Allerdings wird in dem Vertrag, den die DWK/BLG mit der Samtgemeinde und anderen kommunalen Trägern geschlossen hat, ausdrücklich von

- Zitat -:

strukturellen, wirtschaftlichen und finanziellen Nachteilen gesprochen, die sich die DWK/BLG einige Millionen kosten lässt. Die Konflikte mit dem Fremdenverkehr werden einfach negiert. In dem eben genannten Vertrag verpflichtet sich die DWK/BLG, Arbeitsplätze in unserem Raum zu schaffen, um für jeden geschaffenen Arbeitsplatz die Ausgleichszahlungen zu kürzen. Warum wurde die DWK/BLG nicht verpflichtet, Schadensersatz für die Arbeitsplätze zu zahlen, die als Folge des Zwischenlagers in dieser Region verloren gehen?

Das war ein Punkt, wo ich auf Widersprüche hingewiesen habe, dass es keine negativen Folgen geben könnte. Aber in dem Vertrag sind diese negativen Folgen ja mit Geld ausgeglichen worden. Das ist etwas, was mir als Bürger aufgefallen ist und was ich moniert habe. Ich kann das auch wieder nicht präziser beantworten, wie diese Gelder verwandt worden sind, wofür die verwandt worden sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich rede jetzt, ehrlich gesagt, gar nicht so sehr über Gelder, die von der DWK geflossen sind, sondern vielmehr über die „Verwaltungsvereinbarung über die Regelung der finanziellen Auswirkungen des Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahrens für das Nukleare Entsorgungszentrum (NEZ) bei Gorleben“ vom 9. Februar 1979 zwischen dem Bund und dem Land Niedersachsen. Das ist MAT A 102/1, Band 154, Paginierung 164 bis 166. Hinsichtlich dieser Mittelzuflüsse an die Kommunen der Region erläuterte uns der Zeuge Pogendorf in seiner Vernehmung, ausweislich des Stenografischen Protokolls in seiner vorläufigen Fassung der 64. Sitzung am 1. Dezember 2011 auf der Seite 70:

Diese Verhandlungen führten 1979 zu dem Ergebnis, dass ein Vertrag abgeschlossen wurde, ein Zehnjahresvertrag ... Zunächst für die ersten vier Jahre war vereinbart eine Summe von 200 Millionen DM, das heißt also 50 Millionen pro Jahr. Dieses Geld floss an das Land ...die Aufteilung ...war die, dass das Land den größten Teil des Geldes natürlich behielt, und wir kriegten in den ersten vier Jahren etwa 4,1 Millionen pro Jahr, die dann aufgeteilt wurden zwischen dem Landkreis, der Samtgemeinde Gartow, der Gemeinde Gorleben und der Gemeinde Trebel.

Ich kenne jetzt die Kommunen so ein bisschen bei Ihnen vor Ort. Das sind ja alles keine riesigen Kommunen. Auch der Landkreis selbst ist ja relativ klein von der Einwohnerzahl gesehen, von der Fläche natürlich riesengroß. Also, da muss das ja auffallen, wenn 4,1 Millionen Euro - nicht Euro, sondern D-Mark; aber auch D-Mark müssen auffallen - dort ankommen. Von daher will ich noch mal nachfragen - und das war eben Geld letztendlich des Bundes und nicht irgendeiner privaten Firma oder so was -: Können Sie sich gar nicht mehr erinnern, in welche Projekte das geflossen ist?

Zeuge Gottfried Mahlke: Wenn ich jetzt nicht hier in diesem Gremium sitzen würde und das nicht mitgeschrieben würde, dann würde ich sagen: Gehen Sie nach Gorleben, dann sehen Sie, dass die Bürgersteige mit Gold gepflastert sind. Das sage ich aber so nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das habe ich noch nie gesehen, aber okay.

Zeuge Gottfried Mahlke: Das sage ich aber so nicht. Aber wenn Sie nach Gorleben gehen und schauen sich die öffentlichen Gebäude an, die es dort gibt, die in den letzten 20 Jahren dort gebaut wurden, und vergleichen das mit anderen Dörfern dieser Größenordnung in Lüchow-Dannenberg oder in der Republik, dann merken Sie sofort den Unterschied. Da ist ein Dorfgemeinschaftshaus gebaut worden. Das finden Sie nirgendwo in einem Ort, der so groß ist wie Gorleben. Das ist ja im Grunde genommen ein kleines Dorf. Und wenn Sie die anderen kommunalen Einrichtungen, die es dort in Gorleben gibt, dann erkennen Sie das sofort. Das hat auch - -

Diese 50 Millionen D-Mark, die da in den Landkreis geflossen sind und wo dann am Ende 5 Millionen etwa oder 4,1 Millionen, sagt Poggendorf, vor Ort gelandet sind, haben auch bei den Gemeinden gewirkt, und das hat auch Eifersucht hervorgerufen von Gemeinde zu Gemeinde. Das ist völlig klar. Daran kann ich mich sehr lebhaft erinnern. Aber das ist so: Wenn Sie eine Region so mit Geld versorgen und daneben liegende Regionen nicht so behandeln, dann hat das das zur Folge. Das ist ganz klar.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Von meiner Seite habe ich jetzt keine weiteren Fragen. Das Fragerecht geht jetzt an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Kollege Grindel.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Der Zeuge hat ja mehrfach gesagt, dass er in der Sache nichts beitragen kann. Insofern will ich mich auf eine Frage beschränken, die ich nun wirklich, was die Einschätzung des Zeugen angeht, notwendig finde zu stellen. In der Ausgabe der *Gorleben Rundschau* der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom Juni 2011 rechtfertigen Sie Ihr Handeln gegen das Endlager Gorleben mit einem Hinweis, die Kirche hätte auch beim Holocaust nicht schweigen dürfen. Und Sie sagen wörtlich:

Sich aus weltlichen Dingen
...heraushalten, das war eine gängige Praxis der Kirche: Vor allem in der Nazi-Zeit und dem Holocaust ...

Das stellen Sie hier in einen Zusammenhang. Ich möchte gerne wissen, ob Sie die-

sen Vergleich ernsthaft für angemessen halten.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich will Ihnen diesen Satz erklären, sodass Sie ihn vielleicht verstehen. Ich glaube, Sie stimmen mir zu, dass die Kirche zum Holocaust schuldhaft geschwiegen hat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das gilt also auch für Herrn Bonhoeffer zum Beispiel? Gehört der nicht zur Kirche?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ja was ganz anderes.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung, er hat mir eine Frage gestellt. Die habe ich durch einen Zwischenruf beantwortet.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich glaube, dass Bonhoeffer und die bekennende Kirche nicht die Repräsentanten der Kirche im Dritten Reich waren, sondern dass das alles - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Meine Frage geht auf Ihren Vergleich.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, und ich will Ihnen den Vergleich auch erläutern. Ich nehme den auch nicht zurück. Der Hintergrund ist ein theologischer Grund, und zwar in einer missverstandenen Zwei-Reiche-Lehre von Martin Luther. Der ist so missverstanden worden, dass Theologen gemeint haben, dass Luther so zu verstehen ist: Es gibt ein Reich dieser Welt, und es gibt ein Reich Gottes. Und zum Reich dieser Welt haben wir nichts beizutragen als Theologen und als Kirche. Wir kümmern uns um das Reich Gottes. Diese missverstandene Zwei-Reiche-Lehre hat vielen Theologen im Dritten Reich geholfen, nicht wahrzunehmen, was im Reich dieser Welt geschieht, und es hat ihnen eine theologische Legitimation gegeben, dazu zu schweigen und nicht den Mund aufzumachen wie Niemöller und andere. Derselbe Impuls hat in der Nachkriegszeit weitergewirkt, dass es ein Reich dieser Welt gibt, da sind wir nicht kompetent, das ist nicht unsere Aufgabe, und daneben gibt es ein Reich Gottes, das ist unsere Aufgabe. Aus dieser Haltung heraus - die ist erst in den 60er-, 70er-Jahren theologisch aufgearbeitet worden; das muss man klar sagen - gab es

eine Abstinenz auch des Landeskirchenamtes in den 70er-, 80er-Jahren zu diesen Fragen des öffentlichen Lebens. Das hat sich geändert durch eine Denkschrift der EKD zur Politik, politischem Handeln. Ich habe die auch zitiert, könnte Ihnen das noch verifizieren. Da ist grundsätzlich neu nachgedacht worden über die Theologie, wie sie sich auswirkt in dem Leben dieser Welt und dass es nicht reduzierbar ist auf ein Reich Gottes und ein Reich dieser Welt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie zitieren in Ihrem Beitrag für *Junge Kirche*, 41. Jahrgang aus dem Jahr 1980, Seite 314, Eduard Lohse, den damaligen Landesbischof, mit einem Zitat vom 15. Juni 1980. Lohse hat gesagt:

Wer in dem Streit um die Nutzung der Kernenergie recht hat - technisch und ökologisch und politisch -, das kann die Kirche nicht entscheiden wollen.

Das heißt, Bischof Lohse hat aus Ihrer Sicht aus dem Dritten Reich nichts gelernt, dem Verhalten der Kirche dort?

(Sebastian Edathy (SPD): Das ist eine unzulässige Frage!)

Zeuge Gottfried Mahlke: Das ist ein Kurzschluss, den Sie machen. Er steht in einer theologischen Tradition, in einer theologischen Interpretation von Wirklichkeit, und die ist in den letzten 100 Jahren bis in die 80er-Jahre durchgehalten worden. Ich bin nicht dazu da, Lohse zu sagen, dass er aus dem Dritten Reich nichts gelernt hat; das glaube ich nicht. Aber theologisch steht er in einer Tradition, die die Welt so gesehen hat, wie er sie gesehen hat. Sie wissen ja, was die letzte Landesbischofin, der jetzige Landesbischof und der Ratsvorsitzende sagen. Die würden einen solchen Satz nicht mehr sagen, wie Lohse ihn 1980 gesagt hat.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf die Opposition auch jetzt mit über Theologie diskutieren, oder darf das nur die Regierung machen? - Kirsten Lühmann (SPD): Ich finde es aber spannend, ich muss es ehrlich sagen! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Antworten sind interessant, aber die Fragen bleiben trotzdem blöd!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Fahren Sie mal bitte mit der Befragung fort, und noch mehr sozusagen am Untersuchungsgegenstand orientiert.

(Heiterkeit bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gibt es keine weiteren Fragen aus der CDU-Fraktion? - Prima, dann sind jetzt die Sozialdemokraten dran. Bitte schön, Frau Vogt.

Ute Vogt (SPD): Herzlichen Dank. - Ich würde gerne zum Untersuchungsauftrag zurückgehen

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine super Idee!)

und mich auch bedanken für Ihre interessanten Ausführungen und würde gerne noch mal was wissen über den Beginn. Sie haben ja am Anfang gesagt, im Februar 77 seien Sie quasi nicht darauf vorbereitet gewesen in der Gemeinde, dass es zu dieser Standortentscheidung kam. Haben Sie vorher schon wahrgenommen, dass über Standorte für das NEZ in Niedersachsen diskutiert worden ist, oder war das überhaupt das erste Mal, dass Sie darüber gehört haben?

Zeuge Gottfried Mahlke: Wenn ich in meinem Gedächtnis nachgeguckt hätte, dann würde ich die Frage so beantworten: Mit dem 22.02. bin ich zum ersten Mal damit konfrontiert worden. Da ich jetzt aber zur Vorbereitung Akten studiert habe, habe ich gesehen, dass wir als Kirchenkreistag am 17. Februar - das ist also eine Woche vor der Standortbenennung - eine EntschlieÙung zum Einsatz der Atomenergie verfasst haben. Eine solche EntschlieÙung im Kirchenkreistag - der Kirchenkreistag sind immer die Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden und ein Gemeindeglied aus dem ganzen Kirchenkreis, das ist also eine Gruppe von 30, 40 Leuten - - Es war damals nicht üblich, dass ein Kirchenkreistag politische Erklärungen abgibt.

Also, Sie können daraus schließen, dass diese EntschlieÙung, die wir damals verfasst haben, einen gewissen Vorlauf gehabt hat. Das hängt damit zusammen, dass in Unterlüß ein möglicher Standort für ein NEZ geplant war und Unterlüß in demselben Sprengel, in demselben Kirchenbezirk Lüne-

burg liegt und insofern die Frage der Atomenergienutzung von Unterlüß auch hierher geschwappt ist. Ich könnte Ihnen das vorlesen; ich glaube, das ist nicht nötig.

Wir haben damals auch theologisch sauber und differenziert zu der Frage der Energienutzung Stellung bezogen, zur Frage unseres Lebensstils. Das lässt sich ja nicht koppeln. Damals ging es ja darum: Die entsprechenden Leute haben ja behauptet, es gäbe nicht genug Energie, damit wir unseren Lebensstandard halten können. Dann kam der Club of Rome dazwischen mit den „Grenzen des Wachstums“. Das sind alles Fragen gewesen, die sind allmählich virulent gewesen in diesen Gremien der Kirche und haben dazu geführt, dass wir diese Erklärung damals verabschiedet haben.

Dann war es so: Als am 22. Februar die Albrecht-Entscheidung öffentlich wurde, da war gerade mein Gemeindebrief aus Gartow frisch gedruckt. Natürlich haben alle Leute von der Presse diese Erklärung verstanden als eine Erklärung zu Gorleben. Das war sie aber in der Tat nicht. Aber sie liest sich auch nicht schlecht vor dem Hintergrund des 22. Februar 1977.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie beschrieben, dass das Kaufangebot der DWK im März 78 kam, was dann ja auch mit einer Frist von 10 Tagen begrenzt war.

Zeuge Gottfried Mahlke: 40.

Ute Vogt (SPD): Ja, 40 Tage begrenzt war. - Wir hatten letztes Mal Graf von Bernstorff als Zeuge, der uns berichtet hat, dass man unter einem gewissen Druck stand. Würden Sie das auch so beschreiben, und könnten Sie uns erläutern, in was dieser Druck bestanden hat? War es allein der Zeitdruck? Wie kann man sich die Atmosphäre vorstellen, in der die Grundstückseigentümer ihre Entscheidung treffen mussten?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, dieses Kaufangebot kam aus heiterem Himmel. Ich habe versucht, darzulegen: Die Landesregierung hatte immer von einem vorläufigen Standort gesprochen, und niemand von uns hat geahnt, dass dieses Kaufangebot kommt. Das kam auch für mich völlig aus heiterem Himmel. Ich kriegte plötzlich einen Briefumschlag, und da stand drin, wir kriegen, ich weiß nicht, 40 000 Mark für das kleine Waldstückchen da geboten. Es war auch nichts in

der Öffentlichkeit bekannt. Also, alle 65 Grundbesitzer haben die Klappe gehalten. Ich habe dann meinem Kirchenvorstand diesen Vertrag zugeschickt und zur nächsten Sitzung eingeladen - da ist eine Frist von einer Woche üblich -, und dann sind wir zusammengekommen. Ich könnte jetzt noch mal nachgucken, wann wir diesen Beschluss gefasst haben, also etwa eine Woche später. Ich habe, nachdem wir den Beschluss gefasst haben, den Kirchenvorstand gefragt: Darf ich das auch an die Presse geben? Dann haben die gesagt: Ja. - Dann stand es zwei Tage später auf der allerersten Seite der *Elbe-Jeetzel-Zeitung*. Damit habe ich nicht gerechnet, und damit hat natürlich kein Kirchenvorsteher gerechnet. Aber damit war es zum ersten Mal öffentlich geworden, dass es vor acht oder zehn Tagen diese Kaufangebote gegeben hat. Vorher wusste niemand im Landkreis davon.

Nun haben sich die Ereignisse doch sehr überschlagen: Es hat sich eine Gruppe gebildet, also über den Daumen etwa 50 der Grundbesitzer. Dazu gehörte auch der Graf. Dazu gehörte nicht die Kirche, weil bei Kirchens läuft das immer so lange - wenn man da in einem Verein Mitglied werden möchte, muss man im Landeskirchenamt fragen -, bis man da eine Antwort kriegt. Also haben wir gesagt: Wir nehmen daran teil; aber wir werden nicht Vereinsmitglieder als Kirchenvorstand. - Wir waren also nicht unmittelbar drin, aber der Graf war da drin in diesem Gremium, und der Herr Gauster aus Trebel war Vorsitzender dieses Vereins geworden. Der Verein, meine ich mich zu erinnern, hatte das Ziel, möglichst viel Profit rauszuschlagen, also möglichst das Zeug gut zu verkaufen.

Ute Vogt (SPD): Also, da ging es gar nicht um die Verweigerung am Anfang?

Zeuge Gottfried Mahlke: Es ging auch um die Verweigerung; aber das ist in dieser Phase, über die wir jetzt reden, außerordentlich schwierig. Ich habe aus meiner Gemeinde Meetschow eine ganze Reihe von Landwirten gehabt, die waren Grundbesitzer an dieser Waldfläche. Der Wald war zwei Jahre zuvor, 1975, verbrannt. Das sind alles Bauern, die am Existenzminimum gelebt haben. Die kriegen plötzlich einen Brief, da steht drin: Wenn sie ihr Grundstück, Wald, Parzelle sowieso verkaufen und bei einem Anwalt ihres Vertrauens unterschreiben,

kriegen sie 14 Tage später 3 Millionen D-Mark von uns überwiesen. - Nun, wenn Sie sich in die Situation eines solchen Landwirtes hineinversetzen, wo Haus und Hof und die ganze Zukunft seiner Kinder und alles da dran hängt, dann können Sie sich vielleicht emotional einfühlen, was das bedeutet. Wenn das nun noch in eine Konkurrenzsituation in einem Dorf kommt, wo es fünf Landwirte gibt, die beteiligt sind, und fünf Landwirte, die zufällig da keinen verbrannten Wald haben, dann ahnen Sie, was das auch seelsorglich bedeutet in einer solchen Situation. Dazu kam dieser enorme Zeitdruck, dass alle Leute Angst hatten: Wenn wir nicht unterschreiben, werden wir sofort enteignet und kriegen einen Appel und ein Ei dafür. Niemand war da, um den Leuten zu sagen: Also, mal ruhig. Enteignung, so schnell geht das nicht, und außerdem mit den Kosten und so.

Ich meine mich zu erinnern, dass der Graf Bernstorff nicht öffentlich vor dem Ablauf der Frist gesagt hat, wie er sich entscheiden wird. Ich glaube, wenn der Graf von vornherein gesagt hätte: „Ich verkaufe nicht“, dann wäre das Ergebnis anders gewesen. Aber er hat selber aus einer, glaube ich, persönlichen Zurückhaltung, um nicht Leute zu manipulieren, mit dieser eigenen Entscheidung gewartet.

Dann ist es eben so gekommen: Ich glaube, außer den Kirchengemeinden und dem Grafen haben ein Bauer und ein Student nicht verkauft. Alle anderen - also, ich glaube, 61 Grundbesitzer oder 60 Grundbesitzer - haben verkauft, auch natürlich ihre Salzrechte unten. Das war damals überhaupt keine Frage, sondern es galt ja altes preußisches Bergrecht. Die anderen, ich meine, die haben bis heute auch nicht verkauft und haben auch mit der Änderung des Bergrechts ihre Salzrechte abschreiben lassen in ein extra Grundbuch, und darüber wurde ja extra verhandelt.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie vorhin berichtet von der Veranstaltung am 28. April. Das war ja der Fristablauf, wenn ich es richtig verstanden habe, wo dann die Letztunterscheidung möglich war. Gab es im Vorfeld irgendeine Informationsveranstaltung? Mich irritiert, weil Sie sagen: Da wusste gar niemand was. Das heißt, es hat weder die Gemeinde noch der Landkreis noch die Landesregierung versucht, da auch zu informieren?

Das heißt, man hat das sehr individuell versucht zu lösen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Es war von diesen Gremien, die Sie genannt haben, überhaupt nichts zu sehen. Ich habe vorhin erzählt, dass Herr Grill sich bemüht hat, die Frist zu verlängern, aber keinen Erfolg hatte. Die Appelle natürlich von den Landwirten an die Landesregierung in Hannover und an die Bundesregierung, diese Frist zu verlängern, haben aber keinen Erfolg gehabt, haben keine Wirkung gehabt. Es hat keinerlei Veranstaltungen gegeben von irgendwelchen kommunalen oder politischen Institutionen, um die aufgeregten Bauern zu informieren.

Ute Vogt (SPD): Es gab dann danach ja die Zusage von Herrn Albrecht, die schriftliche, die Sie uns ja auch noch mal in Auszügen verlesen haben, aus seinem Schreiben vom Mai 79, und dann seinen Wortbruch. Ich meine, das ist ja für einen Politiker im Grunde das Schlimmste, was passieren kann, wenn man so offensiv seine Glaubwürdigkeit im Grunde dahingibt. Ich bin auf der Suche nach den Gründen dafür, weil, im Grunde kann er ja nicht unbedingt - - Also, mir ist immer noch nicht klar, warum Niedersachsen überhaupt so bereitwillig die Arme aufgemacht hat, so einen Standort anzunehmen. Speziell in Gorleben, erinnern Sie sich, ob es da auch Interessen gab von Kommunalpolitikern oder auch von dem Kollegen Grill, der schon genannt worden ist, dass das unbedingt angesiedelt werden muss aus Arbeitsplatz- und strukturpolitischen Gründen? Was war das Motiv, was Ihnen damals deutlich wurde?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, Sie fragen jetzt nach dem Motiv, warum Dragahn wieder ins Spiel kommt?

Ute Vogt (SPD): Wie kommt jemand dazu, seine Glaubwürdigkeit so offensichtlich dahinzugeben? Denn das ist ja eigentlich für kein Land erstrebenswert, dass es eine WAA oder ein NEZ auf seinem Grund und Boden bekommt.

Zeuge Gottfried Mahlke: Okay. Das ist jetzt aber meine persönliche Einschätzung, die ich gebe. Ich glaube, dass zunächst erst mal Albrecht seine Gründe hatte - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielleicht, Frau Kollegin Vogt, formulieren Sie es doch so, dass der Zeuge aus seiner eigenen Erinnerung heraus uns sagt, wie das damals war; denn eine Einschätzung wollen wir hier ja gar nicht von ihm. Das war doch so?

Ute Vogt (SPD): Also gut. - Erinnern Sie sich, welche Vermutungen Sie damals hatten?

(Heiterkeit)

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, zunächst erst mal: Wenn ich Ministerpräsident wäre und ein interessantes Projekt verteilen könnte in eine Region, die sehr strukturschwach ist, die leicht abzuriegeln geht, dann käme ich auch möglicherweise auf die Idee, Lüchow-Dannenberg mal zu fördern, zumal wenn ich dort eine eigene satte Mehrheit habe. Das ist nachvollziehbar. Das will ich jetzt aber nicht weiter machen.

Dann hat er ja in dem Brief an den Bundeskanzler Schmidt deutlich gemacht: Offensichtlich das entscheidende Problem ist das Endlager; da müssen wir weiterkommen, und wir kriegen das Endlager in Gorleben nur durch, wenn wir die WAA rausnehmen. - Daraufhin hat er in der Regierungserklärung 79 gesagt: Die WAA ist politisch nicht durchsetzbar. - Was er sich dabei gedacht hat, wenn er sagt: „Das ist politisch nicht durchsetzbar, aber ich muss es ja genehmigen, weil die einen Antrag gestellt haben“, das ist mir schleierhaft. Aber okay, er hat die WAA rausgenommen.

Er hat, glaube ich, immer Gorleben mit Lüchow-Dannenberg identifiziert. Er hat immer, wenn er Lüchow-Dannenberg gesagt hat, das ursprüngliche NEZ gemeint. Das glaube ich ihm. Ich glaube nicht, dass er da wirklich ganz bewusst gelogen hat. Aber er hat eben in diesem Schreiben an Rathje noch mal und verbindlich und für die Landesregierung, für den Landkreis Lüchow-Dannenberg, insbesondere die Samtgemeinde Gartow, geschrieben und in demselben Brief - den habe ich ja auch als Faksimile da - noch mal Lüchow-Dannenberg geschrieben. Er ist so auch verstanden worden. Das hat ihm die Zustimmung der Region, der kommunalen Vertreter von SPD und CDU eingebracht, zu sagen: Okay, die Bohrungen lassen wir zu, es ist ja eh offen, ob das oder

ob das nicht, und wir machen das Zwischenlager. Das brauchen wir wegen den Verträgen mit Frankreich.

Nun hatte sich zwischen Mai 79 und Mai 81 die politische Konstellation im Landkreis etwas verändert durch die großen Koalitionen, die es allenthalben gab. Nun glaube ich zu wissen, nein, ich kann es nicht belegen. Aber ich meine schon, dass die Impulse aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg gekommen sind. Bei diesem Gespräch in Beinhorn waren beteiligt, das weiß ich, Poggen-dorf und Abraham - Abraham, ein SPD-Abgeordneter aus Dannenberg - und Frau Breuel und Albrecht. Wer sonst noch dabei war, weiß ich nicht. Ich weiß das aus einer Notiz aus einem kirchlichen Gremium, und da hat der Samtgemeindedirektor von Dannenberg - der hieß damals Krüger, der war auch im Kirchenkreistag und im Kirchenkreisvorstand - berichtet, dass in diesem Gespräch in Beinhorn die Idee entstanden ist: Dragahn. Dragahn war ein Gebiet im Bundesbesitz, eingezäunt im Wald, eben auch in Lüchow-Dannenberg. Die ganzen Schwierigkeiten mit den Landkäufen hätte man da nicht. Daraufhin hat eben Albrecht Dragahn aus dem Hut gezogen und nicht damit gerechnet oder nicht genau in seinen Briefen nachgeguckt, dass er Lüchow-Dannenberg ausgeschlossen hat.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP-Fraktion. Frau Kollegin Brunkhorst, bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Guten Tag, Herr Mahlke! Herr Mahlke, ich habe Sie bislang jetzt so wahrgenommen, dass Sie als frommer Mensch oder auch als Pastor Ihre Glaubensorientierungen ganz oben anstellen und durchaus auch sehr kritisch, sagen wir mal, den technischen Wissenschaften gegenüberstehen.

Ich will Sie einfach mal mit zwei Aussagen konfrontieren, die Sie in einem der vielen Aufsätze oder in Ihren Reden gesagt haben. Das eine Mal haben sie gesagt:

Trotzdem hatte ich das Gefühl: Diese Technik ist gegen Gottes Schöpfung, und als Pastor mußt du deinen Mund aufmachen, wenn Menschen denken, sie dürfen alles machen, was sie wollen.

An einer anderen Stelle schreiben Sie:

Die Politiker sprechen immer von der ungelösten Entsorgungsfrage, so als ob wir sie irgendwie lösen könnten. Das ist ein Irrglaube und Augenwischerei. Die Entsorgungsfrage ist unlösbar.

Damit stürzen Sie uns Politiker natürlich alle ins Heillose, weil wir Politiker natürlich den Auftrag haben, so etwas zu lösen. Es ist also unser Auftrag, mit den ganzen Behörden und mit dem ganzen wissenschaftlichen Sachverstand dort eine Lösung herbeizuführen.

Ich bitte Sie jetzt einfach mal: Versuchen Sie doch mal einen Perspektivenwechsel. Jetzt seien Sie mal für einen Moment nicht der Pastor, sondern überlegen Sie sich mal, Sie wären Politiker. Dann würden Sie auch vor dieser Aufgabe stehen. Da würde ich Sie einfach mal fragen wollen, wie Ihre Einstellung überhaupt zur Wissenschaft und zur Ingenieurwissenschaft ist. Also, ich meine, es gab ja nicht nur Studien, die belegten, dass das alles völlig unsinnig ist, was dort in Gorleben erkundet wird, sondern es gab ja durchaus auch Untersuchungen, die sagten: Die grundsätzliche Eignungshöflichkeit ist zunächst mal nicht infrage gestellt. - Dazu würde ich doch gern mal Ihre Meinung hören.

Zeuge Gottfried Mahlke: Helfen Sie mir eben bitte noch mal: Ihre erste Frage, wie war die?

Angelika Brunkhorst (FDP): Meine erste Frage war, wie Sie überhaupt den Stellenwert der technischen und der Naturwissenschaften einschätzen, ob Sie da überhaupt was drauf geben, wenn Sie Gutachten bekommen, was weiß ich, über geologische Daten, Hydrologie usw. - es gab ja durchaus Untersuchungen, damit hat sich ja eine Heerschar von Wissenschaftlern auch befasst; Frau Flachsbarth hatte ja auch gesagt, es gab ja sogar Hearings und extra Ausschüsse zu diesen ganzen wissenschaftlichen Fragen -, ob Sie da, sagen wir mal, sagen: „Das interessiert mich eigentlich alles gar nicht, für mich ist oberster Glaube wichtig“? Ich frage mich nur, wie wir dann überhaupt technischen Fortschritt legitimieren und auch vorantreiben wollen. Ich meine, wir können ja nicht, wie soll ich sagen, auf der einen - -

Zeuge Gottfried Mahlke: Ins Steinzeitalter zurückbomben. Ja, das will ich auch nicht.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, ja. - Bitte.

Zeuge Gottfried Mahlke: Okay, vielen Dank. - Ich fange mal mit der zweiten Frage an und kann Ihnen da, glaube ich, weiterhelfen. Ich finde, die Entsorgungsfrage ist eine Frage, die wir nicht lösen können. Wir können den Atommüll verstecken; aber das Problem kriegen wir nicht mehr weg. Das ist eine Gefährdung der Schöpfung, die wir bisher von dieser Qualität nicht hatten.

Ich glaube, wenn ich Politiker wäre, dann würde ich an der Stelle dem Volk klar sagen: Das ist nicht zu lösen, und trotzdem sind wir verpflichtet, weil wir - wir nicht, aber unsere Generation - dieses Problem produziert haben. Deswegen sind wir verpflichtet, es einer Lösung näherzubringen. Aber wir müssen klar sagen: Wir können es nicht lösen. - Also, selbst wenn wir ein Endlager in Baden-Württemberg fertig hätten im Basalt und alle Wissenschaftler würden sagen: „Okay, wunderbar, jetzt haben wir es gelöst“, das ist sprachlich nicht sauber. Wir haben es nicht gelöst. Wir haben das Problem handhabbar gemacht. Wir haben es vielleicht verantwortbar handhabbar gemacht. Aber das Problem der Bedrohung der Schöpfung - - Das ist nicht nur in der Atomwirtschaft, das geht über viele Sachen, an die wir uns längst gewöhnt haben, weit hinaus. Da könnte ich Ihnen in meinen Vorträgen weite Passagen davon sagen. Also, mir geht es darum, an der Stelle dem Bürger ziemlich klar das Problem zu sagen und dann den Bürger daran in einer verantwortbaren Weise und einer transparenten Weise zu beteiligen, an der Handhabung dessen, was da ist.

Ich bin überhaupt nicht industriefeindlich oder naturwissenschaftsfeindlich oder sonst was. Ich bin aber auch kein Atomphysiker, ich bin auch kein Politiker, ich bin auch kein Jurist. Aber ich bin ein Bürger und möchte, dass etwas so gut, wie es nur möglich ist, gemanagt wird, dass es verantwortbar wird. In der Atomgeschichte, da erlebe ich seit 30 Jahren - ich habe das belegt; aber ich habe das, als Röttgen in Hitzacker war und jetzt den Gorleben-Dialog initiiert hat, wieder gemerkt -: Es wird Verantwortbarkeit behauptet: Es ist verantwortlich, was wir ma-

damit deutlich wird, dass Sie hier nicht aus dem hohlen Bauch geantwortet haben?

Und da waren auch noch ein, zwei Unterlagen bzw. Belege mehr, die Sie da hatten.

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, ich habe hier in meinem Vortrag zitiert das Urteil der 3. Kammer Lüneburg des Verwaltungsgerichtes Stade vom 28.01.87, und das ist eingeflossen in ein Zitat einer These. Ich lese die These noch mal vor und markiere das Zitat: Die Erkundung des Salzstockes Gorleben dient der Entscheidung, wie „eine Eignungsaussage bezüglich Einlagerungsart, -menge und -technik“ zu treffen ist. Sie dient nicht der Entscheidung, ob in Gorleben ein Endlager gebaut werden kann oder nicht.

Das korrespondiert mit der anderen Bemerkung, die ich gemacht habe, von der Bundesregierung. Im Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 13.01.88, Deutscher Bundestag - Drucksache, steht: Es geht bei der Erkundung um die Frage, „wie viel welcher radioaktiven Abfälle wo im Salzstock Gorleben endgelagert werden können“. Bitte.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Dann habe ich noch eine andere Frage; die geht noch mal zu dem Bürgerdialog und dem generellen Umgang der Kirche mit dem Kirchenkreis. Also, wie in den Akten steht - das ist MAT A 144, Band 22, die Seiten 71231 bis 71238 -, war die Kirchengemeinde Gartow auch verärgert, wie wenig oder gar nicht von offizieller Seite auf die Bedenken der Kirchengemeinde eingegangen worden ist. So hat Ihr Nachfolger, der Pfarrer Kruse, am Rande eines Erörterungstermins bemängelt, dass zwei Stellungnahmen der Kirchengemeinde Gartow, nämlich die von 1988 und die von 1990, die auch an das BfS und das BMU gegangen seien, bis 1993 durch keinerlei Reaktion erwidert wurden.

War dies in Ihrer Zeit als Pfarrer in Gartow so der generelle Umgang mit Bedenken aus Kreisen der Kirche? Oder wie gestaltete sich der „Dialog“ mit Bürgern und betroffenen Institutionen in der damaligen Zeit?

Zeuge Gottfried Mahlke: Wir haben nie - zu meiner Zeit, also bis Ende 88 - eine offizielle Antwort auf irgendwelche Sachen gekriegt. Das einzige ist die Ausnahme, dass Werner Remmers uns, Vertreter der betrof-

fenen Gemeinden, Ende 1988 eingeladen hat - das habe ich vorhin auch zitiert - zu einem Gespräch, wo Redeker und Horst zur Horst teilgenommen haben. Sonst hat es nie irgendwo einen Dialog oder eine Antwort auf unsere Bedenken gegeben, es sei denn in der Weise, wie Albrecht im Landtag uns diffamiert hat oder der MdB Schröder gegen uns gewettert hat.

Das muss man auch in dem historischen Kontext sehen. Zu der damaligen Zeit gab es ja Pastoren, die im Talar in Brokdorf mitdemonstriert haben. Das habe ich niemals getan, und das ist auch nicht meine Überzeugung, dass das die Art ist, wie Kirche sich einmischen muss in solche kontroversen gesellschaftlichen Geschichten. Aber von daher haben wir auch Prügel bekommen von manchen Politikern, die Angst hatten vor einer anderen Form von Demonstration kirchlicher Seite, als wir sie dort im Wendland praktiziert haben.

Also, auch auf die ganzen Erklärungen - ich habe die jetzt im Zusammenhang mit dieser Anhörung noch mal studiert -, die wir als Pfarrerschaft oder vorher ich als Einzelnem gemacht habe, öffentliche Erklärungen, die wir an die Presse gegeben haben, haben wir niemals irgendwo ein inhaltliches Feedback von irgendwelchen Behörden oder von der politischen Seite bekommen.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. Das war klar.

Ich möchte mal was fragen zu dieser Entscheidungsfindung bei den Kirchenvorständen, nämlich: In der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover vom 20. Februar 1990 gibt es eine Pressemitteilung. Die ist bei uns auf den Seiten 71236 ff. Da heißt es dazu - ich zitiere jetzt mal ganz wörtlich -:

Die Kirchen- und Kapellenvorstände haben durch das bisherige Verfahren nicht das Vertrauen gewinnen können, daß die durch das BfS geplanten Untersuchungen eine wirklich ergebnisoffene Prüfung und Wertung der festgestellten Tatsachen gewährleisten. Ihnen liegen z. Z. keine Prüfungskriterien für die Untersuchungen vor. Auch an alternativen Standorten sind bisher keine Untersuchungen vorgesehen. Die kirchlichen Gremien haben die Sorge nicht überwinden können, durch einen Vertragsabschluß ein

möglicherweise vorweggenommenes Ergebnis abzustützen.

Herr Mahlke, die Wortwahl lässt darauf schließen, dass es auch innerhalb der Kirchenvorstände keine leichte Entscheidungsfindung war, zumal viele Grundeigentümer dem Angebot nicht widerstehen konnten. Wie war das damals?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, ich bin ja Pastor gewesen von Gartow, Meetschow und Nienwalde, von diesen drei Dörfern. Und in Meetschow waren - ich glaube, ich habe das vorhin schon mal angedeutet - etwa die Hälfte der Bauern, sagen wir mal, fünf Großbauern, beteiligt an dem Landverkauf und bestimmt eine ebenso große Zahl, die zufällig keinen Besitz dort hatten. - Wie war Ihre Frage noch mal?

Johanna Voß (DIE LINKE): Also, diese Entscheidungsfindung, nicht zu verkaufen, wie kam die überhaupt zustande, wie konnte das gehen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ach so, Sie fragen danach, wie das im Kirchenvorstand gelaufen ist. Das war ein Gespräch im Kirchenvorstand, wo wir aufgrund dieser Erklärung bzw. Resolution, die der Kirchenkreistag vor der Standortbenennung am 17.01.1977 gemacht hat, uns darüber unterhalten und überlegt haben: Ist das unsere Aufgabe als Kirchenvorstand, dazu beizutragen, dass dieses Großprojekt realisiert wird, oder ist das nicht unsere Aufgabe? Und da hat es einen Diskussionsprozess gegeben, der ganz einmütig und einstimmig geendet hat, und der Kirchenvorstand, ich glaube ohne Gegenstimme, diesen Beschluss gefasst hat, den ich vorhin zitiert habe.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Herr Mahlke, guten Tag! Ich möchte gleich bei der Auseinandersetzung in Bezug auf die Salzrechte und die Haltung innerhalb der evangelischen Kirche auch noch mal was nachfragen. Wenn ich

Ihre Ausführungen vorhin richtig aufgefasst habe, dann war das doch wohl eher ein Prozess, dass man nicht von Anfang an in der evangelischen Kirche der Auffassung war: „Die Salzrechte, die verkaufen wir nicht“, sondern das hat sich im Lauf der Zeit entwickelt und sich dann als Position durchgesetzt. Können Sie sich erinnern an Auseinandersetzungen, Diskussionen, dass da durchaus ein gewisser öffentlicher Druck auch zumindest gefühlt wurde, vielleicht auch sogar ausgeübt wurde?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, also, das Erste, was ich erinnere, ist bei den Landverkäufen gewesen 1978. Da habe ich Ihnen ja eben gerade geschildert und vorhin auch geschildert, wie das Timing gewesen ist und wie ich das meinem Kirchenvorstand vorgelegt habe.

Sie müssen wissen, bei Kirchens ist das so: Wenn eine Kirchengemeinde Grundbesitz hat, dann kann sie diesen Grundbesitz nicht einfach verhöckern, sondern sie muss dafür die Genehmigung des Landeskirchenamtes haben. Sie muss also bei jedem Verkauf das Landeskirchenamt fragen. Sie muss nicht bei jedem Nichtverkauf das Landeskirchenamt fragen; und so habe ich das auch gehandhabt damals. Ich habe, als ich diesen Brief von der DWK gekriegt habe, so wie das meine Pflicht ist, den Kirchenvorstand davon in Kenntnis gesetzt und eine Entscheidung herbeigeführt; und die Entscheidung war negativ. Ich kann vermuten, dass das Landeskirchenamt gerne gesehen hätte, wenn sie bei dieser Frage beteiligt gewesen wären, ob wir das Land verkaufen oder nicht. Aber da formal das Landeskirchenamt nur zustimmen muss, wenn wir ein Grundstück verkaufen, und diesen Grundstückskauf dann genehmigen muss, habe ich mich da nicht in der Pflicht gesehen, das Landeskirchenamt zu beteiligen.

Das war dann bei den Salzgerechtigkeiten etwas anders. Da war ja ein längerer Vorlauf davon da. Und wir haben ja vorhin auch ein Zitat gehört von dem Dr. Neumann (?) - jetzt weiß ich nicht, welche staatliche Seite das Landeskirchenamt angeschrieben hat -: Da ist sozusagen der Kirchenvorstand etwas umgangen worden, und erst mal ist die Genehmigungsbehörde gefragt worden, nämlich das Landeskirchenamt. Aber auch das Landeskirchenamt kann keine Salzrechte veräußern oder einen Nießbrauch zur Ver-

fügung stellen, wenn der Kirchenvorstand das nicht genehmigt.

Ist die Frage beantwortet?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das reicht mir dazu erst mal.

Ich würde gerne noch mit einem anderen Punkt weitermachen, und zwar zum Thema „Öffentliche Information und Öffentlichkeitsarbeit“. Sie haben ja vorhin an mehreren Stellen beklagt, dass die Information der Öffentlichkeit nicht immer so war, wie man das erwarten konnte, und der hoffnungsvolle Anfang, der seinerzeit mit dem Gorleben-Hearing gemacht wurde, nicht fortgesetzt wurde, und insbesondere auch in der Auseinandersetzung mit dem Umweltminister Remmers beklagt, dass bestimmte Informationen zugesagt worden sind und man darauf gewartet hat, aber dann doch nicht wirklich erfolgt sind. Wie würden Sie insgesamt aus Ihrer Erinnerung die Öffentlichkeitsarbeit und die Information charakterisieren?

Zeuge Gottfried Mahlke: Das ist schwierig; aber ich will es an zwei Beispielen deutlich machen. Wir haben bereits in der ersten Phase, also im Zusammenhang mit Harrisburg - diese Phase wurde durch die Regierungserklärung vom 16. Mai 79 abgeschlossen -, immer wieder artikuliert als Pastoren, dass die Bevölkerung die und die Angst hat vor dem, was da gebaut wird, und es deswegen an der Stelle und an jener Stelle nötig sei, etwas durchschaubar und erkennbar zu machen und überprüfbar zu machen. Da ist uns in dieser Zeit von der politischen Seite - also, ich erinnere mich sehr stark an viele Reaktionen von Kurt-Dieter Grill - immer wieder gesagt worden: Ihr schürt die Angst; ihr Pastoren seid diejenigen, die Angst machen, die Angst schüren. - Und das ist eine methodisch oder eine strukturell unterschiedliche Einschätzung der Situation. Ich glaube, wir als Pastoren sind unmittelbar in der Seelsorge konfrontiert mit den Gefühlen und den Ängsten der Leute. Und wenn wir diese Ängste zur Sprache bringen und die politische Seite mahnen, diese Ängste ernst zu nehmen, ist das kein Schüren von Angst, sondern ein Offenlegen von der Situation und von Gefühlen, die anderen so nicht zugänglich sind. Ich finde, im politischen Prozess ist diese Frage: „Wie geht man eigentlich mit Angst im politischen Raum um?“, eine ganz zentrale Frage. Nimmt man die Angst an und akzeptiert sie als vorhandenes

Gefühl? Oder: Vermeidet man, diese Angst anzugucken, und verdrängt sie? Das ist auch eine Möglichkeit. Das ist ein Abwehrmechanismus, der steht uns auch zur Verfügung, aber er hilft nicht, sozusagen an dem Problem etwas zu verändern. Von daher: Das ist das eine Beispiel.

Und das andere - da will ich noch etwas vertiefen -: Sie haben Remmers eben noch mal genannt. Dieses Gespräch, was ich auch erzählt habe, macht ja deutlich, dass Remmers in dem Gespräch die Frage, die ich gestellt habe nach den Kriterien, und zwar gestellt habe nicht als Atomphysiker, sondern als ganz dummer, normaler Bürger: Wie viel reines Steinsalz brauchen Sie - - Ich wusste, dass es um Carnallit geht und dass man das da nicht haben will, und deswegen die Frage: Wie groß muss denn das Volumen sein, was Sie suchen? 10 mal 10 mal 10 oder 100 mal 100 mal 100 oder wie soll das sein? Und Remmers hat gesagt: Ja, das finde ich eine berechnete Frage, da sorgen wir dafür. - Aber sofort sind die Leute, die von der Sache etwas verstanden, ihm reingesprungen und haben gesagt: Nein, Herr Minister, das können wir nicht.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Man weiß aber nicht genau, ob sie das gesagt haben, weil sie es selber nicht einschätzen konnten oder beurteilen konnten und keine falsche Aussage machen wollten, oder es wussten und lieber nicht wollten, dass es in der Öffentlichkeit gesagt wird.

Zeuge Gottfried Mahlke: Das kann ich nicht beurteilen. Ich glaube schon - - Also, ich habe es so verstanden, dass Remmers mein Anliegen komplett nachvollziehen konnte und verstanden hat: Es geht hier um Kriterien. Das konnte er nachvollziehen, und darin hat er mir zugestimmt, hat aber von seinen Leuten, von seinen Mitarbeitern, die in der Materie anders drin sind, sofort die Rückmeldung gekriegt: Nein, nein, das geht so einfach nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann nicht weiterfragen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Damit ist das Fragerecht zunächst wie-

der erschöpft und geht jetzt an die Unionsfraktion. Haben Sie Fragen? - Keine Fragen. Dann geht das Fragerecht gleich weiter an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich wollte noch mal nachfragen nach der Rolle von Herrn Remmers. Sie haben ja selbst oft erwähnt, dass Sie auch in Gesprächen mit ihm waren. Es gab aber vor der Benennung des Standorts Gorleben auch drei andere Standorte, unter anderem einen, der im Wahlkreis von Herrn Remmers stand. Sind Ihnen da die Aktivitäten von den Gebrüdern Remmers - die waren ja beide politisch aktiv - bekannt in Bezug auf den Standort im eigenen Wahlkreis?

Zeuge Gottfried Mahlke: Das erinnere ich nicht mehr, wie das damals war. Ich weiß noch sehr genau, dass diese drei anderen Standorte eigentlich favorisiert waren. Aber die Sachen, die Sie ansprechen, also wie weit die beiden Remmers-Brüder Einfluss genommen haben, dass es dort nicht hingekommen ist oder dass es doch dorthin hätte kommen sollen, und auch bei den anderen beiden Standorten, das weiß ich nicht, das ist mir nicht bekannt.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, das, was Sie vorhin zitiert haben in Bezug auf Werner Remmers, bezog sich auf den Standort Gorleben, also dieses Thema: „Man braucht Offenheit und Ähnliches“?

Zeuge Gottfried Mahlke: Es ist so, dass Werner Remmers nach Tschernobyl eine wichtige Publikation gemacht hat - ich weiß jetzt gar nicht, ob in irgendeinem kirchlichen Rahmen, es könnte gut sein, dass er das in Loccum auf einer Tagung der Akademie gemacht hat; er war ja in diesen Jahren erst Umweltminister geworden; ich kann es jetzt nicht genau sagen, aber ich vermute mal, von 86 an war er in Hannover Umweltminister und nicht schon viel früher -, die sehr unserer Position nahekam, wo er also um Vertrauen im politischen Raum geworben hat, für Kriterien geworben hat, für Durchschaubarkeit und Transparenz geworben hat, dass wir uns durchaus von ihm gut verstanden gefühlt haben. Und ich bin auch in dieses Gespräch nach Hannover ganz hoffnungsvoll gefahren und habe gedacht: Da wird er mir diese Fragen beantworten, die ich ja ihm vorher vorgetragen habe, weil das

sind relativ durchschaubare und überschaubare Fragen. Und wenn er an unseren Salzrechten interessiert ist, wird er auch sich bemühen, diese Fragen zu beantworten.

Ute Vogt (SPD): Ich habe dann noch einen anderen Bereich, und zwar betrifft das einen Artikel, den Sie selbst mal verfasst haben. Wir stellen den gern auch dem Ausschuss zur Verfügung, weil er sich noch nicht in unseren MAT-Unterlagen befindet. Der ist überschrieben mit der Überschrift: „Betrifft Salzabbaugerechtigkeiten - die Kirchengemeinden um Gorleben in der Entscheidung“ und ist vom 18. März 1987.

Sie haben dort verschiedene Thesen aufgestellt. Mich interessiert noch mal: Sie haben da unter anderem davon gesprochen, dass, wenn man Verantwortung übernimmt für die Entsorgungsprobleme - Sie haben auch die Verantwortung bejaht und haben unter anderem die Voraussetzung des Zeitdrucks da auch genannt -, also - das war ihre fünfte These - die Übernahme der Verantwortung der Entsorgungsprobleme unter zweifachen Voraussetzungen erfolgen muss, und die erste Voraussetzung war: ohne Zeitdruck. Welche Gründe gab es für Sie, dieses Thema „ohne Zeitdruck“ als eine der wichtigsten Voraussetzungen aufzuschreiben?

Zeuge Gottfried Mahlke: Das ist von Anfang an ein Motiv gewesen, was uns ziemlich irritiert hat und provoziert hat. Von Anfang an, also ab den Landangeboten von der DWK, ist die Frage nach dem Zeitdruck immer virulent gewesen. Dieses Angebot war eben 40 Tage befristet, und einen Zeitaufschub gab es nicht, obwohl die Landesregierung gesagt hat: Das ist ja alles nur vorläufig. Also das war eine Diskrepanz, die wir wahrgenommen haben und die wir artikuliert haben.

So ähnlich war es mit der Änderung des Flächennutzungsplanes für die beiden Zwischenlager in Gorleben, und so ähnlich war es für die PKA, für die Pilotkonditionierungsanlage, die, ich glaube, 87 genehmigt wurde oder ins Genehmigungsverfahren ging. Immer war ein enormer Zeitdruck gemacht worden, und das hat es ja eigentlich bis zu den Atommülltransporten immer wieder gegeben, dass die Zeitachse sozusagen die Gespräche verhindert hat, die nötig gewesen wären, um die Zustimmung von Bürgern oder von anderen - - oder die Fragen zu erörtern, die es offenkundig gab.

Ute Vogt (SPD): Wer hat denn so einen Zeitdruck verursacht? Kam der eher von der Landesregierung oder von den ausführenden Behörden?

Zeuge Gottfried Mahlke: Von den jeweils Zuständigen. Also, bei der Änderung des Flächennutzungsplanes gab es Anträge, die eben von denen, die das Zwischenlager bauen wollten - jetzt weiß ich nicht mehr, welches Gremium das war - - Diese Frage ist aber - -

Ute Vogt (SPD): Die Antragsteller selber dann praktisch.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, immer von denen, die den Antrag gestellt haben. Es geht eigentlich bis in die Gegenwart hinein.

Also, die letzten Gespräche, die ich so im Landkreis gehört habe, da ging es in der Samtgemeinde Gartow um Überprüfungen und Gespräche mit anderen - wie war das jetzt, vor 14 Tagen habe ich das erst gehört -, wo im Grunde genommen diese Zeit für Gespräche und notwendige Überprüfungen nicht gewährt wurde, weil da der zuständige Samtgemeindebürgermeister findet: „Das ist nicht nötig, diese Fragen sind alle schon erörtert“, und in seiner Vollmacht das natürlich auch tun kann als Samtgemeindebürgermeister, mit der Zeitstruktur etwas zu machen.

Ich finde das aber auch relativ normal. Also, wenn ich was bei meinen Kindern durchsetzen will, dann gebe ich auch Fristen vor, und dann nötige ich auch auf diese Weise. Aber es ist natürlich bei einem Groß-projekt, wo es auch um Emotionalität geht, erforderlich, zu fragen: Ist das ein Element zur Durchsetzbarkeit eines Projektes? Oder: Ist das ein Element zur Verschleierung von unliebsamen Fragen? Oder: Wozu dient das Element? Das muss man sich, finde ich, als Politiker an diesen Stellen fragen.

Ute Vogt (SPD): Sie haben dann in Ihrem Thesenpapier bei der nächsten These noch mal erwähnt einen Besuch der Pfarrkonferenz Dannenberg auf der Baustelle. Und da gab es wohl Erklärungen, die darauf hinweisen, dass man im Grunde sagt: Na ja, für schwach- und mittelradioaktiven Müll hat man sowieso keine Bedenken oder wird man wahrscheinlich sowieso nichts Problematisches finden. - Das ist ja angesichts der Erfahrungen aus der Asse eine sehr haarsträu-

bende Aussage. Können Sie sich noch erinnern, wann das war und mit wem Sie dort gesprochen haben? Oder gibt es vielleicht sogar Notizen über diesen Besuch?

Zeuge Gottfried Mahlke: Wann das war, habe ich vorhin gesagt. Das kann ich aber gerne noch mal nachgucken, das habe ich gleich. - Die Besichtigung war am 26.02.87, also unmittelbar vor diesem Vortrag, den Sie gerade zitieren. Wer dabei war, kann ich mich nicht mehr präzise erinnern. Es kann sein, dass der Dr. Meyer (?) dabei war, der jetzt in Wustrow lebt. Ich kann es nicht sagen, aber es war also nicht der Pförtner, sondern das waren schon Leute, die über das Endlager Auskunft geben konnten. Also, da haben wir uns schon auch ernst genommen gefühlt von der Besetzung der anderen Seite.

Ute Vogt (SPD): Das heißt aber, man könnte gegebenenfalls mithilfe des Datums ja auch rausfinden - -

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, mit Sicherheit.

Ute Vogt (SPD): Da wird es ja sicher ein Archiv geben, wo man die Besuchergruppen - - Protokolle, Notizen wurden wahrscheinlich damals über so einen Besuch nicht gefertigt?

Zeuge Gottfried Mahlke: Nein. Und das Einzige, was ich selber habe, ist eben auch dieser Vortrag, den ich dann drei Wochen später gehalten habe, wo ich das erzählt habe.

Ute Vogt (SPD): Gut. Danke schön. Der Kollege Edathy macht weiter.

Sebastian Edathy (SPD): Herr Mahlke, Sie hatten ja vorhin in Ihren Ausführungen mehrfach den früheren Landtagsabgeordneten und späteren Bundestagsabgeordneten Kurt-Dieter Grill erwähnt. Haben Sie sich in der Zeit, in der Sie sich sehr intensiv - den 70er-, 80er-Jahren - mit dem Thema Gorbelen beschäftigt haben, auch persönlich mit Herrn Grill über die Thematik mal unterhalten?

Zeuge Gottfried Mahlke: Es hat kein seelsorgliches Gespräch mit Herrn Grill gegeben.

Sebastian Edathy (SPD): Aber eine politische Diskussion?

Zeuge Gottfried Mahlke: Es hat auch kein Zweiergespräch mit ihm gegeben. Ich weiß, dass wir als Pastorenschaft von Dannenberg mit dem MdB Schröder ein Gespräch geführt haben nach dieser Dragahn-Geschichte. Deswegen habe ich auch diesen Brief zitiert, den er an den Landessuperintendenten geschrieben hat. In diesem Zusammenhang hat es da ein Gespräch gegeben. Mit Herrn Grill kann ich mich nicht erinnern, dass wir ein Gespräch gehabt haben.

Sebastian Edathy (SPD): Na ja, nach all dem, was wir wissen, hat sich ja Herr Grill doch sehr intensiv interessiert für die Entwicklung der Geschehnisse, was die Frage „Errichtung eines Endlagers bzw. einer Wiederaufarbeitungsanlage“ betrifft. Und da Sie ja auch sehr nah am Thema waren, hätte es ja für mich jetzt durchaus nahe gelegen, dass Sie mit dem Repräsentanten Ihrer Region im Niedersächsischen Landtag mal darüber reden. Oder haben Sie gedacht, das hat keinen Sinn?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich habe gedacht, das hat keinen Sinn, weil Herr Grill ist derjenige gewesen, der - was ich vorhin zitiert habe mit der Angst - im Grunde genommen alles das, was wir artikuliert haben aus unserer Sichtweise, immer als Angriff gegen seine Person und als Diffamierung gesehen hat und in einer Weise darauf reagiert hat, wo ich mir gesagt habe: Ich sehe keinen Sinn, in einen Dialog mit ihm einzutreten.

Anders ist es für mich gewesen mit den Leuten, wo ich auch als Seelsorger zuständig war, also Heinz Rathje, Samtgemeindebürgermeister von Gartow, oder Herr Kantelberg, Bürgermeister von Gorleben, war Bauer in Meetschow. Mit denen habe ich sehr intensive Gespräche gehabt. Aber mit Grill nicht.

Sebastian Edathy (SPD): Können Sie sich denn erinnern, dass in den Gesprächen, die Sie dann offenkundig doch mit maßgeblichen Kommunalpolitikern in der Zeit geführt

haben, auch über die Rolle von Herrn Grill geredet worden ist in Sachen Gorleben?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, aber nicht so, dass ich irgendetwas jetzt zitieren könnte oder irgendeinen Eindruck vermitteln könnte, sondern in Bezug auf Kurt-Dieter Grill waren die Fronten eindeutig, und da gab es nicht so viel zu erzählen.

Sebastian Edathy (SPD): Eindeutige Fronten heißt, dass Ihrer Erinnerung nach Herr Grill ein massiver Befürworter des Standortes war?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja, ein vehementer Befürworter, und zwar von Anfang an.

Sebastian Edathy (SPD): Von Anfang an.

Zeuge Gottfried Mahlke: Ja.

Sebastian Edathy (SPD): Wie hat sich denn das geäußert nach Ihrer Erinnerung?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, ich selbst habe das am deutlichsten gemerkt in der Art und Weise, wie er gegen mich gewettert hat in der Zeitung oder bei Vorträgen oder bei irgendwelchen Reden und dann auch in späteren Jahren gegen die Pfarrerschaft insgesamt.

Sebastian Edathy (SPD): Obwohl Sie sich persönlich gar nicht kannten?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, wir wussten, wer wir waren. Ich habe den natürlich gesehen und bin ihm immer wieder begegnet, aber wir haben keinen Austausch miteinander gepflegt.

Sebastian Edathy (SPD): Das heißt also, bevor er sich oder während er sich in der Öffentlichkeit sehr negativ über Sie geäußert hat, hat er nicht das Gespräch gesucht?

Zeuge Gottfried Mahlke: Nein.

Sebastian Edathy (SPD): Vielen Dank.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich habe das Gespräch mit Ihnen auch nicht gesucht und mich negativ über Sie geäußert!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen? - Wenn das so ist, dann würde ich die Sitzung jetzt zunächst für eine Stunde unterbrechen, also bis um 15 Uhr, und dann geht es weiter mit Fragen der FDP, soweit sie denn welche hat. - Herzlichen Dank.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir nicht diese Runde fertig machen? Dann kann der Zeuge gehen! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten wir vielleicht eruieren, wie viel Fragebedarf noch ist? Braucht man den Zeugen ja nicht noch mal warten lassen für eine Stunde!)

Haben Sie noch Fragen? - Die FDP hat keine Fragen mehr. Ja, dann sind es ja wirklich nur noch zwei, wenn Sie denn wirklich fertig werden jetzt mit einer Runde. - Gut, bitte schön, dann geht das Fragerecht jetzt an die Linken.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. - Dann will ich noch mal fragen zu der Gorleben-Kommission. Herr Mahlke, die sagt Ihnen doch was? Wie wurden Sie und die breite Öffentlichkeit ansonsten über alle Belange mit dem Gorleben-Projekt informiert? Hatten Sie ein Mitspracherecht, außer bei Salz- und Grundstücksfragen? Stellte die Gorleben-Kommission ein Mittel zur Öffentlichkeitsbeteiligung dar? Wurden Sie da beteiligt? Wurden Sie breit informiert dadurch? Oder war das ein großer Dialog, in den alles einbezogen wurde?

Zeuge Gottfried Mahlke: Meines Wissens sind weder ich noch die Kirche von der Gorleben-Kommission in irgendeiner Weise beteiligt worden an irgendeiner Stelle. Wir haben als kirchliche Gremien - - Also, ich bin ziemlich sicher, dass wir im Kirchenkreisvorstand und im Kirchenkreistag über den Samtgemeindebürgermeister von Dannenberg, Herrn Horst [sic!] Krüger, immer wieder Informationen und Berichte über die Gorleben-Kommission gekriegt haben; aber wir sind weder als Kirche noch ich als Vertreter eines Grundbesitzers beteiligt gewesen an irgendwelchen Gremien.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön. Dann möchte ich noch mal fragen:

Wie sehen Sie denn rückblickend das Predigtverbot auf dem besetzten Bohrplatzgelände 1004 der Freien Republik Wendland 1980?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Jetzt auch noch gegen die Kirche, nicht nur gegen die Regierung!)

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich sage den Hintergrund eben mal, damit Sie das auch richtig einordnen: Die Freie Republik Wendland hat ja 33 Tage existiert, und am Sonntag vor Pfingsten hat ein Gottesdienst dort stattgefunden. Es hat auch eine Holzkirche gegeben. Ich bin dort kein Besetzer in dem Sinne gewesen. Ich bin in dieser Phase viel zurückhaltend gewesen. Aber die Besetzer haben mich gefragt, ob ich denn Pfingsten einen Gottesdienst halten will. Und da habe ich gesagt: Natürlich, wenn ihr mich fragt, dann halte ich einen Gottesdienst. Wir als Kirche gehen sogar ins Gefängnis und fragen nicht, was das für Leute sind. Da halten wir auch Gottesdienst. Warum soll ich nicht bei euch auch einen Gottesdienst halten? - Und ich habe über Gewaltfreiheit - -

(Zuruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU))

- Wie? Über Gewaltfreiheit und Jesustraditionen, da habe ich schon einiges gearbeitet gehabt und habe mich auch dafür an der richtigen Stelle gefühlt.

Und nun hatte am Freitag vor Pfingsten der Regierungspräsident in Lüneburg eine öffentliche Erklärung abgegeben und mitgeteilt, dass die ganzen Hütten in der Freien Republik Wendland ohne Baugenehmigung erbaut worden seien und damit die Freie Republik Wendland ganz illegal sei. Damit war für den Landessuperintendenten in Lüneburg ein neuer juristischer Tatbestand entstanden, und er meinte, er müsste mich davor schützen, an einem illegalen Ort einen Gottesdienst zu halten.

Nun kam er, weil er davon gehört hatte, dass ich diesen Gottesdienst halten wollte, am Samstagabend um 18 Uhr zu mir nach Gartow gefahren und hat versucht, mir eine Stunde lang deutlich zu machen, dass das nicht meines Amtes sei. Und nach der Stunde hat er gefragt, ob ich jetzt verzichte auf den Gottesdienst, und dann habe ich gesagt: Sie haben mir kein einziges Argument gesagt, was mich überzeugt hat, dass

ich diesen Gottesdienst nicht halte. Daraufhin hat er ein amtliches Papier vorgeholt, es unter meinen Augen unterschrieben und - das ist das sogenannte Predigtverbot nach Paragraf sowieso des Kirchenrechtes - hat mir sozusagen in einem ganz genau definierten Bereich, nämlich dieser Bohrstelle 1004, die Ausübung dienstlicher Tätigkeit untersagt. Also, ich hatte keine Möglichkeit, zu überprüfen: Was heißt das juristisch?

Als ich dann in meine Wohnung kam - - Meine Frau ist Pastorin a. D., und es waren zwei weitere Pastorinnen da, eine aus Hamburg, eine aus Dortmund, und die sagten: Das macht gar nichts. Wenn du nicht predigen darfst, werden morgen drei Frauen Gottesdienst halten. Und das haben sie dann gemacht und haben eben auch diese amtliche Erklärung hochgehalten. Damit war die wiederum in der Presse, was natürlich der Landeskirche auch nicht so gut gefallen hat, weil sie da in eine Ecke gestellt wurde, in der sie auch nicht sein wollte.

Es hat dann ein halbes Jahr später dazu eine Aufarbeitung im Landeskirchenamt gegeben. Und das war für mich ausreichend. Das Predigtverbot wurde dann zurückgenommen, und der Vizepräsident des Landeskirchenamtes hat gesagt: Warum haben wir damals nicht den Landessuperintendenten zur selben Stunde zur Polizei geschickt, dass der dort einen Gottesdienst hält? Dann wäre wieder für die Öffentlichkeit deutlich geworden: Kirche ist auf beiden Seiten und nicht nur auf einer Seite. Also, das Landeskirchenamt hatte eine Sorge, dass es durch mich, was ich überhaupt nicht vorhatte, verinnahmt wird für eine eindeutige Anti-Atomhaltung. Das finde ich nicht Aufgabe einer Predigt, und das hätte ich an der Stelle auch nicht gemacht.

Insgesamt muss ich einfach sagen, weil das ja manche interessiert: Ich bin ja vor anderthalb Jahren in den Ruhestand gegangen, und zu meiner Verabschiedung hat der Nach-Nachfolger von dem Vizepräsidenten im Landeskirchenamt - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herr Mahlke, das Ganze ist ja geschichtlich ganz, ganz hochinteressant und auch sozial, was weiß ich, gesellschaftspolitisch wichtig, aber es hat wirklich nichts mit unserem Untersuchungsauftrag zu tun. Möglicherweise könnte man noch Ihre Persönlichkeit dadurch ein wenig besser kennenlernen wollen, aber ich glaube, die haben wir jetzt

kennengelernt. - Frau Kollegin Voß, Sie hätten noch eine Frage, wenn Sie die denn hätten, zum Untersuchungsauftrag, und alles Weitere würde ich dann bitten, in anderen Diskussionsforen zu erörtern.

Johanna Voß (DIE LINKE): Schade. Aber dann frage ich noch mal was weiter, und dann wäre ich auch am Ende.

Wussten Sie, Herr Mahlke, dass am 22.12.76, also bevor 77 im Februar die Standortbenennung kam, es einen Beschluss gegeben hat vom niedersächsischen Landeskabinett, dass im Bereich des Salzstocks Gorleben keine Bohrungen mehr nach Öl oder Gas getätigt werden dürfen - immerhin war ja die Firma Elwerath da dabei -, weil dort die Suche nach einem Atommülllager Vorrang vor der Aufsuchung hat, dass es diesen Kabinettsbeschluss gegeben hat? Das ist MAT E 6, Band 19, die Seiten 228 bis 29.

Und wussten Sie von der Gasexplosion in Lenzen, die ja 1969 stattgefunden hat? War das damals Gespräch, war das bekannt? Bei dieser Explosion wurden ja ein Bohrturm zerstört, ein Arbeiter getötet, acht schwer verletzt. Haben Sie von den Gasvorkommen unter Gorleben gewusst?

Zeuge Gottfried Mahlke: Beides kann ich verneinen. Also, ich habe weder 76 von dieser Entscheidung des Kabinetts irgendwas erfahren - - Wenn es in der Zeitung gestanden hätte, hätte ich es wahrscheinlich überlesen. Also, ich habe damals nichts davon gewusst, und ebenso von dieser Gasexplosion im Zusammenhang mit dem Salzstock Gorleben auf der Rambower Seite habe ich auch erst jetzt, sozusagen nach der Wendezeit, erfahren. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-recht an die Grünen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Tag, Herr Mahlke! Mich würde noch mal interessieren, wie denn die Stimmung eigentlich so war im Dorf, in dieser Zeit um den Verkauf der Salzrechte herum. Also, Sie waren ja Seelsorger, insofern auch, denke ich mal, in vielen Gesprächen mit den Bürgern. Also, diese normale Stimmung, die sich so beim Gespräch beim Bäcker, in der Wirtschaft und so, wenn man sich auf der Straße trifft - - Sie haben ja vorhin gesagt:

Außer dem Grafen, der Kirche, einem Bauern und einem Studenten haben alle anderen verkauft, in dieser relativ kurzen Zeit haben die sich da entschlossen. In welcher Stimmung hat das stattgefunden? Wurde das diskutiert da?

Zeuge Gottfried Mahlke: Die Frage nach den Salzabbaugerechtigkeiten hat nicht diese Rolle gespielt wie die Frage bei den Landverkäufen, weil einfach die Zahl der Betroffenen so gering war; es gab ja hier im Grunde genommen ganz wenige. Ich glaube, es gab noch ein paar mehr Grundbesitzer, also die 65 Grundbesitzer.

Wo es ursprünglich drum ging, waren ja diese 12 Quadratkilometer für das Gelände der WAA; das hatte man gekauft. Aber die Erkundung des Salzstocks bezog sich ja auf eine etwas andere Fläche. Da ging es ja jenseits dieser 12 Quadratkilometer in Richtung Lenzen, Rambower See, Rudower See rüber. Von daher ist die Zahl doch etwas größer als diese vier oder fünf Grundbesitzer, die Salzrechte hatten. Aber es hat nicht mehr diese Dynamik gehabt wie damals bei den Landverkäufen. Und bei den Salzabbaugerechtigkeiten ging es auch nicht so stark um eine Fristfeststellung: Also, wenn ihr nicht bis dahin das verkauft habt oder den Nießbrauch eingeräumt habt, dann werdet ihr enteignet oder so. - Das war viel komplizierter um diese Zeit herum.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, wie war das bei den Landverkäufen? Könnten Sie mir die Stimmung da vielleicht noch mal beschreiben, wenn es das da dann eher gab? Also, Sie haben ja von Druck geredet. Die Leute standen unter Druck, es gab auch Zeitdruck. Man tauscht sich ja über so etwas auch aus. Haben sich da Fraktionen in dem Ort gebildet? Oder wie ist es denn zu der Entscheidung gekommen, dass so viele dann verkauft haben und andere aber eben doch auch gerade nicht?

Zeuge Gottfried Mahlke: Also, die Gespräche waren eben bei den Landverkäufen unglaublich unter Druck, nicht nur unter Zeitdruck, sondern auch unter einem emotionalen Druck: Was machen wir? Machen wir es richtig? Dürfen wir das? Sollen wir das? Wenn wir das nicht machen, was bedeutet das für den Fortbestand unseres Hofes usw.? Das waren ausgesprochen intensive Gespräche in dieser Zeit.

In dieser ersten Gorleben-Zeit, in den ersten drei, vier, fünf Jahren, hat das Gorleben-Thema in allen Gesprächen eine Rolle gespielt, bis hin zu Einladungen bei Hochzeiten und Familienfeiern: Nein, dich können wir nicht einladen, du bist ja dafür, aber wir laden nur Gegner ein oder so. - Das hat auch Familien zerrissen, in den Familien hat es Spaltungen gegeben. Das ist aber für mich nicht verwunderlich, dass es in einer solchen Extremsituation zu solch extremen Auseinandersetzungen in Dorfgemeinschaften und auch in Familien kommt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es eigentlich Vermutungen über Zusammenhänge zwischen dem Waldbrand, den Sie ja vorhin auch erwähnt haben, und dem Angebot dann, diese Landstücke zu kaufen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Vermutungen ja. In Lüchow-Dannenberg wird DWK immer abgekürzt: „Die Waldbrandkatastrophe“, oder wurde damals immer das Kürzel DWK benutzt für „Die Waldbrandkatastrophe“. Natürlich gab es da Vermutungen, weil es ja auch nicht nur in Gorleben gebrannt hat zu der Zeit, 1995 im November, sondern an den anderen Standorten auch. Aber mehr als Vermutungen oder dass man sich als Bürger fragt: „Wie kommt das, dass es gleichzeitig an all diesen möglichen Standorten brennt?“ - - Da will ich mich auch an Spekulationen nicht beteiligen.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay, danke.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann habe ich ja noch die Gelegenheit, an die Frage zur Öffentlichkeitsarbeit in Bezug auf die Gorleben-Kommission anzuknüpfen. Das wurde ja eigentlich dann auch als Mittel, zumindest für die Kreistagsabgeordneten, zur besseren Information angepriesen. Bei uns hat sich hier auch der ehemalige Abgeordnete Kurt-Dieter Grill darüber geäußert, Herr Poggendorf hat sich darüber geäußert, dass die Bürgerinitiativen sich besser vernetzen könnten und mehr wüssten als die gewählten Ratsvertreter, und haben dann die Gorleben-Kommission eingerichtet.

Welche Möglichkeiten hatten Sie denn eigentlich vonseiten der Kirche, an der Gorleben-Kommission teilzunehmen oder gar

Diskussionen zu führen, nicht nur sich zu informieren, sondern sich auch zu beteiligen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Ich hatte keine Möglichkeiten, mich daran zu beteiligen von mir aus. Ich habe das auch, könnte ich ja selbstkritisch sagen, nicht besonders gesucht. Dazu kommt aber, muss ich einfach auch im Nachhinein sagen, dass ich zwar selber und in meiner Kirchengemeinde eine ganz eindeutige Position hatte, aber dadurch, dass ich von der hannoverschen Landeskirche nicht diesen Rückenwind hatte, den mein Nachfolger zum Beispiel hat, ein bisschen blockiert war in dem Voranpreschen, nun für Kirche da etwas herauszukriegen, was ich sonst als Bürger nicht herauskriege.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie denn sonst noch irgendwelche institutionellen Möglichkeiten zur Informationsgewinnung und zur Beteiligung an den Prozessen rund um das Erkundungsbergwerk?

Zeuge Gottfried Mahlke: Wir sind als Kirche mal eingeladen gewesen, nach Karlsruhe zu fahren, und zwar unter dem damaligen Landessuperintendenten Andersen. Und der ist, ich glaube, 79 aus diesem Amt ausgeschieden. In der Anfangszeit von Gorleben hat es ja Reisen gegeben von dem Gemeinderat Gorleben nach Karlsruhe und La Hague und zu anderen Standorten, und die kamen dann immer ganz begeistert wieder. Und wir, ich meine als Pfarrerschaft von Dannenberg mit dem Landessuperintendenten zusammen, sind nach Karlsruhe zu der Wiederaufbereitungsanlage, die es da gab, eingeladen worden. Ich glaube, das war eine zweitägige Reise.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da haben wir aber, wenn ich da kurz noch einhaken darf, gehört von anderen Zeugen, zum Beispiel Frau Fritzen von der Bürgerinitiative und auch anderen, dass da nur Ausgewählte mitfahren durften und bestimmte Vertreter auf keinen Fall mitgekommen sind, Frau Fritzen zum Beispiel.

Zeuge Gottfried Mahlke: Das war auch keine Reise, wo andere als wir Kirchenvertreter da waren. Also, das war eine ganz gezielte Reise, wo wir eingeladen waren. Ich

vermute, dass das kurz nach den gescheiterten Landkäufen gewesen ist, also in der zweiten Hälfte 78.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit ist die zweite Berliner Runde zu Ende. Gibt es noch weitere Fragen von den Kolleginnen und Kollegen? - Das ist nicht der Fall.

Dann kann ich die Vernehmung abschließen, mich bei Ihnen bedanken, Herr Mahlke. Das Sekretariat übersendet Ihnen dann das Protokoll, sobald es fertig ist. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies auch formal feststellt. Die Entscheidung hierzu darf erst ergehen, wenn nach Zustellung des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu Fragen?

Zeuge Gottfried Mahlke: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wunderbar. Dann bedanke ich mich noch mal bei Ihnen ganz herzlich und unterbreche die Sitzung jetzt bis um 15 Uhr.

(Unterbrechung von
14.19 bis 15.07 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen
Prof. Dr. Helmut Röthemeyer**

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich begrüße Sie, Herr Professor Röthemeyer, sehr herzlich zu unserer Ausschusssitzung. Ich darf Sie - das ist Ihnen schon bekannt - aber dennoch darauf hinweisen, dass die Tonbandaufnahme, die wir anfertigen, ausschließlich dem Zweck dient, dass wir das Protokoll leichter anfertigen können, und dass nach der Erstellung des stenografischen Protokolls die Aufnahme auch wieder gelöscht wird; das wissen Sie bereits.

Der Ausschuss hat Ihnen den Beweisbeschluss 17-209, den Untersuchungsauftrag und einen Auszug aus dem Untersuchungsausschussgesetz übersandt. Eine Empfangsbestätigung liegt uns vor.

Für die heutige Vernehmung gibt es wiederum eine Aussagegenehmigung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, die verlängert wurde, wenn ich das so unjuristisch sagen darf.

Ich muss Sie nun formal belehren. Sie sind als Zeuge verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen daher richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Abs. 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Abs. 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren, insbesondere wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit, zum Beispiel einem dienstlichen Ordnungsverfahren, ausgesetzt zu werden.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nach der Geheimschutzordnung des Bundestags eingestuften Sitzung möglich sein, so bitte ich

Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann gegebenenfalls einen entsprechenden Beschluss fassen kann.

Ich weise darauf hin, dass Vorhalte aus eingestuften Akten nur in einer ebenso eingestuften Sitzung zulässig sind.

Haben Sie hierzu bis jetzt Fragen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich habe eine Unterlage, die als Vertraulich gekennzeichnet ist, und gehe davon aus, dass das Ihre Aussagen nicht betrifft, eher ab Geheim. Ist das richtig?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Wenn dem so ist und wenn Sie aus dieser Unterlage zitieren möchten, dann müssten wir tatsächlich entsprechende Vorkehrungen treffen, also die Öffentlichkeit zum Beispiel ausschließen, damit dann aus dieser Unterlage zitiert werden könnte.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Vielleicht sollte ich noch mal zur Klärung sagen: Das ist eine Unterlage, aus irgendwelchen Gründen Vertraulich gekennzeichnet; aber eine Unterlage mit praktisch gleichem Inhalt, die nicht gekennzeichnet ist.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann, wenn Sie aus der zitieren wollen, die nicht gekennzeichnet ist, ist es alles in Ordnung; soweit Sie aus einer Unterlage zitieren, die entsprechend Vertraulich eingestuft ist, müssen wir entsprechend hier so verfahren.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Okay, danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nach diesen Klärungen möchte ich nun bitten, sich dem Ausschuss noch mal mit vollständigem Namen und Ihrem Alter vorzustellen. Und ich möchte Sie fragen, ob die für Ihre Ladung verwandte Adresse noch korrekt ist.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die Adresse ist noch korrekt. Mein Name ist Helmut Röthemeyer. Ich bin 73 Jahre alt, wohnhaft in ■■■. Muss ich noch etwas zu meinem beruflichen Werdegang sagen? Das ist ja eigentlich schon protokolliert.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Eigentlich kennen wir Sie ja, Herr Röthemeyer.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Bitte schön. - Und Sie kennen auch schon - aber ich will es auch noch mal sagen fürs Protokoll -, worum es dem Ausschuss eigentlich geht, nämlich darum, ob es auf dem Wege zur zentralen Lenkungsentscheidung der Bundesregierung vom 13. Juli 1983, nämlich den Salzstock Gorleben untertägig und keinen anderen Standort obertägig zu erkunden, zu irgendwelchen Manipulationen gekommen ist.

In diesem Zusammenhang beobachten wir den Zeitraum bis 1977, also dem Vorschlag der Regierung Albrecht an die Bundesregierung, Gorleben zu untersuchen, bis hin zum Zeitraum 1997/98, wo es um die Frage der Erkundungszonen im Salzstock Gorleben geht.

Wenn Sie wünschen, dann haben Sie nach § 24 Abs. 4 des Untersuchungsausschussgesetzes die Gelegenheit, sich im Zusammenhang zum Gegenstand Ihrer Vernehmung zu äußern. Wenn Sie das nicht wünschen, würde ich Sie sofort fragen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Also, ich würde doch ganz gerne einige Eingangsbemerkungen machen. Ich hatte Ihnen, Frau Vorsitzende, schon gesagt: „Vielleicht kennen Sie einige Unterlagen, dann könnte man gegebenenfalls unterbrechen“, aber Sie haben geantwortet: „Die Sichtweise ist möglicherweise bei den Zeugen so unterschiedlich“, dass vielleicht auch meine Aussage dann noch das eine oder andere Neue bringt.

Ich habe eine Bitte an Sie, Frau Vorsitzende: Ich würde gerne nur zwei, drei Sätze zu dem allgemeinen Untersuchungsumfang sagen. Diese zwei, drei Sätze hängen zusammen mit dem neuen Entsorgungskonzept, was jetzt zwischen Bund und Ländern vereinbart wird. Ich habe im Fernsehen gesehen, dass Ausdrücke gebracht werden, die ich fachlich für nicht ganz richtig halte und auf die ich auf meiner ersten Sitzung schon eingegangen bin. Aber ich sage, wie gesagt, nur zwei, drei Sätze; der eine ist - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Wenn das einen Bezug zu unserem Untersuchungsgegenstand und zur Vergangenheit hat, dann wird das sicherlich gut sein.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ist es in der Tat. - Es wurde gesagt, dass jetzt das Ziel des neuen Konzeptes ist, den sichersten Standort zu finden. Man kann keinen sichersten Standort finden aus Gründen, die ich angedeutet habe, die ich Ihnen aber auch in besserer Form zur Verfügung stellen kann. Die Begründung dafür: Ich habe einen Brief freiwillig an die Ethik-Kommission geschrieben, der ist nur zwei Seiten lang, und ich bin gerne bereit, ihn - wer auch immer Interesse dafür hat - zur Verfügung zu stellen.

Das Ergebnis ist: Ich kann nur einen geeigneten Standort finden, und wenn Sie sozialwissenschaftliche Aspekte mit hinzuziehen - Naturschutzgebiete und Ähnliches -, dann können Sie sogar einen geeignetsten Standort unter den zu untersuchenden herausfinden, aber nicht den sichersten. - Ja, mehr wollte ich dazu nicht sagen.

Ja, zur Bedeutung der Salzrechte, damit Sie vor dem Hintergrund dessen, was ich schriftlich schon vorher gesagt habe - - Im Gegensatz zu meiner Vernehmung am 01.07.2010 konnte ich mich nicht auf eigene Arbeiten, Diskussionen, wissenschaftliche Veröffentlichungen berufen. An den Diskussionen zu den Auswirkungen fehlender Salzrechte auf die untertägige Erkundung war ich meiner Erinnerung nach - und ich bin mir eigentlich ziemlich sicher, aber man weiß ja nie - nicht beteiligt. Ich kann mich daher nur auf Unterlagen stützen, die mir zur Verfügung gestellt wurden. Und ich würde am liebsten jetzt Ihnen einige Unterlagen nennen und kurz noch mal anreißen, was dort gesagt wird, damit Sie hinterher meine Schlussfolgerungen aus den ganzen Salzrechtsdiskussionen verstehen.

Sie haben Herrn Rösel schon gefragt, wie ich dem Internet entnehme, dass der Aktenvermerk der IEAL vom 16.09.91 Ihnen bekannt ist. Und dieser Vermerk wurde von der IEAL gefertigt, und zwar im Auftrage der Projektleitung „Endlagerung radioaktiver Abfälle“, im Auftrage des BMU. Und diese Projektleitung hatte die Aufgabe, nicht nur den BMU zu beraten, sondern auch in seiner Zweckmäßigkeit- und Fachaufsicht über das BfS zu unterstützen.

Der Projektbegleiter, wie ich ihn jetzt mal nenne, wurde vom BMU am 31.07.91 beauftragt, den Sachstand zu den Möglichkeiten der weiteren Erkundung des Salzstockes Gorleben zusammenzutragen und zu bewerten. Insbesondere sollten dabei berück-

sichtigt werden - und ich zähle das deswegen auf, weil dieselbe Frage sechs Jahre später an das BfS noch mal gerichtet wurde, dieselben Fragen - - also sollte bewerten die Einschränkungen durch fehlende Salzrechte, die Schwierigkeiten beim Durchhörern des Anhydrits, die Möglichkeiten einer Einlagerung nur im Nordostflügel, also eine unsymmetrische Wärmebelastung und ein praktisch unsymmetrisches Einlagerungsinventar, und bewerten die Risiken eines Planfeststellungsverfahrens nur für den Nordostflügel.

Der Vermerk beschreibt zunächst die temperaturbedingten Einflüsse auf die Integrität des Salzstocks - das hat nachher eine für mich bedeutende juristische Note -: also Zugspannungen, Wegsamkeiten für Lösungen, Sicherheitsabstände der Einlagerungsbereiche zu Anhydrit und Carnallit. Und dann geht er auf die Bedeutung der Salzrechte ein - einige Bewertungen -:

Jeder Versuch zur Umfahrung der Sperrgrundstücke muss daher von vornherein davon ausgehen, dass eine Durchfahung des Hauptanhydrits nicht vermieden werden kann. Damit wäre das Prinzip der Risikominimierung für das Bergwerk durchbrochen. ...

Der Verlust von etwa 60 % der zur Klärung stehenden Fläche ... beinhaltet voraussichtlich entsprechende Kapazitätsverluste. Da der Innenausbau des Salzstocks zwar in den Grundzügen bekannt, in den Details aber völlig unbekannt ist, bestehen erhebliche Risiken für die Endlagerkapazität.

Das war wörtlich zitiert. - Ich mache die Anmerkung: Die reduzierten Abfallmengen wurden berücksichtigt, damals um den Faktor 2.

Zu den Aussichten eines Planfeststellungsverfahrens nur für den Nordostflügel wird ausgeführt: Es

ist immer davon ausgegangen worden, dass der gesamte Salzstock erkundet wird, bevor das Planfeststellungsverfahren und die endgültige Endlagerplanung begonnen werden. So bezog sich auch die Aussage der „Eignungshöflichkeit“ stets auf den Salzstock in seiner Gesamtheit. ...

Auch nach der Erkundung eines Flügels würde immer wieder die Frage aufgeworfen werden, ob im anderen Teil des Salzstocks nicht

doch noch ungünstigere Verhältnisse vorliegen können, die gegen die Eignung dieses Salzstocks als Endlager sprechen. Es erscheint deshalb sehr unwahrscheinlich, dass ein Planfeststellungsverfahren für weniger als einen halben Salzstock durchgestanden werden kann.

Diese Argumentation wiederholt sich bei anderen Sachverständigen, die ich befragt habe und die auch schriftlich sich geäußert haben, in ähnlicher Form.

Jetzt gibt es etwas, wo ich nicht weiß, ob Ihnen das bekannt ist, weil es zunächst mit den Salzrechten nichts zu tun hat, nur hinsichtlich seiner Konsequenzen. Das ist ein Gutachten der Anwaltskanzlei Kümmerlein, Simon & Partner vom 25.01.1996. Das Gutachten wurde vom BfS in Auftrag gegeben. Es betrifft die Salzrechte nur mittelbar für den Fall, dass nur der nordöstliche Teil des Salzstockes erkundet werden soll. Die Kanzlei sollte Stellung nehmen zu der Frage, ob die Anhebung des Salzstocks innerhalb von 100 Jahren um rund 1 Meter ein Eingriff in verfassungsrechtlich geschützte Eigentumspositionen der Eigentümer der über dem Salzstock befindlichen und damit betroffenen Grundstücke und Gebäude darstellen kann. Zusammenfassend wird ausgeführt:

Bei der zu prüfenden Konstellation dürfte ein Eingriff in den Schutzbereich des Art. 14 GG gegeben sein. Durch den Planfeststellungsbeschluss würde eine Einwirkung des Vorhabens auf seine Umgebung zugelassen, die die Grenzen zulässiger Sozialbindung überschreiten würde, da die vorgegebene Grundstückssituation nachhaltig verändert und die Nachbargrundstücke schwer und unerträglich getroffen würden. Im Ergebnis würde der Planfeststellungsbeschluss einen in der Sache enteignend wirkenden mittelbaren Eingriff beinhalten. Im Planfeststellungsbeschluss selber müsste deshalb nach der Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob der Eingriff durch eine Geldentschädigung wegen der Wertminderung oder nur durch eine zu entschädigende Inanspruchnahme der gesamten Grundstücksfläche kompensiert wird. Die Höhe der zu leistenden Entschädigung wäre in einem sich

anschließenden Entschädigungsverfahren festzustellen.

Die im¹ folgenden² Gutachten angestellten Überlegungen stellen nach meinem Verständnis einen zwingenden Zusammenhang mit den Salzrechten her, und diese Teile des Gutachtens lauten folgendermaßen:

Allerdings ist auch die Betrachtungsweise denkbar, bei der dieses Ergebnis zweifelhaft erscheinen könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn man lediglich auf eine kontinuierliche Anhebung von 0,01 Meter pro Jahr abstellt und davon ausgeht, daß deshalb die auf dem Grundstück errichteten Gebäude nicht beschädigt werden.

Der mittelbare Eingriff auf die Grundstücke wird - jetzt ist es meine Meinung - umso günstiger oder umso geringer, je größer die zur Verfügung stehende Fläche für die Einlagerung wärmeproduzierender Abfälle ist. Unterstellt man modellmäßig, dass der gesamte Salzstock zur Verfügung steht, reduziert sich die Hebung auf weniger als 0,5 Meter, und die Hebungsrates beträgt nach 50 Jahren im Mittel unter 0,01 Meter pro Jahr. Daraus ergibt sich die Forderung, den gesamten Salzstock ohne Beschränkung durch Salzrechte nur nach sicherheitsmäßigen Kriterien erkunden zu können.

Das Gutachten hätte auch Bedeutung für die Salzrechte Dritter, die dem BfS keine Nutzungsrechte eingeräumt haben. Sollte eine Einlagerung nur im Nordostteil des Salzstocks vorgenommen werden, käme es auch hier zu unvermeidbaren Verformungsmechanismen und Temperaturbeeinflussungen auf die Grundstücke, deren Salzrechte wir nicht besitzen.

Ich gehe jetzt auf das Schreiben des Präsidenten des BfS an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 07.01.1997 ein. Dieses Schreiben habe ich erst am 02.12. bekommen³ vom BfS⁴, es ist aber nicht als Vertraulich gekennzeichnet. Dieses Schreiben betrifft die Handlungsalternativen zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes. Es diene auch der Vorbereitung

eines Gesprächs der Bundesministerin mit dem Wirtschaftsminister und EVU-Vorständen. Zu den die Salzrechte betreffenden Absätzen möchte ich jetzt Stellung nehmen. Sie sind allerdings unter der Überschrift „Kostenbetrachtungen“ aufgelistet:

Die von den EVU vorgeschlagene Variante, zunächst bis zum Erwerb der Salzrechte für vier Jahre die untertägige Erkundung zu unterbrechen, ist nicht gerechtfertigt, da die für die Eignungsaussage erforderlichen Salzrechte im nordöstlichen Teil des Salzstockes dem Bund zur Verfügung stehen. Dabei gehe ich davon aus

- schreibt jetzt der Präsident -

daß die niedersächsischen Bergbehörden meinem Antrag auf Verteilung eines Erlaubnisfeldes

- die sogenannten bergfreien Flächen - alsbald entsprechen wird.

Jetzt wieder zitiert:

In der Diskussion um Einsparpotenziale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.1996 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, daß geeignete Salzpartien im nordöstlichen Teil in nicht ausreichendem Umfang vorhanden sind, um die zur Endlagerung anstehenden radioaktiven Abfälle aufzunehmen.

Begründet ist die Änderung in der Vorgehensweise dadurch, daß die Menge der radioaktiven Abfälle, auch der hochradioaktiven Abfälle, um mehr als einen Faktor 2 gegenüber den bisherigen Planungsdaten zurückgegangen ist und daß ein hoher Termindruck für die Realisierung des Endlagers im Salzstock Gorleben auch nach Auffassung der EVU nicht mehr besteht.

Bei dieser Bewertung bleibt aus heutiger Termsicht unberücksichtigt - das ist jetzt meine Haltung dazu -, dass dem damaligen Forschungsministerium noch FuE-Arbeiten gemeldet wurden, die in der Asse nicht mehr durchgeführt werden konnten. Dies wird ebenfalls in dem Schreiben des Präsidenten angesprochen - ich zitiere -:

¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „im“, Anlage

² Ergänzung des Zeugen: setze „ , im“, Anlage

³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „am 02.12. bekommen“, setze „02.12.11“, Anlage

⁴ Ergänzung des Zeugen: „bekommen“, Anlage

Da diese Frage, wie vorhin ausgeführt, sich frühestens im Jahre 2030 stellt,

- also die der Einlagerung -

besteht die Möglichkeit, in Gorleben standortbezogen die Endlagerbarkeit der hochradioaktiven Abfälle einschließlich der Machbarkeit der geotechnischen Barrieren wie Dämme und Bohrlochverschlüsse nachzuweisen.

Ich selbst möchte noch einen eigenen Gedanken hier anfügen: Jedes Kernkraftwerk, auch die Kernkraftwerke des sogenannten Konvoisystems, die ja alle praktisch gleich gebaut wurden - - werden alle in einem sorgfältigen Inbetriebnahmeverfahren getestet, bis sie auf die Maximalleistung hochgefahren werden.

Bei einem Endlager kann ich mir nicht vorstellen, dass ich gleich im industriellen Maßstab einlagere. Ich muss in einem Prozess der Inbetriebnahme die Daten, die ich unterstellt habe, prüfen und nachweisen. Und da diese Daten bei einem Endlager sehr, sehr langsam anfallen wegen der langsamen Wärmeausbreitung, dauert das natürlich wesentlich länger als bei einem Kernkraftwerk.

Jetzt zitiere ich noch mal den Präsidenten:

Die von mir vorgeschlagene zügige Erkundung nur des nordöstlichen Teils des Salzstocks führt zu der unter Kostengesichtspunkten günstigsten Lösung und ist geeignet, zum frühestmöglichen Zeitpunkt die Frage zu beantworten, ob der Salzstock geeignet ist, insbesondere die wärmeentwickelnden Abfälle aufzunehmen. Und ausgehend von der begründeten Annahme, daß ausreichend geeignete Steinsalzpartien zur Verfügung stehen, führt diese Vorgehensweise gegenüber der parallelen Erkundung des gesamten Salzstocks

- das ursprüngliche Konzept -

zu einer Kosteneinsparung von 365 Millionen DM.

Jetzt muss ich kurz ein Schreiben erwähnen, das im BfS nicht mehr vorhanden ist, dessen Inhalt man aber aus der Antwort des BfS rekonstruieren kann. Sein wesentlicher Inhalt ist aus dem Antwortschreiben des BfS

ersichtlich, und danach greift es erneut Fragestellungen aus dem oben zitierten IEAL-Aktenvermerk auf, aber auch aus den Aussagen des Präsidentenschreibens, was ich gerade besprochen habe, und zwar folgende Fragestellung: Welche Erkundungsergebnisse können mit der alleinigen Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks gewonnen werden? Zweite Frage: Welche Ergebnisse können auf den Südwestteil, der ja nicht erkundet werden kann, übertragen werden? Und drittens: Welche Aussagen sind insgesamt bzw. bezogen auf den südwestlichen Teil möglich bzw. nicht möglich?

Und jetzt kommt das Schreiben des BfS - Antwortschreiben auf diese Frage - vom 23.01.1997. Von diesem Schreiben habe ich nach Abgang eine Kopie erhalten. Also, die vorigen habe ich jetzt bekommen vom BfS. Also, ich habe eine Kopie erhalten nach Abgang. Wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung habe ich eine Stellungnahme, nämlich Vermerk vom 27.03.1997, abgegeben und auch an die Amtsleitung geschickt. Darüber hinaus wurden auf meine Bitten hin auch Stellungnahmen von meinem damaligen Mitarbeiter Herrn Wosnik und von Professor Herrmann abgegeben.

Ich zitiere jetzt erst mal einzelne Teile dieses Schreibens und gebe dann die Stellungnahmen dieser drei Personen, die ich genannt habe, ab. Zitat:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar, ohne daß es hierzu weiterer Salzrechte bedarf. Der Nachweis der Eignung des Salzstockes zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle insbesondere der hochradioaktiven Abfälle ist auf dieser Grundlage führbar. Die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten können nördlich und südlich mit zwei Strecken umfahren werden. Im Hinblick auf eine Optimierung der bergmännischen Auffahrung ist das Vorliegen auch dieser Salzrechte zweckmäßig.

Meine Stellungnahme zu dieser Aussage:

Die Aussage, daß die Salzabbaugerechtigkeiten ... nördlich und südlich mit zwei Strecken nördlich und südlich umfahren werden können, ist nicht nur eine Frage der Optimierung, sondern der Sicherheit. Dadurch kann die Erkundung

sowohl nach Süden als auch insbesondere nach Norden eingeschränkt werden. Die Umfahrung nach Süden könnte in das jüngere Steinsalz führen, so daß hier das für die wärmeentwickelnden Abfälle vorgesehene ältere Steinsalz nicht erkundet werden kann. Die nördliche Umfahrung könnte die Durchörterung des nördlichen Hauptanhydritstranges mit den hier und in den Anlagen aufgezeigten Konsequenzen erzwingen.

Hier habe ich jetzt vom BfS einen Sohlenriss aus dieser Zeit bekommen und habe zu meinem Erstaunen gesehen, dass hier die zweifache Durchörterung des Hauptanhydritstranges - das ist praktisch die Sünde wider den Heiligen Geist - eingezeichnet ist.

Anhydritschichten

- jetzt gehe ich mit meiner Bewertung weiter -

im Salzstock stellen potentielle Bruchbereiche dar. Infolge ihrer hohen Steifigkeit im Vergleich zum kriechfähigen Salzgebirge und ihres verformungsbehindernden Tragverhaltens werden diese Schichten lokal überbeansprucht. Dadurch können Wegsamkeiten geschaffen werden. Eine Durchörterung dieser Schichten könnte daher auch noch zu einem späteren Zeitpunkt zu Gefährdungen führen.

Dies habe ich zitiert aus der Fortschreibung des Zusammenfassenden Zwischenberichts. Über den zusammenfassenden Zwischenbericht habe ich bei meiner ersten Anhörung sehr ausführlich Stellung genommen. Wir haben das fortgeschrieben und haben diese Aussage gemacht, weil sie praktisch selbstverständlich ist. Es gibt auch Veröffentlichungen, dass im Bergbau das passiert ist. Die Abdichtmaßnahmen mit Zement sind schiefgegangen, weil durch das Abpressen des Zuflusses weitere Teile des Hauptanhydrits gefrackt werden.

Jetzt komme ich noch zur BGR. Die hat auf dem „Jour fixe Gorleben“ am 20.03.97 bestätigt, dass auch ihrer Meinung nach der Hauptanhydrit in dem oben genannten Bereich nicht durchörtert werden soll. - Weshalb sie da später diesem Konzept zugestimmt hat, weiß ich nicht.

Jetzt komme ich zu der Stellungnahme von Herrn Wosnik, die er ja auch selbst berichtet hat. Die Frau Vorsitzende hat mich gebeten, auch dieses noch mal zu zitieren,

weil es möglicherweise jetzt in einem anderen Zusammenhang erscheint.

Vor allem die Ausführungen unter 3,

- sagt Herr Wosnik -

nämlich die Machbarkeit der Erkundung des nordöstlichen Salzstocks und hierin die Behauptung, dass eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks durchführbar sei, ohne dass es hierzu weiterer Salzrechte bedarf, da die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten nördlich und südlich umfahren werden können, ist insbesondere hinsichtlich der nördlichen Richtstrecke in keiner Weise belastbar. Das Auffahren dieser nördlichen Richtstrecke ist zwar gegebenenfalls bei günstigen geologischen Gegebenheiten möglich, aber diese Möglichkeit ist ohne Aufgabe der fachlich notwendigen Festlegung, den nördlichen Hauptanhydritstrang nicht anzufahren, eher unwahrscheinlich.

Also, der erfahrene Bergmann Wosnik bestätigt ja eigentlich die vorher genannten Bedenken.

Jetzt komme ich zu Professor Herrmann - auch in anderen Worten dasselbe. Ich hatte Ihnen bei meiner ersten Anhörung schon gesagt, dass Herr Herrmann ein ungewöhnlich erfahrener Wissenschaftler ist, was Salzbergwerke angeht - nicht nur im Inland, sondern auch vieler Salzbergwerke in Deutschland⁵, und dass er auch die entsprechende Kaliumsalzindustrie, gerade in Zuflüssen, beraten hat. Also, er schreibt:

Anhydritschichten enthalten häufig saline Lösungen gespeichert, welche beim Aufschluss unter Tage austreten. Wenn es sich um steilstehende Anhydritschichten mit einem Ausbiss im Bereich des Cap Rock handelt, besteht die Gefahr, dass zunächst in 800 Meter oder 1 000 Meter Tiefe zunächst stark konzentrierte Lösungen ausfließen, dann aber aus immer höheren Stockwerken des Salzstocks und schließlich aus dem Deckgebirge chemisch anders zusammengesetzte und immer geringer konzentrierte Lösungen nachfließen, bis schließlich die Formationswässer

⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „in Deutsch-“, setze „im Aus-“, Anlage

aus dem Deckgebirge nachdrängen.

- Das, was man bei der Asse befürchtet. -

Meine Empfehlung: Möglichst keine Experimente mit Anhydritschichten, so wie das ursprünglich ein fester Bestandteil des Unter-Tage-Erkundungskonzeptes für Gorleben war. Im ungünstigsten und nicht vorhersehbaren Fall kann andernfalls das Isolationspotential beeinträchtigt werden. Aber gerade dieses ist doch aus meiner persönlichen Sicht gegenwärtig das stärkste Argument für die natürliche Barriere Salzstock Gorleben.

Ich zitiere noch mal das Schreiben des BfS an das BMU:

Die untertägige Erkundung erfolgt generell mittels Bohrungen und Messungen, wobei als Messungen auch Verfahren wie Reflexionsmeßverfahren

- also indirekte Meßverfahren -

zum Einsatz kommen, mit deren Hilfe in Kombination mit Bohrungen der Aufbau des nördlichen Teils des Salzstocks erkundet werden kann. Die indirekten Verfahren kommen insbesondere in dem Bereich des Salzstockes zur Anwendung, der nicht mittels Bohrungen durchörtert werden kann. Dies betrifft die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten der Kirchengemeinden und des Grafen Bernstorff. Auf dieser Grundlage ist der Nachweis der Eignung des nordöstlichen Teils des Salzstockes auf der Grundlage der heute verfügbaren Salzrechte abschließend aus Sicht des Antragstellers führbar. ...

Auf der Grundlage der Ergebnisse und der Bewertung zum nordöstlichen Teil des Salzstockes läßt sich eine Aussage zur grundsätzlichen Eignung auch des Südwestteils herleiten.

Ich habe hier noch mal eine Anmerkung gemacht: Neben den fehlenden Salzrechten spielen offensichtlich auch Kostengründe eine Rolle, wie ich vorhin zitiert habe.

Meine Stellungnahme dazu ist:

Wie wenig vorhersehbar die geologischen Verhältnisse in einem Salzstock sind, zeigen die Erfahrungen mit der Hauptförderstrecke (sie

mußte um ca. 90 m nach Süden verlegt werden), den Infrastrukturräumen [Verlegung zum Schacht 1 hin wegen aufragender Faltung des älteren Steinsalzes mit Flöz Staßfurt (Carnallit) und Lösungen] und die im ET-B-

- das ist Herr Wosnik -

Befahrungsbericht vom 27.02.1997 niedergelegten Befunden.

Wird es praktisch bewiesen.

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das ist jetzt meine Stellungnahme.

Jetzt kommt Herr Wosnik:

Im Übrigen kann ich auch die Ausführung zur Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse aus dem nordöstlichen Teil auf den Südwesten in dieser Form nicht mittragen. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit ähnlicher Ausbildung groß ist, gilt für mich immer noch der alte Bergmannsspruch: Vor der Hacke ist es duster.

- Den hat er auch hier gebracht, wie er mir erzählt hat. -

In solch wichtigen Punkten sollte man keine Spekulation als Tatsachen darstellen.

Herr Herrmann sagt Ähnliches wieder aus den unter Punkt 1 genannten Gründen. Mit Punkt 1 sagt er: die vorsichtige Erkundung von über Tage. Also, aus den unter Punkt 1 genannten Gründen wurde da das Schergewicht auf die bergmännische Unter-Tage-Erkundung gelegt:

Die nachprüfbare Sicherheit einer direkten Erkundung kann niemals durch indirekte Methoden vorher angepriesen⁶ und die zwangsläufig spekulative Übertragung der geologischen Verhältnisse von bekannten Salzstockbereichen auf unbekannte Teile eines Gesteinskörpers ersetzt werden. Die objektiven Beobachtungen würden dann logischerweise durch Annahmen und Vermutungen, sogenannte Geo-

⁶ Richtigstellung des Zeugen: streiche „vorher angepriesen“, Anlage

phantasie, leider oft wörtlich zutreffend

- sagt er, hat er auch Erfahrung -,
ersetzt.

Vereinfacht ausgedrückt, und hier zitiert er wieder Herrn Wosnik:

Vor der Hacke ist es duster.

So, jetzt bin ich nur noch beim letzten Schreiben. Das ist das Schreiben des BfS an das Oberbergamt vom 17.04.97. Es hat eine leichte Variante in der Argumentation gegeben - viel vorsichtiger argumentiert -, weil man möglicherweise den Fachleuten des Bergamtes die anderen Argumente nicht zumuten wollte, oder es liegt daran, dass dieses Schreiben von einem Juristen verfasst wurde, der die Bedenken, die weit geäußert wurden, möglicherweise kannte.

In dem Schreiben heißt es:

Für eine unter geologischen Gesichtspunkten optimierte geowissenschaftliche Erkundung im Hinblick auf den Eignungsauswahl-nachweis im Planfeststellungsverfahren, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Langzeitsicherheit, ist es zweckmäßig und geboten, für Erkundungsbohrungen auch solche Partien des Salzstocks in Anspruch zu nehmen, an denen alte Salzabbaugerechtigkeiten bestehen. Falls die Erkundung ergibt, daß der nordöstliche Teil des Salzstocks für die Errichtung eines Endlagers geeignet ist, muß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Option offengehalten werden, auf die südwestlich der Schächte gelegenen Salzabbaugerechtigkeiten des Grafen von Bernstorff für geologische Erkundungsbohrungen zuzugreifen.

Also doch ein ganz anderer Tenor.

Meine Stellungnahme dazu, die ich gestern gemacht habe oder vor ein paar Tagen: Die Aussagen sind hinsichtlich der indirekten Messverfahren und der Sicherheitsanforderungen wesentlich vorsichtiger formuliert. Beide Briefe zeigen Unterschiede beim Nachweis der Eignung aus Sicht des Antragstellers und im Planfeststellungsverfahren. Dies widerspricht der Entsorgungskonvention. - Ich denke, Sie wissen - - Ich nenne das mal so kurz; der Titel ist sehr lang. Aber die hat die Bundesregierung gezeichnet. - Nach dieser Entsorgungskonvention liegt die Hauptverantwortung für die Sicherheit von

Entsorgungsanlagen beim Antragsteller bzw. Betreiber und nicht bei der Genehmigungsbehörde, die das zwar kritisch prüft, aber der Antragsteller ist verpflichtet, nicht Lücken zu lassen, sondern die Sicherheit vollständig nachzuweisen.

Meine Schlussfolgerung: In Deutschland ist der Bund für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zuständig. Der Salzstock Gorleben wurde dem seinerzeitigen Antragsteller PTB zur Erkundung als mögliches Endlager vorgegeben. Bei meiner Vernehmung am 01.07.2010 habe ich darauf hingewiesen, dass es unter diesen Randbedingungen Aufgabe des Gesetzgebers ist, die rechtlichen Möglichkeiten für eine optimale Erkundung zu schaffen. Das Fehlen wichtiger Salzrechte hat offensichtlich Verantwortliche des heutigen Antragstellers BfS veranlasst, eine Vorgehensweise vorzuschlagen, die unter den Gesichtspunkten der Sicherheit, des Rechts und der Akzeptanz bedenklich ist.

Das wäre es. Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank, Herr Professor Röthemeyer für diese umfangreichen Einführungen, die Sie uns gegeben haben und die sich ja vor allen Dingen mit der Änderung des Erkundungskonzeptes bezüglich des Fehlens von Salzrechten beschäftigen. Ich erlaube mir jetzt, an der einen oder anderen Stelle noch mal nachzutragen oder vielmehr nachzuzufragen.

Sie haben das Schreiben zitiert von Dr. Thomaske, also, BfS an das BMU vom 23. Januar 1997. Das ist MAT A 83, Band 6, Paginierung 329 bis 333, in dem ja darauf eingegangen wird. Ich zitiere:

Nach gemeinsamer Bewertung von BfS, BGR und DBE ist eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes durchführbar, ohne daß es hierzu weiterer Salzrechte bedarf.

Es wird auf indirekte Messverfahren hingewiesen und auf die Möglichkeit von Umfahrungen.

Das haben Sie eben umfangreich zitiert; von daher will ich das nur noch mal einsortieren, aber nicht noch mal alles zitieren.

Und dann haben Sie von einer Stellungnahme berichtet, die Sie selbst abgeben haben. Auch die liegt uns vor unter MAT E 8, Band 7, Paginierung 061; das ist Ihre Stellungnahme, also Stellungnahme von

Dr. Röthemeyer bezüglich der Erkundung des Salzstockes Gorleben vom 27.03.97, wo Sie letztendlich sagen:

Die Aussage, daß die Salzbaugerechtigkeiten ... nördlich und südlich mit zwei Strecken nördlich und südlich umfahren werden können, ist nicht nur eine Frage der Optimierung, sondern der Sicherheit.

Usw., usw. - Und schließlich:

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das haben Sie uns eben auch alles vorge tragen.

Was ich jetzt gerne wissen möchte, ist: Wie ist man denn mit diesen Bedenken umgegangen? Also, was ist passiert? Wie hat man das diskutiert? Hat man es überhaupt ausführlich diskutiert?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Mit mir überhaupt nicht. Ich habe den Vermerk an die Amtsleitung geschickt und auch an einige andere, und von daher kann ich da eigentlich nichts zu sagen. In der damaligen Zeit wurde ich zwar informiert, aber nicht beteiligt - wegen der Gründe, die ich Ihnen schriftlich eingereicht habe.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, man hat mit Ihnen diese Frage nicht diskutiert?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Nein. Ich habe aber mit Herrn Rösel, der ja früher mal ein Mitarbeiter von mir war, gesprochen. Es gab auch - das wird da auch zitiert in diesem Vermerk - ein „Intercity-Gespräch“, wo praktisch die Amtsspitze anwesend war, und die haben mir das dann noch mal erläutert. Wie gesagt, dann fühlte ich mich verpflichtet, nachdem ich gehört habe, was jetzt geplant werden soll, als stringenter Befürworter der Erkundung von Gorleben hier meine Bedenken anzumelden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Also, Herr Henning Rösel hat hier im Untersuchungsausschuss gesagt - ausweislich des vorläufigen Protokolls Nr. 60, Seite 7 bis 26; jetzt weiß ich im Moment gar nicht, wann

er denn bei uns war; das finden wir aber bestimmt heraus -, dass es durchaus auch kritische Meinungen innerhalb des BfS bezüglich der Umfahrung der unzugänglichen Teile des Salzstocks gegeben habe. Und ich zitiere jetzt:

Und aus diesem Diskussionsprozess ist diese Vorgehensweise allein nach Nordosten entstanden. Es gibt auch Äußerungen von Herrn Röthemeyer, der auch Bedenken äußert, gleichermaßen eine Äußerung von ... Professor Herrmann. Aber das sind keine Bedenken, die grundsätzlicher Natur sind dahingehend, dass sie die Vorgehensweise infrage gestellt haben. Sie ... aus dieser geänderten Vorgehensweise, das Abgehen vom parallelen Ansatz auf den Ansatz nach Südosten, sich Schwierigkeiten ergeben könnten bei der Realisierung eines Endlagers.

Das steht auf Seite 7. - Und nun auf Seite 26 sagt er:

Wosnik hat in dem Augenblick, wo wir die notwendigen Schritte zur Erkundung des EB 1 vorgenommen haben, mitgewirkt. Er hat gesagt: Ich halte es für grundsätzlich machbar. Ich bleibe aber bei meinen Bedenken. - Und wir haben gesagt: Jawohl, wir respektieren deine Bedenken und werden sie jeweils nach Situation der Erkundung immer wieder bewerten.

Was sagen Sie zu einer solchen Äußerung, die jetzt nicht ganz passt zu dem, was Sie gerade gesagt haben, nämlich dass Sie überhaupt keine Resonanz bekommen hätten?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das muss kein Widerspruch sein, weil ich es durchaus für vertretbar halte, den Salzstock Gorleben so weit zu erkunden, bis diese Probleme auftauchen. Und die kann man durch Vorbohrungen sicherlich erkennen. Das heißt, der Bereich, wo ich vorhin gesagt habe, wo eventuell durchörtert werden muss und wo das auch auf einem dieser Grubensrisse steht, liegt viel weiter nach Nordosten, sodass man eventuell hier möglicherweise im Erkundungsbereich 3 noch keine Probleme erkennt. Aber ich sage bewusst „möglicherweise“: Vor der Hacke ist es duster. Auf kei-

nen Fall darf der Hauptanhydrit durchörtert werden.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das habe ich verstanden. - Aber die Frage, die wir jetzt versuchen hier zu lösen, ist ja die, ob denn kritische Äußerungen, Mahnungen zur Vorsicht, völlig ignoriert worden sind - das habe ich jetzt fast vermeint zu verstehen, als Sie gesagt haben: „Ich habe nie wieder was davon gehört, von meiner kritischen Anmerkung“ -, oder ob man sie nicht doch berücksichtigt hat und sozusagen dann ein schrittweises Vorgehen geplant hat.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Auch das kann ich nicht beantworten, weil ich auf meinen Vermerk keinerlei Reaktion bekommen habe. Die einzige Diskussion war dieses Intercity-Gespräch, alles andere ist an mir vorbeigelaufen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann will ich noch eben für das Protokoll nachfragen: Herr Rösel war am 10. November bei uns.

Ich will jetzt noch mal eingehen, Herr Professor Röthemeyer, auf Umorganisationen im BfS. Das haben Sie uns zum einen in einem Brief kundgetan, und zum anderen war das auch ein Gegenstand der Befragung von Herrn Professor Thomauske, der ja ebenfalls schon bei uns war. Ab 97 wurde ja der Fachbereich ET, „Nukleare Entsorgung und Transport“, unter Ihrer Leitung beim BfS aufgeteilt in die Fachbereiche ET „Endlagerprojekte; Betrieb“ - da war die Leitung dann bei Herrn Dr. Thomauske - und ET „Sicherheit der Endlagerung, Aufbewahrung von Kernbrennstoffen; Transporte“; da war die Leitung dann bei Ihnen. Wir können das entnehmen: MAT A 176, Band 1. Das sind die Organigramme des BfS aus den Jahren 96 und 97.

Professor Thomauske äußerte sich bezüglich der Umorganisation in seiner Zeugenvernehmung am 24. November dieses Jahres bei uns wie folgt - das ist die vorläufige Fassung des Protokolls der 62. Sitzung auf der Seite 37 -:

Das

- in Klammern: die Änderung der Organisationsstruktur -

steht nicht in Zusammenhang mit den Salzrechten. Die Frage, die

möglicherweise damals eine entscheidendere Rolle gespielt hat, war in dem Bereich 96. Ende 96 war man mit dem Schachtabteufen insoweit am Ende. Dann war die Frage: Wie stellen wir uns inhaltlich, wie stellen wir uns organisatorisch auf die eigentliche Erkundung ein? Daraus hat die Behörde, hat das Amt gewisse Schlüsse gezogen und bestimmte organisatorische Festlegungen getroffen.

Selbstverständlich habe ich die Vorstellung, dass eine Matrixorganisation Vorteile hat, wobei es eine gesplittete Verantwortung gibt. Auf der einen Seite gibt es die Verantwortung für die Durchführung von Projekten, und auf der anderen Seite gibt es die Linienverantwortung über die Fragestellung der jeweiligen inhaltlichen Aussagen. Daran hat sich auch durch diese Organisationsveränderung, wie Sie sie titulieren, nichts geändert. Herr Röthemeyer war auch danach derjenige, der für die inhaltliche Bewertung, Ergebnisse usw., die Verantwortung getragen hatte. Er hat nicht mehr die Verantwortung dafür getragen, wie wir die Erkundung ... technisch optimal durchführen. Dazu gibt es entsprechendes Projektmanagement.

Könnten Sie aus Ihrer Sicht diesen Vorgang sozusagen mal beleuchten? Wie haben Sie das gesehen? Könnten Sie dem zustimmen, was Professor Thomauske uns gesagt hat? Sehen Sie da an der einen oder anderen Stelle Modifikationsbedarf?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich sehe das in der Tat anders. Das hat mit Gorleben überhaupt nichts zu tun. Als das Schachtabteufen beendet war und die untertägige Erkundung begonnen werden sollte, wurden wir aufgefordert, Beiträge zu liefern, wie wir mit der Erkundung vorgehen, vorangehen. Ich habe ein Gesamtkonzept erarbeitet über die untertägige Erkundung. Es war kriteriengesteuert, wie das heute ja auch angestrebt wird, und es sah auch vor, dass eine internationale Überprüfung stattfinden sollte. Das habe ich deswegen vorgeschlagen, weil ich schon dreimal vorher vom Ministerium gebeten wurde, doch mal zu eruieren, wie die IAEA bzw. die OECD näher dazu steht, weil dies waren die beiden Organisationen, die das organisierten. Ich selbst

bin auch mal Vorsitzender so einer Überprüfung gewesen, und zwar für das japanische Projekt. Also, das habe ich auch vorgeschlagen und habe mich orientiert an einem Papier der OECD, was ich auch zitiert habe am 01.07.2010. Das ist eine internationale Empfehlung, die von den OECD-Ländern zweifach geprüft dann in diesem Papier niedergelegt wurde; und an der Erarbeitung war ich auch beteiligt, sodass ich die Sachen kannte.

Ich habe diesen Vorgang dann als meinen Vorschlag, des zuständigen Fachbereichsleiters, an die Amtsleitung geschickt und habe nur von Herrn Thomauske eine Antwort bekommen. Und jetzt kann ich nur aus dem Gedächtnis zitieren: Ja, in Morsleben machen wir das ja etwas anders hinsichtlich einzelner Fragen. - Aber ich habe sonst von der Amtsleitung keine Antwort auf diesen Vorschlag bekommen.

Also, mit Gorleben kann das meines Erachtens nichts zu tun haben, und ich will jetzt noch mal zitieren, wie die Begründungen, die an den BMU geschickt wurden, lauten:

Im Schreiben des Präsidenten des BfS an den BMU wird die Notwendigkeit der Organisationsänderung mit der Dynamik eines Endlagerbetriebes begründet. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ERAM hätten gezeigt, dass die bisherige Organisationsform des Fachbereichs nur bedingt geeignet ist, auf betriebliche Notwendigkeiten zu reagieren, insbesondere auf die mit einem dynamischen Endlagerbetrieb verbundenen kontinuierlich erforderlichen Endlagerungsverfahren⁷.

Also, ein direkter Bezug wird zu Morsleben hergestellt.

Eine andere, mich damals sehr verwunderlich gestimmte Aussage, oder diese Aussage - - weil ich der Einzige war unter den Beteiligten in der, sagen wir mal, Spitze des Amtes, die⁸ eine langjährige Betriebserfahrung mit komplexen kerntechnischen Anlagen hatte, auch mit dem Forschungsreaktor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt; das ist wohl der komplizierteste, den es überhaupt gibt; der ist ja jetzt abgebaut. Ich habe auch in Kernkraftwerken gearbeitet,

und ich bin seit 1986 Strahlenschutzbevollmächtigter und auch nach Bergrecht Verantwortlicher für unsere Projekte gewesen; das war noch in der PTB. Und von daher können Sie mein Erstaunen verstehen.

Die Probleme, die mit Morsleben aufgetreten sind - es gehört ja eigentlich nicht hierhin -, sind ganz anderer Natur. Es gibt ein Gerichtsurteil dazu - ich glaube, Bundesverwaltungsgericht sogar; ich könnte das rausuchen, ich bin nicht ganz sicher, oder ich glaube, es war Bundesverwaltungsgericht -, dass die Genehmigung allein nicht dazu ausreicht, sondern dass wir verpflichtet sind, den bundesdeutschen Standard hier anzuwenden. Und da gab es eine Riesenmenge - - Ich glaube, ich habe drei Seiten von Problemen aufgelistet, die abgearbeitet werden müssen. Aber ich will nur das Wichtigste sagen, weshalb ich dieses Projekt, obwohl es sicherlich politisch gewollt war, nicht mittragen konnte. Das eine war: Ich habe mit dem Abteilungsleiter der BGR, der für die Endlagerung zuständig war, mit einem Geochronologen der Universität Heidelberg und Professor Herrmann eine Befahrung 1990 vorgenommen. Und wir haben uns anschließend nach der Befahrung in meinem Büro getroffen und beratschlagt. Und die Befahrung ging auch zu dem Lager H., wo damals - praktisch wie eine Dusche - das herauskam; das hat heute nachgelassen. Aber es ergab sich dann in unserer Expertenrunde die Meinung: Wir können der Glaubwürdigkeit halber unseres ganzen Konzeptes, auch von Gorleben, dem Weiterbetrieb in dieser Form erst dann zustimmen, wenn die Probleme abgearbeitet sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Professor Röthemeyer, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Das, was ich jetzt wissen möchte, ist eigentlich: Die Umorganisation, die auch Ihre Abteilung betraf, liegt jetzt begründet sozusagen nicht in Gorleben, sondern in Morsleben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wenn das so ist, dann ist das gut. Dann ist die Aussage so gut, und von daher interessiert das dann diesen Ausschuss nicht weiter.

⁷ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Endlagerungs“, setze „Änderungs“, Anlage

⁸ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „der“, Anlage

(Widerspruch vom
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie können ja nachfragen, ist ja gar keine Frage.

Was ich dann aber doch noch wissen möchte, ist, dass Sie in Ihrem Schreiben vom 4. November dieses Jahres an den Ausschuss - das Schreiben ist bislang nur an die Obleute verteilt; es liegt aber aus, von daher steht es dem Ausschuss auch zur Verfügung - dann auch noch ausführen:

Die Neuorganisation sah ein Direktionsrecht des Fachbereichsleiters ET-E gegenüber dem Fachbereichsleiter ET-S und einen unmittelbaren fachlich weisenden Zugriff von ET-E auf die Abteilungen und Fachgebiete von ET-S vor.

Da ist eben auch eine Nachfrage dieses Ausschusses in Bezug auf Gorleben: Welche Konsequenz im richtigen Leben, also im praktischen Zusammenleben, in der Zusammenarbeit sozusagen dieser neu geschaffenen Fachbereiche, hatte das denn, dieses Direktionsrecht, und ist das mal durchgeführt worden sozusagen? Also, hat Ihnen da irgendwann jemand mal gesagt - nicht irgendjemand, weil Herr Thomauske dann wahrscheinlich - - dass Sie irgendetwas Bestimmtes zu sagen, zu machen, zu denken hätten oder irgendetwas anderes eben nicht?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein. Wie vorzugehen ist, konnte hier angewiesen werden. Das betraf auch die Postverteilung, die dann auch alles über diesen einen Fachbereich lief und zum Teil auch direkt dann an die Fachgebiete, sodass mein Abteilungsleiter, den Sie hier auch gehört haben, Dr. Illi, mir einen Vermerk geschrieben hat: So kann ich meine Abteilung nicht leiten. Ich weiß nicht mehr, was los ist.

Eine andere Konsequenz ist gewesen - - Da habe ich ja hinsichtlich der Salzrechte ausführlich drüber berichtet. Und ich habe auch hinsichtlich des Konzeptes, was ich da vorgeschlagen hatte - - Das habe ich auch kurz erwähnt, was Gorleben angeht. Und, wie gesagt, an dieser Erkundung, wie sie jetzt geplant war, ohne Salzrechte, bin ich in kleinster Weise beteiligt gewesen. Das waren so - - Das ging einfach an mir vorbei. Es gab auch ein Problem - ich darf das ja nicht erwähnen oder sollte es nicht erwähnen, Frau

Vorsitzende - bei Morsleben mit dem Stilllegungskonzept.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau, aber das ist eine andere Baustelle, ein anderes Bergwerk sozusagen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist eine andere Sache.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Das war letztendlich Hintergrund dieser Umorganisation.

(Zurufe)

- Nein, Sie können das ja weiterfragen. Das ist überhaupt keine Frage; das können wir alles machen.

Herr Dr. Thomauske hat in seiner Vernehmung nun wieder gesagt - den wir auch gerade zu dieser Umorganisation gehört haben - auch in der Frage: „Wie war denn dann das Zusammenarbeiten sozusagen dieser unterschiedlichen Bereiche?“ - ich zitiere -:

In einer Organisation, insbesondere in einer Matrixorganisation, ist gewissermaßen angelegt, dass bestimmte Positionen streitig ausgetragen werden müssen. Wenn dieses nicht streitig erfolgt, hat irgendjemand seinen Job aus meiner Sicht nicht richtig verstanden. Das gilt auch, wenn es um die Fragestellung geht: „Wie gehe ich mit den Behörden um?“, all diese Dinge. Dort gibt es Schnittstellen, und an diesen Schnittstellen muss jeder seine Dinge einbringen. Dann wird in der Sache gestritten - und ich betone: in der Sache -, und am Ende steht eine Entscheidung. Dazu gibt es innerhalb einer Organisation die entsprechenden Konfliktregelungsmechanismen, um diese fachlichen Streitpunkte auszutragen. Das ist dann die vornehmste Aufgabe der Amtsleitung, wenn es auf der fachlichen Ebene aus Gründen unterschiedlicher Auffassung einen Dissens gibt, dann zu einer Entscheidung zu kommen.

Das ist auch aus dem Stenografischen Protokoll der 62. Sitzung, auf der Seite 53 nachzulesen.

Jetzt: Das, was ich von Ihnen verstanden habe, ist, dass es schon einen Dissens gab,

aber dass er nicht fachlich ausgetragen worden ist. Ist das so?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Die schlimmsten Dissense hat es ja bei dem Endlager gegeben; ich nenne „Endlager“, das hier eigentlich nicht diskutiert werden soll. Aber im Prinzip stimme ich dem, was Herr Thomauske gesagt hat, zu. Es muss dann von der Amtsleitung entschieden werden, wie vorgegangen wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Okay. Herzlichen Dank. - Das soll dann an einleitenden Fragen reichen.

Ich gebe das Fragerecht jetzt an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Röthemeyer, ich möchte genau an dem Punkt weitermachen, den die Vorsitzende gerade aufgegriffen hat, und darf auch aus der Vernehmung von Herrn Rösel noch mal zitieren. Der hat nämlich hier im Ausschuss vor wenigen Wochen, am 10. November - das ist das Stenografische Protokoll Nr. 60, dort auf der Seite 35 -, beschrieben, warum es zu dieser Umorganisation kam. Ich würde Ihnen gerne mal vorlesen, was er gesagt hat, und Sie können mir ja dann Ihre Meinung sagen, ob das so auch Ihrer damaligen Sicht entspricht. Er, Herr Rösel, sagt:

Ja, es gab Gründe, und die lagen einfach darin, dass wir

- gemeint sind Präsident Kaul und Vizepräsident Rösel -

der Auffassung waren, den Bereich des Projektmanagements zu stärken. Bis zu dem Zeitpunkt - das habe ich ja selber mitgemacht; ich war ja ... bis 90 auch mal Projektleiter Konrad und Gorleben unter der Fachbereichsleitung von Herrn Röthemeyer - hatten wir einen ständigen Konflikt zwischen dem, was vorangetrieben werden sollte, und dem, was dann aus wissenschaftlich-technischer Sicht gemacht werden sollte. Das kumulierte immer in der Person von Herrn Röthemeyer. Die Konflikte, die sich daraus ergaben, wurden im Sinne der Konfliktlösung dann immer eine Etage höher, also zu mir,

zu Herrn Kaul oder zu uns beiden, gehoben.

Ich kann mich noch sehr gut entsinnen, dass irgendwann mal Herr Kaul zu mir kam und fragte, ob ich nicht eine Lösungsmöglichkeit sehe. Da habe ich gesagt, ja, wir sollten dafür Sorge tragen und ein Zeichen nach außen setzen, dass wir die Aufgabe Errichtung und Betrieb eines Endlagers ernst nehmen, auch terminlich und kostenmäßig ernst nehmen, indem wir den Bereich neu ordnen, dem Herrn Röthemeyer das geben, wo er zweifelsohne seine Meriten hatte und hat, nämlich wissenschaftlich-technische Fragen der Sicherheit der Endlagerung, und dem Herrn Thomauske das geben, was er am besten kann, nämlich als Macher zu fungieren.

Zitat Ende. Das war also das, was Herr Rösel als Ausgangspunkt für die Umorganisation hier geschildert hat. Deckt sich das mit dem, wie Sie es damals erlebt haben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das, was Sie gerade zitiert haben, könnte eine Erklärung sein, die aber mit meiner Meinung in keinsten Weise im Einklang ist. Konflikte bei Gorleben hat es nur bei den Salzrechten gegeben, und die Gründe habe ich ja vorgetragen. Bei einem anderen Bergwerk - darauf bezieht sich Herr Rösel sicherlich, weil das ein jahrelanger Kampf war - war ich nicht bereit, ein Endlager zu betreiben ohne Stilllegungskonzept und mit Zuflüssen, deren Ursprung nicht geklärt war.

Inzwischen ist erwiesen, dass ich recht gehabt habe mit meinen Bedenken. Da habe ich natürlich immer wieder auf Probleme hingewiesen. Ich könnte die Antwort - - aber leider nur bei diesem, weil in Gorleben gab es keine Probleme, bei Konrad gab es keine Probleme, ganz im Gegenteil; da habe ich mich sehr engagiert eingesetzt. Da⁹ gab es wegen der Übertragung eines ganz anderen Genehmigungssystems auf das Genehmigungssystem der Bundesrepublik, wo wir uns an bundesrepublikanischen Vorstellungen orientieren mussten, eine solche Liste von Problemen.

Ich habe dann auch meine Verantwortung nach Berg- und Atomrecht im Gegensatz zu

⁹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „Da“, setze „Bei Morsleben“, Anlage

einem Schreiben an den BMU - - 1996 habe ich das Amt gebeten, mich von dieser Verantwortung zu lösen. Also, ich denke, die haben so gedacht. Aber für mich war es wichtiger, ein Endlager zu betreiben, das verantwortlich ist. Ich habe auch nicht Nein gesagt zu diesem Endlager - das ist das wichtigste Beispiel -, sondern ich habe gesagt: Lasst uns die Probleme lösen. - Nur ein Beispiel: Wir haben das betrieben von 1994 bis 98, und wir hatten 98 doch kein Stilllegungskonzept. Gucken Sie sich heute die Asse an. Das ist doch nicht verantwortlich.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, aus Ihrer Einschätzung heraus hatte diese Umorganisation nichts mit Bedenken, die Sie sozusagen gegen Gorleben vorgetragen haben, zu tun gehabt, sondern das war ausschließlich auf die Vorgänge um Morsleben bezogen und eine Reaktion quasi aus den, ich nenne es jetzt mal, Schwierigkeiten, die es BfS-intern gab mit der Behandlung des Endlagers Morsleben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es ist in der Tat so, und ich habe auch den Beweis für diese Aussage erbracht mit meinen Vorträgen und mit meiner Reaktion auf Gorleben. Bei meiner ersten Vernehmung am 01.07. habe ich mich engagiert dafür eingesetzt. Ich tue das heute auch noch.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir hatten ja eingangs auf die Fragen zur Person im Grunde genommen verzichtet, weil ja alles schon beim letzten Mal, bei Ihrem letzten Besuch hier, besprochen wurde. Wir haben allerdings an einem Punkt noch, in unseren Unterlagen jedenfalls, nicht eine Antwort gefunden, und zwar das genaue Datum, wann Sie aus dem BfS ausgeschieden sind. Wissen Sie das noch?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist eine ganz schwierige Frage. Ich weiß nicht, ob ich die personell beantworten soll oder formal. In meinem Schreiben vom Ministerium bin ich 2003 mit 65 ausgeschieden. Ich habe aber vorher Altersteilzeit genommen und in dieser Altersteilzeit beim AkEnd mitgearbeitet und auch bei einem Entsorgungskonzept, was im BMU bearbeitet wurde und wo überall Fachleute unterschiedlicher Auffassung zur Kernenergie dabei waren. Das waren fruchtbare Gespräche.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Dann komme ich gerne noch mal auf das auch von Ihnen zitierte Schreiben des BfS, das ja Herr Thomauske verfasst hat, vom 23. Januar 97 zurück. Vielleicht vorab: Wie würden Sie denn so Ihre Zusammenarbeit mit Herrn Thomauske beschreiben? Wie war das damals? War das vertrauensvoll? Haben Sie sich wechselseitig zugezogen bei anstehenden Projekten? Oder war das ein Nebeneinander?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein, wir haben ja schon länger zusammengearbeitet. Er war ja erst Mitarbeiter in dem Fachreferat Strahlenschutz. Und wir haben auch gemeinsame Veröffentlichungen gemacht und haben auch bis in die spätere Zeit eigentlich fachlich ganz gut zusammengearbeitet. Das Problem ist immer dann da, wenn, sagen wir mal, der berufliche Ehrgeiz vielleicht etwas zu stark vorhanden ist und - - Na ja, das war es.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann kommen wir vielleicht zu dem beruflichen Ehrgeiz von Herrn Thomauske. Das war ja, wie ich meine, wie sich das so den Unterlagen entnehmen lässt, schon ein wichtiges Schreiben, das Schreiben vom 23. Januar 97, weil ja damit von der parallelen Erkundung Nordost/Südwest abgewichen wird und ein schrittweises - so würde ich es jetzt mal sagen; Herr Thomauske nannte das „sequenzielles“ - Vorgehen, nämlich zunächst sich auf den Nordosten zu beschränken und dann später auf den Südwesten eventuell überzugehen, dort ja erstmals so festgelegt wurde. Wurden Sie bei dieser - wie ich meine, jedenfalls wichtigen - Änderung des Vorgehens denn im Vorfeld beteiligt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich wurde nicht beteiligt. Ich hätte auch, wenn Sie da zitieren, keine Probleme mit einem sequenziellen Vorgehen. Man muss nicht immer doppelt Maschinen haben, dass man den Südwest- und den Nordostteil gleichzeitig erkundet. Man könnte auch den Nordostteil erst erkunden und dann den Südwestteil. Aber ich halte die Kenntnisse des Südwestteils durch Erkundung für absolut notwendig. Ich hatte ja vorhin diesen § 14 [sic!] Grundgesetz zitiert, der nach meiner Ansicht uns verpflichtet, die Störungen durch die hochaktiven Abfälle, die sich bis zur Erdoberfläche durchpausen können, so gering

wie möglich zu halten, damit wir nicht in die Probleme reinrennen, die hier die Kanzlei aufgezeigt hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nun haben wir bisher hier im Untersuchungsausschuss gelernt, dass ja diese Frage des Vorgehens nicht erst in diesen, ich sage mal, Monaten um die Jahreswende 96/97 zur Debatte stand, sondern dass das ein längerer Prozess war, dass im Prinzip seit Beginn der 90er-Jahre darüber diskutiert wurde. Sie sagten gerade eben, bei dem Schreiben von Herrn Thomauske waren Sie nicht mit eingebunden. Waren Sie denn an der Diskussion, die es eben in den Jahren davor schon gab, beteiligt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich hatte vorhin etwas vorsichtig gesagt: „meiner Erinnerung nach“, und das muss ich sagen. Ich bin meiner Erinnerung nach nicht beteiligt gewesen. Ich habe zum Beispiel dieses frühe Schreiben der IEAL jetzt gerade vom Bundesamt für Strahlenschutz bekommen. Und wenn ich das gekannt hätte, dann hätte ich das eigentlich fast schon abschreiben können, weil meine Anmerkungen - die habe ich dann selber erfunden - doch sehr stark im Einklang mit dieser IEAL-Bewertung sind.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Jetzt hat Herr Thomauske ja in dem Schreiben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese Stellungnahmen mit BGR und DBE abgestimmt seien. Erstens. Können Sie das bestätigen? Zweitens. Können Sie sich vorstellen, dass Herr Thomauske an dieser Stelle da etwas geschrieben hat, was so nicht stimmt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich denke, dass die Gespräche schon stattgefunden haben, aber ohne mich.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt, es kann durchaus den Tatsachen entsprechen, dass zwar innerhalb des BfS Sie nicht beteiligt waren bei der Abfassung des Schreibens, sehr wohl aber außerhalb des BfS BGR und DBE?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich denke, das ist korrekt, ja.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Okay. Vielen Dank. - Herr Rösel hatte hier ebenfalls vorgetragen, dass es auch einen rechtlichen Grund hatte, auf ein gestuftes Verfahren überzugehen, nämlich die Frage der Enteignung, der Enteignungsmöglichkeiten. Ich weiß nicht, ob Ihnen diese Problematik noch bekannt ist.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein. Ich habe mit dieser Problematik der Enteignung nichts zu tun gehabt. Als ich, sagen wir mal, Volfachbereichsleiter war, hatten wir einen Mitarbeiter, den sicherlich die Leute vor Ort auch noch kennen. Der hat die Verhandlungen mit allen Grundbesitzern geführt und dann die Rechte erworben, die wir letztlich haben. Er hat mich natürlich immer informiert. Aber über die jetzige Sache, dass man aus fehlenden Salzrechten ein anderes Konzept entwickelt hat, bin ich erst in der Weise beteiligt worden, wie ich das vorhin gesagt habe.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Denn - - Ich darf das dann vielleicht Ihnen noch mal sagen, wie es Herr Rösel hier im Ausschuss vorgetragen hat: dass nämlich die niedersächsischen Behörden, die für die Enteignung nach Bundesberggesetz zuständig waren, der Auffassung waren, eine Enteignung im Südwesten käme so lange nicht in Betracht, solange nicht der Nachweis geführt ist, dass man diesen Bereich auch wirklich für die Einlagerung braucht. Das heißt, solange nicht feststeht, dass im Nordosten zu wenige - in dem Fall dann - Einlagerungsmöglichkeiten bestehen, gäbe es nicht die Notwendigkeit, in das Eigentum letztlich ja der Betroffenen, die enteignet werden, einzugreifen.

Dies sei ein wesentlicher Grund gewesen, so Rösel weiter, dass man eben davon abgegangen ist, parallel zu erkunden, und deshalb zunächst einmal im Nordosten schauen wollte. Entweder es reicht; dann umso besser. Oder es reicht nicht; dann wiederum sind die Möglichkeiten einer Enteignung auch rechtlich gegeben. War Ihnen das auch so bekannt, oder ist das etwas, was außerhalb Ihres Bereichs gelaufen ist?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein, nein. Mir war das schon bekannt. Ich habe ja in der Anfangszeit auch mit Graf von Bernstorff gesprochen; ich glaube, das habe ich schon mal erwähnt. Der hat dann gesagt:

Wenn Sie mich überzeugen, dass das ein sicheres Endlager werden kann, dann bin ich zu Gesprächen bereit. - Aber das ist ja eine Formulierung - „ein sicheres Endlager werden kann“ -, da hat man kein Ass in der Hand, wenn man da Verhandlungen unter diesen Randbedingungen führen soll.

Ich meine, dass dieses Gutachten von 96, was ich zitiert habe, von der Kanzlei mit dem § 14 [sic!] Grundgesetz - - Und wenn Sie das lesen - - Das ist in der Zusammenfassung, die ich vorgelesen habe, sehr milde zitiert. Das ist ja ein ganz klarer Fall, den die Kanzlei da aufgezählt hat, dass man diese Schwierigkeiten nur vermeiden kann über eine möglichst geringe jährliche Hebung, also die Hebungsrates. Das müsste doch auch ausreichen, zum Beispiel, um hier vorwärtszukommen.

Ich muss allerdings sagen: Die ganzen Aussagen, die ich hier mache, beruhen ja auf den Kenntnissen, die ich aus der Vergangenheit habe. Jetzt muss man wieder neu prüfen: Wie wirkt sich der Abfallanfall, nachdem acht Kernkraftwerke abgeschaltet worden sind, dann auf diese ganzen Fragestellungen aus?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Da haben Sie sicherlich recht. Allerdings übersteigt das wiederum die Grenzen des Untersuchungsauftrags, mit dem wir uns hier beschäftigen.

Wenn ich noch mal auf das Schreiben von Thomauske zu sprechen komme: Es war nicht mit Ihnen abgestimmt. Hätte es denn nach Geschäftsordnung BfS überhaupt mit Ihnen abgestimmt werden müssen? Ich meine, Sie haben ja, als Sie davon Kenntnis erhielten, Stellungnahmen dazu angefordert und dann Ihre eigene Stellungnahme - das haben Sie ja auch gerade zitiert - abgegeben. Hätten Sie denn auch vorab überhaupt eingebunden werden müssen aus Ihrer Sicht?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, die Geschäftsordnung ist mir jetzt im Einzelnen nicht mehr - - Ich würde sagen, bei kollegialem Vorgehen hätte man das kurz besprochen. Man kann es aber auch mehr als, sagen wir mal, Zwang sehen, weil man erkunden will und keine Salzrechte hatte. Also, es ist eine juristisch-sicherheitstechnische Frage. Also, wenn ich „Sicherheitstechnik“ sage, dann würde ich sagen: Man hätte es mit mir besprechen müssen, weil ich ja

nur sicherheitstechnische Antworten und Probleme hier aufgezeigt habe.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Man hätte es aber auch anders sehen können. Sehe ich das jetzt - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, wenn man das so sieht, dass das eigentlich keine Konzeptänderung ist und ich nur die Richtstrecken so ein bisschen rechts und links verbiege, dann könnte man möglicherweise davon absehen, mich zu befragen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Herr Rösel hat in seiner Vernehmung am 10. November - das ist auch im Protokoll Nr. 60, dort auf der Seite 17 - zu diesem, ich sage mal, Diskussionsprozess innerhalb des BfS Folgendes ausgesagt:

Ich kann Ihnen nur sagen, ich war Teil des Diskussionsprozesses, und ich habe Ihnen gesagt, so wenig, wie wir beeinflusst wurden, haben wir also versucht, irgendetwas gegen den Willen anderer durchzusetzen. Wir haben das ausdiskutiert. Im Ergebnis - das habe ich vorhin gesagt - hieß es, es ist grundsätzlich so machbar, wenn die bergfreien Flächen zugewiesen werden. Es bleiben Risiken und Bedenken. Diese Risiken und Bedenken führen aber nicht dazu, dass die Vorgehensweise nach Nordosten damit à fonds perdu sind, sondern wir sind dann aufgerufen, diese Risiken und Bedenken, die also von fachlicher Seite - ich nenne noch mal die Namen Wosnik, Röthemeyer - genannt worden sind, dann auch zu berücksichtigen und gegebenenfalls, wenn sie zum Tragen kommen, darauf reagieren. Aber dass in einem Diskussionsprozess, der ja auf einer sehr langen Zeitachse gelaufen ist, es auch mal zu Äußerungen kommt, wie Sie eben zitiert haben, das halte ich für natürlich und im Ergebnis unbedenklich. Bedenklich wäre, wenn sie überregelt worden wären.

Ist diese Darstellung, wie sie Herr Rösel hier gegeben hat, aus Ihrer Sicht richtig? Entspricht das Ihrer Einschätzung der damaligen Lage?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Was meiner Einschätzung der damaligen

Lage nicht entspricht, ist, dass ich zu dem Zeitpunkt der Diskussion nicht beteiligt wurde. Aber der sachlichen Aussage, die Sie zitiert haben, könnte ich zustimmen, und zwar: erkunden so weit, bis ein Problem auftaucht, das die von mir zitierten Dinge da betrifft, also Durchörtern des Anhydrits, aber auch nicht optimaler Aufschluss möglicher Endlagerareale durch Salzrechte.

Ich möchte hier auch noch mal sagen: Diese Salzrechte werden, wenn es zu einem Endlager kommt, in jedem Fall beeinflusst - ich habe ja die Punkte genannt -, und da muss man in jedem Fall eine Lösung finden. Das wird möglicherweise auch gerichtliche Auseinandersetzungen - -

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das war ja auch einer der Gründe, warum 1998 das Atomgesetz um Enteignungsvorschriften ergänzt wurde, um das noch mal zu vervollständigen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja. Da frage ich mich als Gorleben-Freund: Warum wurde es nicht genutzt?

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Nachdem das BfS dieses schrittweise Vorgehen, wie es ja von Herrn Thomauske dann vorgeschlagen war - - Nachdem man sich darauf eingelassen hat, stellt sich mir natürlich die Frage: Haben Sie dieses schrittweise Vorgehen danach dann auch mitgetragen? Oder sind Sie weiterhin, ich sage mal, dem Vorgehen bei der Erkundung kritisch gegenübergestanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: In meiner Zeit ging es nur noch um den Erkundungsbereich 1, und ich habe meine Hauptaufmerksamkeit entsprechend meiner eingeschränkten Zuständigkeit auf sicherheitstechnische Fragestellungen konzentriert. Die Ergebnisse habe ich in diesem Kreis vorgebracht. Sie sind sehr positiv für den Standort. Es wird leider nie zitiert, sondern - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja! Wenn Sie das Gegenteil gesagt hätten, wären Sie überall in den Zeitungen!)

- Natürlich.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Deshalb möchte ich auch gerne noch mal auf das

Problem des Hauptanhydrits zu sprechen kommen, der ja auch in der damaligen Diskussion eine wichtige Rolle spielte. Aufgrund der heute vorliegenden Erkundungsergebnisse und Planungen haben sich ja insbesondere die auch von Ihnen geäußerten Bedenken bezüglich der Anfahrung des Hauptanhydrits des Nordstrangs mit der nördlichen Richtstrecke des EB 3 nicht bestätigt. Das ist Ihnen bekannt, nehme ich an?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das Amt hat mir eine Karte zur Verfügung gestellt von 2010, August 2010. Da habe ich das gesehen.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das heißt also, mit dem Wissen von heute würden Sie das, was Sie damals gesagt haben, vielleicht so dann nicht mehr sagen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein. Das kann ja noch kommen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vor der Hacke ist es duster, ja.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist ja nur ein ganz kleiner Teil, und ich würde mich riesig freuen, wenn die Gefahr nie auftaucht. Ich freue mich über jedes positive Ergebnis, aber - - Und ich habe vorhin auch gesagt: Man kann auch meiner Meinung nach weitererkunden. Aber man muss die von mir angesprochenen Probleme umgehen können und nicht den Salzstock sozusagen kaputterkunden.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Kommen wir noch mal auf die Frage der sogenannten Eignungshöflichkeit. Das ist ja auch ein Begriff, der immer wieder in der Diskussion gebracht wird. Da möchte ich mal Herrn Thomauske, den wir ja auch hier hatten, zitieren. Das ist das Protokoll Nr. 62. Dort auf der Seite 11 geht es um die Frage, ob Sie und Herr Wosnik sich im Rahmen der Diskussion zur Fortschreibung der Erkundung des Salzstocks Gorleben kritisch zur Eignungshöflichkeit geäußert hätten, und da sagt Herr Thomauske:

Da muss ich sagen: Das kann ich aus nichts entnehmen. Und nach

meinem Kenntnisstand gibt es dazu auch bis heute keine Aussage, dass sich Herr Röthemeyer oder Herr Wosnik in irgendeiner Form über die Frage der Eignungshöflichkeit des Salzstockes kritisch geäußert hätten.

Ist das so?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Völlig richtig.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Damit geht das Frage-
recht jetzt an die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Herr Dr. Röthemeyer, Sie haben vorhin gesagt, es war eine „Sünde wider den Heiligen Geist“. Das fand ich einen schönen Ausspruch. Können Sie erläutern - - Da ging es Ihnen um die Frage Anhydrit, und Sie hatten dann - habe ich es richtig verstanden? - Pläne gesehen, bei denen zweimal durchfahren wurde? Oder dass Sie - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ich habe das hier und könnte es Ihnen zeigen. Aber vielleicht - - Ja, in der Tat. Das ist ein spekulativer Riss gewesen, mit den damaligen Kenntnissen, und da sind die, ich glaube, es waren die Kirchen - - aber jedenfalls von den Salzabbaugerechtigkeiten, die wir nicht hatten, und dem Hauptanhydrit. Da ist ein sehr schmaler Abstand, und da zeigt sozusagen spekulativ - - Die Strecke geht da durch.

Ute Vogt (SPD): Und was war der Grund, warum Sie selbst das dann in dieser Form nicht befürwortet hätten?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Die Erfahrung mit dem Hauptanhydrit - - Auch auf der Sitzung im letzten Jahr war ja das Anhydrit-Szenarium ein Punkt des Streites hier. Da hat ja der Forschungsminister uns geschrieben: Stellt das mal ein bisschen zurück! - Und ich hatte hier darauf hingewiesen, dass wir nicht nur das Hauptanhydrit-Szenarium, sondern noch viele andere Dinge genau an der richtigen Stelle sehr ausführlich beschrieben haben. Also, wir können, wenn wir durch den Hauptanhydrit durchbohren,

eine Situation erreichen, die den Salzstock ungeeignet macht. Das heißt also: Jeder Gorleben-Gegner müsste eigentlich uns dazu anleiten, da mal ordentlich durchzubohren. Dann hat man ein gutes Argument.

Ute Vogt (SPD): Was wäre das Hauptrisiko dann? Wasserzutritt? Oder - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ja, am ausführlichsten hat es ja Herr Herrmann beschrieben. Ich habe das ja vorhin gesagt. Dann fließt Lösung zu, erst mal hochkonzentriert. Die wird immer geringer konzentriert, bis sie in Kontakt steht zu dem Deckgebirge. Dann wird das Salz natürlich laufend gelöst. Und wenn Sie das dann mit Zement verpressen wollen - da liegen Erfahrungen vor -, dann cracken Sie; dann brechen Sie den Hauptanhydrit an einer anderen Stelle auf. Es könnte also wirklich eine Gefahr werden. Und alle Fachleute, die ich ja zitiert habe, sind der Meinung: Wir dürfen den Hauptanhydritstrang nicht durchörtern.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben Sie vorhin gesagt: Die unsymmetrische Erkundung - - Also, von Anfang an war ja eigentlich symmetrisch gedacht, dass man praktisch vom Schacht ausgehend - einmal hier, einmal hier - dann immer weiter nach außen geht. Bedeutet das, dass man die Erkundung ganz anders planen muss, wenn man nur eine Seite erkundet - also jetzt nicht nur, was die Ergebnisse angeht, sondern was das Vorgehen bei der Erkundung angeht? Oder ist das unerheblich, also ob es da ein Gleichgewicht gibt oder nicht, rechts und links vom Schacht?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ja, ein bisschen mussten wir die Planung ja schon ändern mit der Umfahrung der Schächte, weil wir die Salzrechte da nicht haben. Aber das ist eigentlich kein Problem gewesen. Die Schächte würden nach allen Diskussionen, die ich damals auch mit Deilmann-Haniel geführt habe - die haben das dann berechnet -, kein Problem machen, wenn wir nur auf einer Seite wärmeerzeugende Abfälle einlagern. Das ist so ein stabiles System. Das wäre nicht das Problem.

Ute Vogt (SPD): Dann habe ich auch noch mal eine Frage zu dem Vermerk am 23.01., den Herr Thomauske ans Bundes-

umweltministerium geschrieben hat. Sie haben uns ja geschrieben, dass Sie davon ausgehen, dass die Neuorganisation damals, als Herr Thomauske quasi Ihnen gleich- bzw. auch ein Stück vorgesetzt wurde, mit Ihrer kritischen Haltung zum Endlager Morsleben zu tun hat. Wäre es zu dieser Neuorganisation nicht gekommen, hätten Sie wahrscheinlich diesen Vermerk schreiben müssen oder dürfen, wie auch immer. Das heißt, es wäre dann in Ihrem Aufgabengebiet geblieben, den Vermerk ans Bundesumweltministerium zu verfertigen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Die Frage ist nur, ob ich ihn so gefasst hätte, wie er gefasst wurde.

Ute Vogt (SPD): Na ja, da Sie geschrieben haben, dass Sie ihn nicht so verfasst hätten, gehe ich jetzt mal davon aus. Mir ging es jetzt nur darum: Wäre Herr Thomauske nicht an diese Stelle gesetzt worden, wäre es in Ihrer Zuständigkeit gewesen, den Vermerk zu schreiben. Das heißt aber: Er hätte auch inhaltlich anders ausgesehen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ja, es wäre meine Aufgabe gewesen. Es ist für mich ein ganz klar vorrangig sicherheitstechnisches Problem. Ich hätte ihn schreiben müssen. Wie gesagt, ich hätte aber vorher einige Leute befragt und dann wohl genauso reagiert wie in vielen anderen Fällen in meinem Berufsleben auch.

Ute Vogt (SPD): Und zwar?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ja, da muss ich in die Geschichte der Kerntechnik gehen. Die Älteren hier - ich glaube, keiner -, die haben vielleicht noch erlebt: Es wurde mal geplant, ein Kernkraftwerk auf das Gelände einer Chemieproduktion zu legen, und zwar berstgeschützt. Das heißt also, gegen den Guillotinebruch einer Hauptkühlmittelleitung sollte Schutz vorgesehen werden. Aber es gibt natürlich noch viele andere Probleme auf dem Gelände eines Chemiewerks. Aber das Problem war, dass der Guillotinebruch gar nicht die hauptsicherheitstechnische Gefahrenlage gab, sondern die kleinen Lecks. Und ich war damals vier Wochen beim MIT in Cambridge in den USA und habe an einem Kurs für Sicherheitsanalysen teilgenommen und habe dann auch

unserer Reaktor-Sicherheitskommission gesagt: Das sind kleine Lecks; was ihr hier plant, nützt nichts. Ich muss sagen, ich habe immer, ein paar Mal Glück gehabt, wenn mein Vorgesetzter ein Ingenieur war. Dann haben wir uns stundenlang zusammengesetzt, und dann sagt er: Ich trage das mit.

Ähnlich ist es mir bei Brokdorf ergangen. Da gab es auch ein Problem. Aber das Hauptproblem war die Asse. Dass heute auch mein Bischof - - Der schreibt dann: Ja, Gorleben ist wie die Asse. - Dann habe ich ihm einen Brief geschrieben, dass ich alle Probleme der Asse, die heute auftauchen, 1980 schon in einem Brief zusammengefasst habe, an den Antragsteller geschickt. Da habe ich mich natürlich auch nicht beliebt gemacht in diesen ganzen Endlagergremien. Ja, und jetzt Morsleben, die¹⁰ mich die halbe Stelle gekostet hat.

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war schwierig, wenn man nicht einen entsprechend verständnisvollen Vorgesetzten hatte, auch mit kritischen Äußerungen durchzudringen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Bei Brokdorf rief mich der Abteilungsleiter an - das war ein Ingenieur mit viel Erfahrung in der Kerntechnik - und sagte: Herr Röthemeyer, da hat ein Ministerpräsident sich beschwert. - Und das geht ja dann runter. Und dann sagt er: Kommen Sie her. - Das war abends acht Uhr. Dann haben wir bis halb elf diskutiert. Und da sagt er: Herr Röthemeyer, ich trage das mit. - Und das war für mich eine der größten Freuden, die ich gehabt habe, weil im Ministerium ist die Politik sehr bedeutend. Also, das habe ich immer so gemacht.

Ute Vogt (SPD): Jetzt wären ja in dem aktuellen Fall, wo es noch mal um Gorleben und um den Vermerk ging, eigentlich auch nicht nur Sie, sondern vor allem auch Herr Wosnik noch mal zuständig gewesen. Herr Wosnik hat uns aber auch, und das ergibt sich ja auch aus seinem Vermerk - - wurde ebenfalls nicht gefragt. War das in der Linie nicht vorgesehen? Oder hätte Herr Thomauske auf Herrn Wosnik zurückgreifen können?

¹⁰ Richtigstellung des Zeugen: streiche „die“, setze „das“, Anlage

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er hätte sogar müssen. Der war, wie er ja auch gesagt hat, der bergbaufachliche Vertreter des BfS. Und er hatte noch die ganzen Verantwortungen, die später ja auf jemanden anders übertragen wurden, im bergtechnischen Bereich.

In dem Zusammenhang: Ich hatte mit Herrn Wosnik unsere Aufgabenabgrenzung nach Atomrecht und nach Bergrecht je nach unserer Erfahrung sehr schön abgegrenzt. Und als wir jetzt diesen Endlagerbetrieb geschenkt bekamen in Morsleben - ich sage das nicht mehr -, da haben wir diese Aufgaben erweitert, und Herr Wosnik hat mir eine wunderbare Vorlage gemacht, wie man das, was wir immer schon abgegrenzt hatten aufgrund der Erfahrung - - wie man dann mit den betrieblichen Dingen gut fertigwerden kann. Aber es ist anders geworden.

Ute Vogt (SPD): Nun haben wir ja in den Akten einen Vermerk von Herrn Thomauske aus dem Jahr 1991. Das ist einer von mehreren Vermerken, in denen er sich sehr kritisch äußert in Bezug auf Verzicht auf die Salzrechte. Also, da schreibt er selbst noch mal in seinem Vermerk, dass man - ich finde es jetzt gar nicht spontan - praktisch auf diese Salzrechte nicht verzichten kann. Ich suche es gerade. - Ja, hier. Ich zitiere noch mal aus dem Vermerk. Für das Protokoll: Das ist MAT A 144, Band 22, 71016. Da schreibt Herr Thomauske selbst im Mai 1991:

Die Erkundung dieses Teils des Salzstockes ist jedoch zwingend, da für die Eignungsaussage die Erkundung des gesamten Salzstockes Voraussetzung ist.

Usw. - Das heißt: Er hat eigentlich im Jahr 91 ausdrücklich das gesagt, was auch Sie und Herr Wosnik später festgestellt haben. Können Sie sich erinnern, wann Herr Thomauske seine Meinung geändert hat, und warum?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann mich da nicht erinnern. Ich kann mich auch an diesen erfreulich richtigen Vermerk nicht erinnern. Vielleicht habe ich ihn aber gesehen. Das weiß ich nicht. Also, die Grundidee kam ja auch von 1991, durch den BMU-Auftrag an die IEAL. Die sollte ja schon die Erkundung nur eines Teils des Salzstockes mal bewerten. Und das haben die auch gemacht, kritisch. Und von daher gesehen weiß ich nicht, warum Herr Tho-

mauske seine Meinung geändert hat, weil die Verminderung der Abfallmengen ist schon in dem IEAL-Gutachten aufgeführt. Also 91 musste das schon gewusst worden sein: so etwa ein Faktor zwei. Und der ist dann 97 in dem Präsidentenschreiben auch wieder aufgeführt.

Ute Vogt (SPD): Danke schön. - Ich habe im Moment keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es noch andere Fragen aus der SPD-Fraktion?

(Ute Vogt (SPD): Im Moment nicht!)

- Okay. - Dann geht das Fragerecht, bitte schön, an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Röthemeyer, ich habe zunächst mal nur eine einzige Frage. Sie bezieht sich auf das Jahr 1977, und zwar hat es da einen FAZ-Artikel gegeben, zwei Tage, nachdem Ministerpräsident Albrecht Gorleben als Standort genannt hatte. Und dann heißt es in diesem Artikel - - Ich habe den auch hier; den können Sie sonst gerne auch noch mal - - In diesem Artikel der FAZ - ich kann ihn auch gleich mal rumgehen lassen - steht auf jeden Fall drin, dass die Bundesregierung ja skeptisch reagiert hatte in Bezug auf die Lage des Standorts Gorleben an der innerdeutschen Grenze. Und es wird darin berichtet, dass die Bundesregierung die Entscheidung darüber nicht Niedersachsen alleine überlassen wollte. Und es wird ausgeführt, dass man dann eben sagte: Es muss auf jeden Fall irgendwo einen Auftrag an die PTB gegeben haben, parallel alternative Standorte zu Gorleben zu untersuchen.

Können Sie sich daran erinnern, dass die PTB kurz nach der Standortbenennung mit der Prüfung verschiedener Standorte beauftragt wurde und dass Gorleben mit einbezogen werden sollte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann mich nicht daran erinnern. Denn die ersten Bedenken, die vom Bund kamen, im Innenministerium damals, hinsichtlich des Salzstocks, die mit der Grenzlage zu tun hatten, habe ich noch aus dem Innenministerium von Kollegen - ich war nicht zuständig - so beim Kaffee erfahren. Also, ob die PTB einen Auftrag bekommen hat, alternative

Standorte zu erkunden, weiß ich nicht. Aber ich glaube, dass mein Präsident das sicherlich erwähnt hätte.

Das Einzige, was war: Als der Abteilungsleiter für diese neue Abteilung ernannt worden war, ist er mit anderen, die bei der Erkundung eigentlich zuständig waren, mitgefahren und hat sich das erst mal angeguckt. Aber da waren wir - - Da war die Abteilung noch gar nicht da. Und berichtet hat er uns nichts - - hatte uns niemand darüber.

Angelika Brunkhorst (FDP): Vielen Dank. - Für diese Runde ist das jetzt erst mal meine einzige Frage.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ja ganz wunderbar. - Dann hat jetzt die Linke das Rederecht und Fragerecht. Bitte schön, Frau Voß.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön, Frau Flachsbarth. - Herr Röthemeyer, ich wollte Sie noch mal was zu Herrn Thomaske fragen, weil uns da doch was noch nicht ganz klar ist. Sie haben schon mal gesagt: Die IEAL hat 1991 neben dem - - Also, sie hat ein Gutachten gemacht. Neben dem Gutachten gab es auch Bedenken von Herrn Dr. Thomaske. 1991 hatte er geschrieben, dass der Wärmeeintrag der HAW Spannungen im Salzstock erzeugt, und hat dann ausdrücklich gesagt: Man sollte deshalb parallel von den Schächten aus und nicht einseitig erkunden. - Das war, was er Anfang 91 gesagt hat. 1997 - das haben Sie selbst hier zitiert - war Herr Thomaske nicht mehr dieser Meinung. Das ist der Vermerk vom 23.01.97. Da wird das Problem des asymmetrischen Wärmeeintrags gar nicht mehr erwähnt, und Herr Dr. Thomaske sagte hier im Ausschuss, der Wärmeeintrag würde die Schachtfundamente nicht beeinträchtigen.

Würden Sie mit Ihrer Erfahrung sagen, dass dieser Verzicht auf die parallele Erkundung überhaupt kein Problem darstellt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich sehe in der Tat in den Schachtfundamenten, die sehr, sehr stabil ausgelegt worden sind, nicht ein Hauptproblem, dass die Schächte beschädigt werden können durch eine einseitige Belastung, zumal man natürlich auch die Belastung durch Entfernung und durch Abwarten reduzieren kann. Die Wärmeentwicklung der Kokillen oder der Brennelemente lässt ja doch sehr stark nach.

Und dann kann man das auf völlig ungefährliche Werte - für den Schacht jetzt - reduzieren. Allerdings muss das noch mal nachgerechnet werden im Planfeststellungsverfahren. Das ist für mich klar. Aber alle Aussagen und alle Informationen, die ich von früher habe, zeigen, dass eigentlich da nichts passieren kann.

Johanna Voß (DIE LINKE): Sie hatten Gutachten zitiert, dass sich ja die Erde anheben wird: um 1 Meter oder, wenn man die wärmeabgebenden Behälter in weiterem Abstand voneinander unten verteilt, dann nur um einen halben Meter in 50 Jahren. War das so?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja.

Johanna Voß (DIE LINKE): Können Sie mir sagen, was sich dann hebt? Heben sich auch die Behälter selber oder nur das Gebirge darüber? Oder was hebt sich da?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Die Behälter können sich auch heben. Aber das ist, sagen wir mal, nicht bedeutsam.

Dies ist eigentlich eine schwierige Frage. Ich könnte sie besser beantworten, wenn es mir gelungen wäre, die Daten zu bekommen, auf denen diese Aussage „1 Meter und 100 Jahre“ beruht. Ich habe die nicht bekommen. Und ich muss ausdrücklich sagen: Das Amt hat in ungewöhnlicher Weise versucht, alle meine Fragen und Unterlagenwünsche zu beantworten, und sie haben es mir auch nach Hause gebracht. Das liegt nicht am Amt, sondern da liegt nichts vor. Das muss also ein Auftrag gewesen sein an diese Kanzlei, die für uns öfter gearbeitet hat, so per Telefon.

Ich habe aber Folgendes gemacht, bevor ich Ihnen das hier vortrug: Ich habe mir die Hebungsdaten angeguckt von 1980. Das ist also nichts Neues. Und da kommt man zu folgendem Ergebnis: Es kommt zu Hebungsdaten bis etwa 1 200 Jahren - - nein, Entschuldigung, 900 Jahre auf 1,20 Meter. Das waren die Berechnungen - aber auch auf einem spekulativen Bergwerk beruhend und mit den damals zugrunde gelegten 50 Gigawatt oder 2 500 Gigawattjahren, die eingelagert werden. Und da kommt man zu folgendem Ergebnis: dass die Hebungsrate über 1 000 Jahre sehr klein ist. Ich habe jetzt die Hebungsdaten über die ganzen Zeit-

räume - 20 Jahre, 30, 50, 100 - angeguckt und kam nach diesen alten Berechnungen zu dem Ergebnis, dass die Hebungsrate nach 50 Jahren 9 Millimeter ist, also fast 0,01 Meter. Und das hat mich ermutigt, Ihnen das hier vorzutragen. Ich habe es also auf diese Weise gegengecheckt. Aber die Daten, die hier Herr Thomauske dem Rechtsanwalt zur Verfügung gestellt hat, und auf welchen Rechnungen das basiert - - das weiß ich nicht.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke. - Ich habe dann noch eine Frage. Ich habe etwas nicht ganz verstanden bei Ihren Ausführungen zu dem zusammenfassenden Zwischenbericht. Sie hatten da ein Beispiel genannt, was passieren würde, wenn jetzt Anhydrit durchörtert wird, also durchfahren wird. Dann würde man das mit Zement abdichten, und das würde dazu führen, dass der Zufluss abgepresst wird, zurückgehalten wird. Das wiederum würde dazu führen, dass weitere Teile des Anhydrits - und dann hatten Sie gesagt, so wie ich verstanden habe - gefracht werden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, das sind Erfahrungen. Wenn Sie das interessiert, kann ich Ihnen die - -

Johanna Voß (DIE LINKE): Was bedeutet dieses „gefracht werden“ in dem Zusammenhang?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Aufgebrochen werden.

Johanna Voß (DIE LINKE): Aufgebrochen werden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wo neue Lösungen zufließen können. Das heißt: Das Abdichten solch eines Gebirges - Anhydrit - ist nicht einfach. Das sind Erfahrungen, die man gemacht hat. Ob es heute Methoden gibt, das voll abzudichten im Hauptanhydrit, weiß ich nicht. Dies ist nur eine Veröffentlichung, die ich zitiert habe. Und auf die hat mich Herr Herrmann hingewiesen, der ja viel breiteren Überblick hat über solche Dinge.

Johanna Voß (DIE LINKE): Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gibt es keine weiteren Fragen?

Johanna Voß (DIE LINKE): Gerade nicht.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Prima. - Dann geht das Fragerecht jetzt an Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kotting-Uhl.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Dr. Röthemeyer, guten Abend! Aus dem, was wir jetzt gehört haben, und auch aus den Akten ergibt sich ja der Eindruck, dass Ihr Maßstab sozusagen für Betrachtung und Bewertung all dieser Dinge rund um diesen Komplex Endlagerung immer die Sicherheit war. Und Sie haben vorhin gesagt: Diese Neuorganisation 1996, auf die ich jetzt noch mal zu sprechen kommen möchte, im BfS hatte nichts mit Gorleben zu tun; die lag an Ihrer kritischen Haltung Morsleben gegenüber. Ich sehe da aber einen gewissen Zusammenhang im Begriff Sicherheit; denn sowohl der eine Konflikt, den es bei Gorleben gab, den Sie da hatten mit anderen im BfS, also mit Herrn Thomauske wohl vorrangig, war eine Sicherheitsfrage.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Aber auch meinem für Sicherheit zuständigen Abteilungsleiter, Herr Dr. Illi, den Sie auch kennengelernt haben.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er war völlig einer Meinung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Anderer Meinung als Sie?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Einer Meinung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Einer Meinung, ja. Sie beide waren einer Meinung. Und auf der anderen Seite waren dann Herr Thomauske, wahrscheinlich - - Ich weiß nicht, wer da noch war.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: DBE, BGR.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und in Morsleben ging es ja auch für Sie um die Sicherheit. Also, Sie haben ja Sicherheitsbedenken gehabt, das weiterzuführen ohne Schließungskonzept, einfach in so einer in Ihren Augen unhaltbaren Lage dieses Endlager weiterzubetreiben.

Ich möchte Sie jetzt doch mal fragen: Herr Paul hat vorhin schon eine Unterlage eingeführt, und zwar das Protokoll von Herrn Rösel, wo Herr Rösel selbst auch sagt, dass er damals empfohlen hat, diese Umorganisation oder Neuorganisation vorzunehmen und Ihnen als Aufgabe zu geben, worin Sie Ihre Meriten haben, „nämlich wissenschaftlich-technische Fragen der Sicherheit der Endlagerung“, und Herrn Thomauske das zu geben, was der am besten kann, „nämlich als Macher zu fungieren“. Das heißt, Sie sozusagen als Bedenkenträger ein bisschen in die zweite Reihe und der Macher nach vorne, was ja heißt - das kann ich mir nicht anders übersetzen -, dass die Sicherheit nicht mehr im Vordergrund stand, nicht mehr die erste Rolle spielte. Was hat denn das für Sie auch bedeutet in der Frage: Wie geht es jetzt mit der Sicherheit weiter? Was hatten Sie denn da für eine Einschätzung damals?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wie gesagt, bei Gorleben nur dieses eine Beispiel. Bei den anderen beiden Endlagern, kann ich sagen, hätte das bedeutet, dass ich Verantwortung abgebe an die, die sie übernehmen wollen. Nämlich bei Gorleben - Entschuldigung; bei der Asse - -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Morsleben.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, aber auch bei der Asse war es so: Wir kriegten den Auftrag vom BMU, zu prüfen, ob die Asse ein Bundesendlager werden kann. Und das hat länger gedauert. Aber, wie gesagt: Die Probleme konnte man leicht identifizieren, und sie sind ja aufgetreten.

Bei Morsleben war es eigentlich unsere Aufgabe, auch nach den Vorgaben eines Gerichtes, ein Bundes - - also westdeutsch, oder wie soll ich das nennen? - - Sicherheiten nach den hier herrschenden Gesetzen zu prüfen und nicht einfach so weiterzumachen. Und diese Prüfung war sehr, sehr schwer. Zum Beispiel gab es Interpretationen: Ist das noch im Einklang mit dem Sicherheitsbericht

von 84 - später wurde noch einer gemacht -, und können wir dieses Stilllegungskonzept, das eigentlich gar nicht vorlag, schnell erarbeiten, insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir ja einen vollständigen Einschluss hier als Sicherheitskonzept haben, überall wo wir Bergwerke haben? Und das musste man - - Das war sehr schwer, diese Sache zu prüfen. - Ja, mehr kann ich dazu nicht sagen.

Wenn Sie wollen: Ich habe -

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das reicht mir, Herr Röthemeyer.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: - eine lange Liste von juristischen, von sicherheitstechnischen Fragen, wo ich gern gesehen hätte, dass sie geklärt sind, weil mein Hauptaugenmerk war - und das sieht man heute auch -, Vertrauen zu erwecken. Wenn Sie kein Vertrauen haben, können Sie auch heute, wie ja auch Gorleben zeigt, keine Anlage errichten. Wenn die Gegner das Gefühl haben, der meint es ernst, dann sprechen sie mit einem.

Also, das war für mich immer ein wichtiger Punkt. Und vielleicht darf ich sagen, dass auch der Bund - - Ich habe ein Bundesverdienstkreuz gekriegt - das hat mir nichts genützt -, aber auch für meine Bemühungen, mit den Leuten ins Gespräch zu kommen, weil ich war viel unterwegs: in Konrad, Gorleben, überall. - Ja, das ist meine Grundhaltung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich stimme Ihnen da völlig zu, Herr Dr. Röthemeyer, wie wichtig es ist, Vertrauen zu schaffen und das dann auch zu halten. - Jetzt haben wir in diesem Protokoll von Herrn Rösel - das, wie gesagt, durch Herrn Paul schon eingeführt wurde - ja noch mal ausdrücklich diese Aussage „auch ernst nehmen“:

dass wir die Aufgabe Errichtung und Betrieb eines Endlagers ernst nehmen, auch terminlich und kostenmäßig ernst nehmen ...

Das heißt: Wir müssen Termine einhalten; wir müssen dem Zeitdruck gehorchen; wir müssen die Kosten möglichst niedrig halten. - Dagegen wurden dann Sie gestellt: der Bedenkenträger, der eben immer die Sicherheit - - Und wie wir wissen, Sicherheit kostet

Zeit und kostet Geld. Also, das sollte wohl so ein bisschen gegeneinandergestellt werden.

Ist denn dadurch im BfS sozusagen auch ein Stück weit eine andere Ausrichtung erfolgt? Weil für mich ist das ja ein Paradigmenwechsel, ob ich jetzt sage: Die Sicherheit ist mein Maßstab, ich sage mal überspitzt: koste es, was es wolle - und ich glaube, bei so einer Aufgabe muss man das eigentlich sagen -, oder ob ich sage: Ich habe einen Zeitdruck, und ich habe Kosten, die ich senken möchte, und das ist der Maßstab. Das ist ja ein Stück weit eine Neuausrichtung.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich halte das für wichtige Punkte. Aber ich halte mich an das Gesetz, das sagt, dass die Sicherheit Vorrang hat, und auch an die Entsorgungskonvention. Das ist das Allerwichtigste. Ich habe aber zu diesem Punkt mal eine ausführliche Stellungnahme gemacht und nachgewiesen, dass in so einem zwischen Öffentlichkeit, Politik und Fachkunde befindlichen Projekt die Verzögerungen gar nicht von der Fachseite her kommen, sondern von einer ganz anderen Seite. Das typische Beispiel ist diese zehnjährige Unterbrechung der Erkundungsarbeiten. Und von daher gesehen: Man muss das berücksichtigen. Aber für mich ist wichtig: Sicherheit hat Vorrang.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der ersten Berliner Runde.

Ich habe jetzt die Frage: Wir hatten eigentlich vereinbart, dass wir jeweils nach zwei Stunden mal eine kurze Pause machen, auch damit den Zeugen sozusagen Gelegenheit zum Verschnaufen gegeben wird. Wenn wir aber den Eindruck haben sollten, dass - und ich entnehme das den zum Teil gar nicht ausgeschöpften Zeitkontingenten - wir jetzt sehr zügig zu einem Ende kommen könnten, dann könnten wir - wenn Herr Professor Röthemeyer mir jetzt nicht signalisiert: ich brauche mal eben fünf Minuten für mich - auch weitermachen, also eine Stunde. In ungefähr einer Stunde haben wir die namentliche Abstimmung, um Ihnen das auch von der zeitlichen Dimension her ungefähr zu sagen. Eigentlich war 18.40 Uhr vorgesehen. Aber ich glaube, wir geraten eher in Richtung 19 Uhr.

(Zurufe: Das sind noch zwei Stunden! - Wir haben erst 17 Uhr!)

- Zwei Stunden bis 19 Uhr; alles okay. Dann machen wir jetzt die zehn Minuten Pause. - Gut. Dann unterbreche ich jetzt für zehn Minuten Pause. Bitte schön.

(Unterbrechung von 17.01 bis 17.14 Uhr)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Professor Röthemeyer, dann auf zur zweiten Runde. Das Rederecht geht an die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön, Herr Dr. Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Ja, vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Röthemeyer, Sie sind in der letzten Fragerunde ja von der Kollegin Vogt mit einer Aussage von Herrn Thomauske konfrontiert worden, die Sie sich auch so nicht erklären konnten, nämlich der Aussage, dass ohne die zur Verfügung gestellten Flächen eine Erkundung nicht möglich sei; ich sage es jetzt mal mit eigenen Worten.

(Ute Vogt (SPD): Von 91, ja!)

- Genau, von 91. - Erklärt sich vielleicht diese Äußerung, wenn man sich vor Augen führt, dass es ja nicht nur die zu dem Zeitpunkt 91 dem BfS nicht zur Verfügung stehenden privaten Salzrechte gab, sondern es gab ja auch 1991 die sogenannten bergfreien Rechte, die dem BfS aber zu dem Zeitpunkt auch nicht zugestanden haben? Meinte Herr Thomauske bei dieser Äußerung: Wenn man weder die privaten noch die bergfreien Rechte hat, dann macht die Erkundung keinen Sinn? Könnte das so gemeint sein?

(Zuruf: Das sind Spekulationen!)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Wenn es so gemeint wäre, dann hätte Herr Thomauske das deutlich machen müssen. Die bergfreien - - Wie gesagt: Ich kenne den Vermerk nicht. - Ich finde ihn aber sehr schön. Die bergfreien Bereiche zu bekommen, ist offensichtlich mehr eine Formalie. Es kann Schwierigkeiten geben. Aber ich habe im Amt angerufen, dass das zurzeit keine Probleme bereitet.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Das kann man aber aufklären; denn da kann ich - das ist MAT A 83, Band 6 - aus einer Presseinformation der niedersächsischen Landesregierung vom 14. Januar 97 zitieren, wo angekündigt wird, dass das Bundesamt für Strahlenschutz die Erlaubnis erhält, den Salzstock in den Bereichen zu untersuchen, an denen es keine privaten Rechte gibt - sogenanntes bergfreies Salz. Das heißt, ab 97 war dann das BfS in der Lage, auch in diesen bergfreien Gebieten Erkundungsmaßnahmen vorzunehmen, was ja dann auch der weiteren Erkundung offensichtlich hilft.

Eine zweite Aussage von Herrn Thomauske möchte ich Ihnen auch gern noch mal vorlegen, und zwar ist das eine, die er anlässlich seiner Vernehmung am 24. November gegeben hatte. Da sagt er - das steht im Stenografischen Protokoll 62 auf Seite 11 -:

Es ging 1996/97 einzig um die Fragestellung: Ist die sequenzielle Erkundung des Salzstockes oder die parallele Erkundung des Salzstockes zweckmäßiger? Es ging nicht um die Fragestellung: Ist der Salzstock geeignet oder nicht geeignet?

Zitat Ende.

Ist diese Aussage von Herrn Thomauske aus Ihrer Erinnerung heraus richtig?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nach meinem Verständnis des Briefes ist sie nicht richtig. Hier wird ganz klar gesagt, dass man, wenn man die Erkundung so macht, dann eine Eignungsaussage machen kann aus der Sicht des Antragstellers. Ich könnte das noch mal hervorholen. Aber so habe ich das hier im Gedächtnis oder auch gelesen. Von daher gesehen ist das, was er sagt, nicht ganz im Einklang, weil man ja nur die Nordosthälfte erkunden wollte und dann spekulativ so ein bisschen auf Südwest gucken. Aber man wollte dort nicht endlagern.

Von daher gesehen ist das, was Sie gerade gesagt haben, auch in meinem Sinne. Ich sehe kein Problem darin, wenn die EVUs meinen, es hätte noch soundso viel Zeit, oder die Politik, dass man erst die eine Seite erkundet und dann die zweite, wenn man diese Zeit hat. Aber man muss beide erkunden, und ich darf mich nicht auf eine Salzstockhälfte begrenzen.

Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Wenn Sie die spekulativen Grundrisse im Einlage-

rungsbereich sehen, so liegen die wesentlichen Flächen im Südwesten.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Gut. - Vielen Dank. Von meiner Seite aus keine Fragen mehr.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ich will dann mal anschließen zu dieser Frage der schrittweisen Erkundung. Hat zu irgendeinem Zeitpunkt nach Ihrer Erinnerung die damalige Bundesumweltministerin, Frau Merkel, auf diese Überlegungen Einfluss genommen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Jetzt gerade zu den Salzrechten und zu der Erkundung nur des Nordostteils?

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Genau, also zu diesen Fragen der schrittweisen Erkundung, was dort eben auch in dem Briefwechsel an unterschiedlichen Vorstellungen zwischen Herrn Thomauske und Ihnen eine Rolle gespielt hat. Also, ist da zu irgendeinem Zeitpunkt - Sie kennen unser Thema vom letzten Mal: politische Einflussnahme - aus Ihrer Erinnerung dort politisch Einfluss genommen worden, oder hat sich das auf einer Fachebene, möglicherweise mit unterschiedlichen Einschätzungen, abgespielt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann diese Frage leider nicht beantworten. Aber man könnte das vermuten, und zwar aus folgenden Gründen: Der Brief des Präsidenten ging zwar an die Frau Ministerin; aber ich sehe dann den Brief des BMU aus der Fachebene heraus, den wir leider alle nicht haben, als Indikator, dass, wenn die Bundesumweltministerin es selbst gesehen hätte, sie es aber gleich auf die Fachebene geschoben hätte. Und ob sie da Weisungen drangeschrieben hat, das kann ich nicht sagen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Gut. - Ist denn Ihnen in diesem Zusammenhang irgendwann mal eine Weisung - oder nicht eine Weisung, darüber haben wir ja lange geredet: was ist schon eine Weisung; also sagen wir mal: eine politische Einflussnahme - bekannt geworden oder auf Sie Einfluss genommen worden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Bei mir in keinster Weise - in allen Dingen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir haben damals, im Juli 2010, auch über die Frage alternativer Standorte gesprochen - sehr lange und sehr intensiv. Jetzt haben wir hier die Erfahrung gemacht oder durchs Aktenstudium gelernt, dass im Jahre 1995 durch die BGR in der Tat mal alternative Standorte untersucht worden sind. Dazu gibt es auch eine Pressemitteilung von dem Bundesumweltministerium. Das ist MAT E 9, Band 54, Blatt 51 ff. Ich darf das mal zitieren:

Die Untersuchung wurde von der ... (BGR) im Auftrag der Bundesministerien für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie ... und für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ... durchgeführt. ... Die erste Studie behandelt die Untersuchung und Bewertung von Salzformationen. Die zweite Studie untersucht und bewertet Regionen in nichtsalinaren Gesteinsformationen. ... Bundesministerin Dr. Angela Merkel: „Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe hat unter ausschließlich geowissenschaftlichen Gesichtspunkten vorsorglich untersuchungswürdige Standorte und Regionen für den Fall genannt, daß sich Gorleben wider Erwarten als ungeeignet für ein Endlager erweisen sollte ...“.

Würden Sie sagen - unabhängig von der Frage, dass, wie Sie wohl damals doch gesagt haben, Kapazitätsfragen eine Rolle gespielt haben bei der Überlegung, auch alternative Standorte zu untersuchen -, dass das eigentlich das ist, was Sie auch immer schon vorgeschlagen haben, dass zu einem ergebnisoffenen Prozess eigentlich gehört, auch alternative Standorte sozusagen in petto zu haben? Ist das also ein Verfahren oder eine Initiative gewesen, wo Sie gesagt haben: Das entspricht sehr dem, was ich mir auch schon zu einem früheren Zeitpunkt erwartet oder erhofft und gewünscht hätte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich hatte das erwartet und gewünscht, wo wir wesentlich weniger über den Salzstock Gorleben wussten und wesentlich weniger über die Abfälle. Wir hatten damals ja auch Überlegungen angestellt, wie stark die radioaktiven Abfälle anfallen und wann die Schachtkapazität damit nicht mehr fertig wird. Das waren so Überlegungen.

Ich halte das, was heute gemacht wird, vor allem vor dem Hintergrund oder unter

Berücksichtigung der Akzeptanz für vernünftig. Es wird aber - Deutschland wird ja älter und ärmer; darauf habe ich auch hingewiesen - wahnsinnig teuer, wenn wir einen echten Vergleich machen wollen, nämlich ein Endlager in Ton jetzt vergleichen mit einem Endlager in Salz. Wie ich vorhin schon gesagt hatte, können Sie aus sicherheitsmäßigen Gründen nicht sagen: Der ist sicherer als der andere. Sie können aber sagen: Der ist akzeptabel.

Aber Deutschland muss sich bewusst werden, dass wir bei Salz einen Haufen Erfahrungen haben, was uns sehr genützt hat, aber in Ton und Granit nicht. Und wir müssen uns auch bewusst werden - was mir am meisten Sorgen macht -: In Granit zum Beispiel müssen Sie dann Behälter mit einer Tonverpackung - - Da müssen Sie nachweisen, dass die diese Zeiträume bis zu 1 Million Jahre halten. Und das würde für mich ungläubwürdig. Das kann man nicht nachweisen. Was man nachweisen kann - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ehrlich gesagt, finde ich diese Fragen, Herr Professor Röthemeyer, wenn ich das mal so sagen darf, viel, viel spannender als vieles von dem, was wir hier sonst so miteinander erkunden. Aber leider, leider Gottes gehört das nun überhaupt nicht zum Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses. Deshalb würde ich Sie bitten - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, ich will versuchen, es andersrum zu formulieren.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann formulieren Sie es bitte so, dass es direkt in den Kern des Untersuchungsausschusses passt.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, genau.

(Zuruf der Abg. Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich finde es wirklich spannend.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Wir sind ja jetzt im Jahre 95. Also noch mal: Würden Sie im Grunde genommen sagen: Die Frau Merkel hat eigentlich mit der Beauftragung

der BGR für diese Studie zum ersten Mal etwas gemacht, was man sich auch unter dem Gesichtspunkt Ergebnisoffenheit, Alternativen zu untersuchen zu einem früheren Zeitpunkt vielleicht schon gewünscht hätte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie haben ja gesagt: Wir sind im Jahre 95. Und da würde ich zustimmen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja. Das ist doch was. - Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Weitere Fragen in der Union? - Nein. Dann hat die SPD das Fragerecht. Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Ich wollte noch mal auf dieses Schreiben von Herrn Thomauske an das Bundesumweltministerium vom 23.01.97 zurückkommen; denn diesem Vermerk ging ja eine Anforderung voraus. Ich weiß nicht, ob Sie das wissen: Der Herr Dr. Bloser hat an Herrn Thomauske geschrieben, dass er ihn um diesen Bericht bittet, den er mit der BGR abstimmen soll.

... haben Sie um einen schriftlichen mit der BGR abgestimmten Bericht gebeten, welche Erkundungsergebnisse mit der alleinigen Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstockes gewonnen werden, ...

Das schreibt Herr Dr. Bloser am 17. Januar 97 an Herrn Dr. Thomauske mit der Bitte, dass er dieses entsprechend fertigt.

Können Sie sich erklären, warum diese Bitte an Dr. Thomauske ging und nicht an Sie als zu dem damaligen Zeitpunkt ja noch Vorgesetzten von Herrn Thomauske?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, darf ich gerade mal, damit ich weiß, um was es sich handelt? Ich hatte - -

Ute Vogt (SPD): Ja, warten Sie. Er bringt es Ihnen. Dann kann - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein, nein. Nein, nein. Ich hatte vorhin gesagt, dass ein Schreiben des BMU, was gekommen sein muss und worauf Herr Thomauske ja geantwortet hat, -

Ute Vogt (SPD): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: - im Amt nicht gefunden werden konnte.

Ute Vogt (SPD): Das ist das. Wir finden alles.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein, das kann das Schreiben deswegen nicht sein - aber ich gehe trotzdem auf Ihre Frage gleich ein -, weil - - Warten Sie mal. Herr Thomauske, wo habe ich den?

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Herr Thomauske führt ja - - Sagen wir es mal so - ich sage es jetzt mal aus dem Gedächtnis -: Das muss ein Schreiben gewesen sein, wo sehr spezifiziert nach was, welche Erkenntnisse können wir im Nordosten gewinnen, im Südwesten oder übertragen - - Dann muss dies ein anderes Schreiben gewesen sein. - Bitte noch mal Ihre Frage. Ich bin jetzt klar, dass das - -

Ute Vogt (SPD): Die Frage war - noch mal -, ob Sie sich erklären können, warum die Bitte von Herrn Dr. Bloser an Herrn Thomauske ging und nicht an Sie; denn Anfang, im Januar 97 waren Sie ja noch der Vorgesetzte, wenn wir das - - Also, wir haben ja nur die Organigramme, und da, meine ich, wären Sie im Januar noch vorne gestanden.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, Sie haben völlig recht, und es kann sein, dass Herr Thomauske sich für diese Fragen hier schon eingebracht hat. Und das Schreiben hat ja zwei Adressen: per Fax an Herrn Thomauske - offensichtlich wollte Dr. Bloser sehr schnell eine Antwort haben -, und dann geht ja noch ein Schreiben direkt an den Fachbereich ET. Und das muss ich bekommen haben dann, also etwas später, einen Tag später.

Ute Vogt (SPD): Aber halt dann etwas später.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja.

Ute Vogt (SPD): Jetzt hat der Herr Thomauske seine Antwort unmittelbar an das

Bundesumweltministerium geschickt. Das ist das, wo „Vertraulich“ draufsteht. Das haben wir aber noch mal in nicht vertraulicher Version. Insofern ist der Inhalt egal. Also, er schreibt es einmal - das ist das, was Sie auch vorliegen haben -, wo es auch an Sie gesendet wird, und er hat es aber zeitgleich praktisch schon ans Bundesumweltministerium gesendet. War das ein übliches Verfahren, dass jemand was ans Ministerium sendet, ohne praktisch Sie noch mal als Abteilungsleiter da mit einzubeziehen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich habe, wenn ich mich - - Ich meine, ich hätte das Schreiben erst im Nachhinein bekommen.

Ute Vogt (SPD): Ja, das Umweltministerium hat es mit dem gleichen Datum bekommen. Aber man muss es ja nicht am gleichen Tag abschicken.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ja, warten Sie mal. Ich muss jetzt gerade - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ute Vogt (SPD): Also, das Ministerium - da können wir Ihnen auch helfen - erhielt das Ganze per Fax am 23.01., und bei Ihnen im Referat oder in der Abteilung ging es ein mit Eingang am 24. Das heißt, Sie haben den Vermerk praktisch einen Tag nach dem Ministerium bekommen.

Meine Frage war ja nur: War das damals üblich, dass solche Vermerke nicht erst von Ihnen gezeichnet wurden, bevor sie ans Ministerium gegangen sind?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Also, ein Schreiben von dieser Bedeutung hätte auf jeden Fall über meinen Schreibtisch laufen müssen. Dann hätte ich nicht im Nachhinein einen Vermerk schreiben müssen und vielleicht noch ein bisschen Einfluss ausüben können.

Ute Vogt (SPD): Können Sie sich erklären, warum das nicht über Ihren Schreibtisch ging? Hatte Herr Thomauske möglicherweise eine Idee, dass Sie etwas verändern würden? Also: Hatten Sie da öfter Diskussionen zu dem Thema?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Vorhin wurde ja gesagt, ich habe den Ruf eines Bedenkenträgers und Zögerers. Und es kann auch - - Es ist auch so gewesen, dass die Diskussionen über die Organisationsänderung über lange Zeiträume - also nicht nur 97/98, sondern auch schon vorher - de facto manchmal ausgeübt wurden. Und dies scheint so ein Fall zu sein. Also, sicherlich hätten wir nicht so ein sicherlich dem BMU gefallendes Schreiben abgeschickt, sondern uns mehr an dem orientiert, was die IEAL gesagt hat.

Ute Vogt (SPD): Haben Sie da noch mal gegenüber Herrn Thomauske selbst protestiert? Also, Sie haben ja den Vermerk geschrieben, der das sachlich noch mal - - Aber ich meine, im Grunde hat er ja auch innerhalb des Ministeriums klar die Hierarchie verletzt. War das noch mal Thema zwischen Ihnen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Nein, es kann sein - - Haben Sie meinen Vermerk? Habe ich da - - Den habe ich ja an die Amtsleitung geschickt.

Ute Vogt (SPD): Ja.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Gehört da auch Herr Thomauske zu? Das weiß ich jetzt nicht.

Ute Vogt (SPD): Aber Sie haben sich nicht mit ihm darüber auseinandergesetzt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Nein. Ich habe mit Herrn - - Doch, ja, bei dem Intercity-Gespräch. Ich habe meinen - - Ich finde meinen Vermerk nicht. Da wird doch, wenn Sie den Vermerk vor sich haben, an zweiter Stelle ein Intercity-Gespräch erwähnt, vom 4., so was. Und da ist auch Herr Thomauske dabei.

Ute Vogt (SPD): Und was haben Sie dort mit Herrn Thomauske noch mal besprochen? Ihm Ihre Meinung gesagt, oder?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Natürlich. Und ich habe auch - - Mensch, das müsste ich doch finden. Ich habe auch deutlich - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

- Ah, ich habe es jetzt. - Also, das ging an den Präsidenten, Vizepräsidenten, Herrn Thomauske, Dr. Illi und Herrn Wosnik. Und von daher gesehen wussten sie Bescheid. Aber bei dem „Intercy-Gespräch“ [sic!], wo ich im Einzelnen informiert wurde: Nein, da war Herr Thomauske nicht dabei. Da waren der Präsident dabei, der Vize, der Leiter Z und ich. Also da war er also nicht dabei. Aber meinen Vermerk hat er bekommen. Er wusste also genau Bescheid, wie ich denke.

Ute Vogt (SPD): Und hat Sie trotzdem übergangen - oder vielleicht gerade deswegen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, ja.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Ich habe noch mal eine Frage zu der Umstrukturierung damals. Wir hatten ja auch Herrn Rösel als Zeugen hier, und ich möchte aus der Vernehmung von Herrn Rösel zitieren. Auf die Frage von Frau Brunkhorst nach seinen Motiven hat Herr Rösel ausgesagt - ich zitiere -:

... indem wir den Bereich neu ordnen, dem Herrn Röthemeyer das geben, wo er zweifelsohne seine Meriten hatte und hat, nämlich wissenschaftlich-technische Fragen der Sicherheit der Endlagerung, und dem Herrn Thomauske das geben, was er am besten kann, nämlich als Macher zu fungieren.

War das auch Ihr Eindruck? Das sagte Rösel als Beweggrund für die Umstrukturierung. Könnten Sie das auch aus Ihrer beruflichen Erfahrung bestätigen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, er sagt in allgemeinen Worten, was ich vorhin auch gesagt habe. Ich habe bei Morsleben in der Tat verzögernd gewirkt, ohne dass es letztlich sich durchsetzen konnte.

Ute Vogt (SPD): Aber wenn er Herrn Thomauske als Macher beschreibt, dann heißt das ja auch, dass Herr Thomauske vor allem darauf aus war, schnelle Ergebnisse zu produzieren.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: In der Tat.

Ute Vogt (SPD): Das können Sie bestätigen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das kann ich bestätigen. Wenn Sie Dr. Illi hier jetzt sitzen hätten: Der könnte Ihnen das an konkreten Beispielen sagen.

Ute Vogt (SPD): Können Sie uns die auch nennen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, wir hatten einmal eine - - Es ging immer hin und her. Da musste er - - Das Stilllegungskonzept ging dann an Herrn Thomauske. Es ging dann auch mal wieder zurück, weil da nichts bei herauskam.

Aber wir haben mal eine Sitzung gehabt, wo der Leiter für die Geotechnik dabei war - Fachreferat, Fachbereich - und Herr Dr. Illi und ich. Und dieses Gespräch hat wegen profunder wissenschaftlich-technischer Meinungsverschiedenheiten dazu geführt, dass wir drei die Sitzung verlassen hatten.

Ute Vogt (SPD): Hatte Herr Thomauske eine vergleichbare wissenschaftliche Ausbildung, dass er vielleicht aus eigener Anschauung zu anderen Schlüssen kam?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich kann dazu nicht viel sagen. Er war bei CERN beschäftigt, wo ja jetzt ganz neue Elementarteilchen entdeckt worden sind.

Ute Vogt (SPD): Aber nicht von ihm.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein. - Dann ist er zu uns gekommen als Mitarbeiter in einem Referat und hat sich durch seine Effizienz - das kann ich bestätigen - dann Ansehen erworben bei einigen.

Ute Vogt (SPD): War er besonders ehrgeizig?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er wollte auf jeden Fall nicht auf Dauer Mitarbeiter in einem Referat bleiben.

Ute Vogt (SPD): Herr Thomauske hat ja dann vom BfS gewechselt. Erinnern Sie sich noch an den Vorgang, dass er dann zur Industrie ging? Und ist das üblich gewesen, dass immer mal wieder Mitarbeiter dann auch zur Industrie übergewechselt sind?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Über diesen Vorgang weiß ich nichts. Aber Herr Thomauske ist ja mein Nachfolger geworden, und das war für mich Anlass, meine Mitarbeit in den beiden Gremien, die ich genannt hatte, AkEnd und Entsorgungskonzept beim BMU, vorzeitig zu beenden. Das liegt an meinen Sorgen, die ich hatte, um Gorleben. Aber es hat auch nicht - - Weshalb er dann letztlich gegangen ist - er war ja mein Nachfolger - oder weshalb er gegangen wurde: Ich weiß darüber nichts. Das weiß nur der Präsident.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ist das Gorleben oder Morsleben?)

Ute Vogt (SPD): Kennen Sie andere Fälle von Mitarbeitern, die gewechselt haben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ja, es gibt Mitarbeiter, meist jüngere, die sich fortbilden wollen und dann auch mal woanders hingehen. Das habe ich selbst auch gemacht.

Ute Vogt (SPD): Also zur Industrie dann gegangen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Zum Beispiel, ja.

Ute Vogt (SPD): Und sind da auch welche wieder zurückgekommen?

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das sollten wir klären, weil das macht keinen Sinn!)

- Nein, das ist ja die Frage - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein. Er hat eben gesagt: „an meinen Sorgen ... um Gorleben“. Da wollte ich nur wissen: Meinen Sie wirklich Gorleben oder Morsleben?

Ute Vogt (SPD): Nein, Gorleben. Es ging ja um den AkEnd.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Ja, ich wollte nur fragen, ob es ein Versprecher war.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Vorsitzende, können Sie mal die Zeit anhalten? - Dorothee Menzner (DIE LINKE): Das ist nicht seine Fragezeit! - Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN): Das sollte sich mal einer von uns erlauben, mitten reinzufragen!)

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Alle Projekte, die wir haben - - Und ich habe dem Präsidenten auch aufgeführt, wo nach meiner Ansicht gravierende technische Fehlentscheidungen gefallen sind und dass das für mich also Anlass ist, dass er vielleicht nicht der ideale Nachfolger von mir ist.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Okay!)

Ute Vogt (SPD): Ja, es war trotzdem - - Also, die letzte Frage, die ich noch gestellt habe, war, ob Ihnen bekannt ist, ob von den Mitarbeitern, die zur Industrie gegangen sind, auch welche wieder zurückgewechselt sind zum Amt.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Also, der Mitarbeiter, an den ich jetzt denke, ist bei der Industrie geblieben.

Ute Vogt (SPD): Ja. - Ich habe dann keine weiteren Fragen mehr. Ich glaube auch, die Zeit ist rum. - Danke schön.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Das Fragerecht geht jetzt an die FDP. Bitte schön.

Angelika Brunkhorst (FDP): Herr Professor Röthemeyer, Sie haben uns ja am 04.11. dieses Jahres einen Brief geschrieben, dass Sie etwas erstaunt sind, dass Sie hier erneut als Zeuge vorgeladen werden. Sie haben dann ja auch beschrieben, dass Sie bei der Umorganisation und durch die Beschneidung Ihrer Kompetenzen dann Beschwerde eingelegt haben und dass Sie sich anwaltliche Unterstützung gesucht haben in der Auseinandersetzung mit dem BfS. Können Sie mir bitte sagen, wer personifiziert Ihr Gegenpendant war? Mit wem haben Sie sich konkret dann auseinandergesetzt? Also: Wer hat dort den Part gespielt? - Das ist die erste Frage.

Und dann haben Sie geschrieben: „Es kam zu keiner gerichtlichen Auseinandersetzung“. Daher würde ich gerne wissen: Wo lag denn dann da die Einigungslinie? Warum

oder aufgrund welcher Entgegenkommen hat man sich dann geeinigt?

Und dann war es drittens so, dass Sie nach circa drei Jahren Ihre ursprüngliche Funktion zurückübertragen bekamen. War das wiederum mit einer grundsätzlichen Reorganisation verbunden, oder wie wurde das dann wiederum begründet? Das würde mich schon in dem ganzen Zusammenhang dann interessieren.

Sie haben uns selbst in diesem Brief ja sozusagen darauf gestoßen, dass es so war, und deswegen - - Vielleicht wollen Sie etwas dazu sagen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, Sie sprechen nicht über meine Anwältin und mein Verfahren. Das meinen Sie sicher nicht, sondern als Pendant meinen Sie sicher: im BfS.

Angelika Brunkhorst (FDP): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Und im BfS war es ganz eindeutig der Präsident zusammen mit dem Vizepräsidenten. Welche Rolle Herr Thomaske da noch gespielt hat, ist mir unbekannt.

Ich habe mich mit dem Präsidenten ein paarmal getroffen und habe die Argumente, die die vorgebracht haben, alle widerlegt. Das kann man sogar in den Vermerken sehen, die vorliegen. Und ich habe dann, weil das nichts genützt hat, dieses auch an das BMU geschrieben und genau dargelegt, weshalb welche Verzögerungen aufgetreten sind. Und die Antwort des BMU war genauso wachweich und allgemein, wie ich es vorhin teilweise vorgelesen habe.

Was mich dann besonders erschüttert hatte, war, dass, als das dann endgültig von BMU-Seite eingesehnet wurde, dann gesagt wurde: Wenn einer der Abteilungsleiter ausscheidet, dann wird diese Spaltung der Abteilungsführung wieder zurückgenommen. - Es ist ja natürlich ganz klar, dass das gegen mich ging, weil ich ja auch der Älteste war.

Jetzt hatten Sie noch die Frage gestellt: Reorganisation. Ich habe dann, weil das ja alles mit dem Betrieb zusammenhing, einen Brief geschrieben und gesagt: Wir betreiben ja nicht mehr. Morsleben war dankenswerterweise gerichtlich gebremst, und Konrad auch gerichtlich - bei weitem kein Betrieb oder Umrüstung. Und daraufhin wurde ich als alleiniger Fachbereichsleiter wieder eingesetzt. Wie weit das mit der neuen Amtslei-

tung zusammenhängt, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht haben die mein Wirken nicht ganz so gesehen wie die Amtsleitung vorher.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt bitte an die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, ich möchte auch noch mal nachhaken in dieser Frage der Umorganisation. Das passiert ja nicht so häufig. Und wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, ist Ihnen auch in der Auseinandersetzung über die Umorganisation keine für Sie schlüssige Begründung geliefert worden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie haben das völlig richtig verstanden. Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass ich acht Jahre lang als stellvertretender Betriebsleiter und Leiter des Labors Reaktorbetrieb bei der PTB praktische Erfahrung gesammelt habe. Ich bin Reaktoroperateur, ich konnte Schichtleiter machen und auch die Gesamtleitung. Und dann beim Forschungsreaktor eben - - Da fehlte die Dampfseite fast¹¹. Und dann bin ich auch an ein Kernkraftwerk gegangen. Ich hatte also praktische Erfahrung in der Leitung einer kerntechnischen Anlage. Und das ist auch alles anerkannt worden in den Qualifikationen, die man braucht, um irgendwelche Verantwortung zu übernehmen.

Und auf der anderen Seite habe ich keinerlei Betriebserfahrungen dieser Art gesehen - nur mit meinem Kollegen Wosnik. Und wir haben gemeinsam was erarbeitet, wie wir jetzt die betrieblichen Dinge regeln - und alles nach Atom- und Bergrecht. Ich habe das sogar hier, wie wir das gemacht haben.

Von daher gesehen verstehe ich bis heute nicht, weshalb man auf diesen Gedanken gekommen ist. Es kann nur so begründet sein: Ich bin ein derartiger Bedenkenträger. Wir können mit dem überhaupt nichts - - keinen Betrieb betreiben.

¹¹ Richtigstellung des Zeugen: streiche „fast“, Anlage

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie hatten dann so den Eindruck, dass auch Ihre Bedenken bei Morsleben - da waren Sie ja dann auch noch eine Zeit lang verantwortlich - vielleicht den Ausschlag gaben, die Bedenken, die Sie bei Gorleben hatten, die andere fachliche Aufsicht. Hatten Sie das Gefühl, dass diese Entscheidung, umzustrukturieren, allein im BfS gefallen ist? Oder war das eher eine Weisung von oben? Oder wie haben Sie sich das erklärt? Weil man muss sich ja irgendwie so was zu erklären versuchen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ob es eine Weisung war, weiß ich nicht. Auf jeden Fall ist es im Einvernehmen mit dem BMU geschehen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie hatten den Eindruck, das BMU hat diese Umorganisation befürwortet und hat da jetzt nicht irgendwie interveniert oder so was?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Zu meinen Gunsten nicht. Ein Beispiel: Meine Anwältin hat mir geraten, weil ich früher ja auch mal in dem Hause war, von 73 bis 78: Gehen Sie doch mal zu einem Kollegen, und erkunden Sie das. - Und ich habe das einem Duzfreund sogar vorgetragen und gesagt: Guck dir doch mal die Fachkunde an, nachgewiesene. - Und das hat er fallen gelassen wie eine faule Kartoffel. Und da habe ich gemerkt: Die machen sich nur unbeliebt, wenn sie sich für mich einsetzen.

Das ist die einzige Erfahrung, die ich habe. Aber auf welcher Ebene das geblieben ist, das weiß ich nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie haben uns geschrieben, dass es auf jeden Fall eine anwaltliche Vertretung, aber irgendwie keinen Prozess gab. Aber wie hat sich dann danach die Zusammenarbeit im BfS dargestellt? Das ist ja nicht unbedingt eine vertrauensbildende Maßnahme, wenn man sich mit Anwälten auseinandersetzt.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wir sind insoweit aufeinander zugegangen, alle Parteien, dass wir wieder zusammenarbeiten konnten. Also, wir haben da - - Natürlich bleibt so was haften. Aber wir haben sachgerecht zusammengearbeitet.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Sie sind ja dann 1999 wieder in Ihre ursprüngliche Funktion zurückgekommen - und das, obwohl Sie in der Zwischenzeit ja, wenn ich das richtig weiß, zum Beispiel in Ihrem Buch, das 98 erschienen ist, sehr wohl weiter auch Ihre Bedenken vorgetragen haben. Haben Sie, als Sie dann 99 wieder in Ihre ursprüngliche Position zurückkamen, da Bemühungen unternommen, die Änderungen des Erkundungskonzepts, die 97 erfolgt sind, noch mal rückgängig zu machen? Oder war da in der Form nichts mehr möglich?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Da habe ich mich nicht drum gekümmert. Ich muss jetzt mal überlegen. Wir waren ja da erst bei der Erkundung des Erkundungsbereiches 1, Infrastruktur und ähnliche Dinge. Und da stand diese Frage nicht an. Und meine Meinung, wenn sie angestanden hätte, wäre gewesen, wie ich sie vorhin dargestellt habe: nur bis dahin, wo keine Gefahrenpunkte zu sehen sind.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber es hatte Ihnen offensichtlich dann 99 nicht geschadet, wieder in die alte Position zu kommen, dass Sie sich auch 98 weiter, sage ich mal, als Bedenkenträger, wie Sie es selber formuliert haben, hervorgetan haben, zum Beispiel in Ihrem Buch *Langfristig sichere Deponien*, wo Sie sich ja auch sehr kritisch mit der Praxis in Morsleben auseinandersetzten? Da hatten Sie nicht den Eindruck, dass das dann noch ein Problem war? Da hatte sich irgendwas an den Rahmenbedingungen geändert?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja, natürlich. Da war die Politik glücklicherweise so, dass die neue Regierung Morsleben auch nicht weiterbetreiben wollte. Und dann haben wir eifrig - das war die Hauptarbeit auch bei mir - an einem Stilllegungskonzept gearbeitet.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie werten es als einen politischen Einfluss, dass Sie 99 wieder in Ihre alte Position kamen? Und das hatte jetzt nicht mit eigener Weiterbildung, Veränderung oder sonst was im BfS zu tun, sondern wirklich eher einen politischen Hintergrund? So haben Sie das zumindest eingeschätzt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich habe gesagt: Ich weiß nicht, ob meine Argumente in meinem Schreiben gewirkt haben oder ob es daran lag, dass der neue Präsident meine Tätigkeit anders bewertet hat als der alte. Das weiß ich aber nicht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Wie haben Sie in all den Jahren den Einfluss, sage ich mal, des leitenden Ministeriums für das BfS, also den Einfluss des BMU, auf die praktische Arbeit erlebt? War das eher sehr eng? War das eher stringent? Oder war das, sage ich mal, an der langen Leine, und man hat dem BfS viel Autonomie ermöglicht, ja, an der Sache zu arbeiten und mit weniger politischen Vorgaben? Wie haben Sie das im Lauf der Jahre erlebt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Also, ganz überwiegend konnten wir fachlich die Sachen machen und mussten berichten. Das war eine etwas, ich will mal sagen, auch - - Wir mussten natürlich manche Dinge konkret schriftlich berichten. Aber wir hatten damals einen interministeriellen Arbeitskreis, wo alle Ministerien beteiligt waren, die Interesse daran hatten: Finanzen, Forschung, BMU. Und wir haben denen immer einen Bericht in regelmäßigen Abständen gegeben. Natürlich gibt es ab und zu eine Weisung vom BMU, wenn irgendwelche politischen Entscheidungen gefallen sind, die dann natürlich auch auszuführen sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Danke schön. - Das Fragerecht geht jetzt an die Grünen. Bitte.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Dr. Röthemeyer, ich möchte noch einmal zurückkommen auf die jetzt ja schon reichlich diskutierte Organisationsveränderung, gegen die Sie auch entsprechend erfolgreich - auf lange Sicht erfolgreich - interveniert haben. Ich wollte nur von Ihnen wissen: Haben Sie eine Erinnerung oder haben Sie Erkenntnisse, wer eigentlich der Betreiber dieser Organisationsveränderung gewesen war oder sein könnte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ja, ich glaube, das hat ja - - Vorhin wurde Herrn Rösels Aussage ja vorgelesen, der ja gesagt hat, dass er das betrieben hat, weil er

mit meinen Bedenken kein Endlager zügig betreiben kann. So habe ich das verstanden. Ist das richtig? So hat Herr Rösel sich ausgedrückt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber aus Ihrer eigenen Erinnerung zur damaligen Zeit haben Sie jetzt keinen Eindruck oder eine Vermutung, wer der Betreiber für diese Veränderung gewesen sein könnte?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Also, ich denke durchaus, dass mein ehemaliger Mitarbeiter Herr Rösel da eine treibende Kraft war. Er war ja auch Jurist. Und, wie gesagt, wer ihn jetzt wieder gedrängt hat und ob das überhaupt jemand war, das weiß ich nicht, oder ob er das aus eigenem Antrieb gemacht hat.

Natürlich ist es auch schwierig, wenn zum Beispiel die Politik ein Endlager betreiben will - den Eindruck hatte ich, auch von der ersten Sitzung mit Minister Töpfer - und dann so ein kleines Würstchen wie ich sagt: Ja, wisst ihr denn, wo die Lösungen herkommen, die da runterrauschen? - Heute ist es weniger; ich muss das immer wieder betonen. Oder: Wisst ihr denn, wie ihr das stilllegt?

Ich habe ja vorhin geschildert, dass die drei oder vier Leute, die die Befahrung 1990 gemacht haben, entsetzt waren. Und der Abteilungsleiter der BGR sagte: Ich werde dem Betriebsleiter keine Weihnachtspost mehr schicken, weil er mir nie gesagt hat, was für eine Scheißgrube er da betreibt. - So hat er sich ausgedrückt. Und ich habe sogar noch milde reagiert. Ich habe denen gesagt - ich bin ja Kerntechniker -: Da ist doch nichts drin. - Aber die haben gesagt: Noch nicht; aber das kann ja noch kommen. - Und das wurde dann auch geplant, sodass wir uns geschworen haben: Wir tragen das nicht mit. - Und in der BGR ist der Abteilungsleiter in Pension gegangen. Und mit dem hätte die BGR niemals dem Betrieb zugestimmt.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie sich das geschworen haben und wir jetzt ja auch wissen, welche Veränderungen in der Organisation vorgenommen worden sind - sicher vor dem Hintergrund, dass man da auch genau diese Richtungsänderung einleiten will -, dann würde sich ja auch ein Zusammenhang dazu ergeben, dass Herr Thomauske damit betraut war, der so wenig bergfachliche Kom-

petenz vorzuweisen hatte - zu dem Zeitpunkt auf jeden Fall -, dass ihm Herr Wosnik als bergfachliche Person beigeordnet wurde.

Und Herr Wosnik hatte ja - das hat er uns vor einigen Wochen ebenfalls erklärt - auch erhebliche Bedenken - er ist ja dann auch sogar kurze Zeit später in den Ruhestand gegangen - gegen diese Einschränkung auf den nordöstlichen Teil, weil er auch der festen Auffassung - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, wegen Morsleben! Das ist ein falscher Vorhalt!)

- Ich gehe mal aufs Protokoll. Herr Wosnik hat gesagt:

... für mich war nur klar: Man will den südöstlichen Teil nicht erkunden.

Sondern nur den nordöstlichen. Das können wir ja im Protokoll nachlesen, Seite 79 und auf Seite 82.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er ist doch deswegen nicht in Ruhestand gegangen!)

- Es kostet mich jetzt meine Fragezeit, wenn Sie immer dazwischenreden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber das mit dem Ruhestand stimmt nicht!)

- Können wir weitermachen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, jede Menge.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Diese Fälschungen machen wir hier nicht mit!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die 30 Sekunden kriege ich jetzt aber drauf, nicht wahr? Und ich empfehle die Lektüre des Protokolls. Jetzt müssen wir erst mal den roten Faden wiederherstellen.

Wenn jetzt die bergfachliche Person Herr Wosnik, die Herrn Thomauske ja beigeordnet war, auch so eine dezidierte Position hat, wie sie jetzt in Ihren Bemerkungen anklang, dann fragt man sich natürlich, ob das nicht der Grund sein könnte, warum gerade Herr Thomauske an diese Position gesetzt wurde, der ja dann dieses bergfachlich nicht abgestimmte Schreiben vom 23.01. geschrieben hat. Haben Sie für solche Vermutung auch

Erkenntnisse? Oder ist das eher mehr so auf einer logischen Ebene zu erreichen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ich habe dem BMU in meinem Widerspruchsverfahren deutlich gemacht, dass ich im bergrechtlichen Bereich große Probleme sehe, wenn jetzt Herr Thomauske als Physiker - damals ohne große bergmännische Erfahrung - solche Aufgaben bekommt. Und ich habe mich berufen auf ein Schreiben, das wir früher¹² von dem Leiter des Oberbergamts Clausthal bekommen haben¹³, in dem ganz klar gesagt wird: Für diese Aufgaben braucht man eine bergbaufachliche Erfahrung und ein Studium des Bergfachs. - Und das sehe ich auch ein.

Und Herr Wosnik und ich haben immer beachtet, dass ich nie Aufgaben bekam, die nur er nehmen konnte. Vor Ort kann ich keinen anweisen, die und die Sache zu machen. Und deswegen haben wir die Aufgaben so getrennt, dass Atom- und Bergrecht einschließlich dieser Vorgaben von Herrn Führer¹⁴ (?)¹⁵ Genüge getan wurde. Und das lief auch, wie gesagt, vernünftig. Ich war für die Gesamtleitung verantwortlich und konnte Herrn Wosnik Weisungen geben. Ich konnte ihm nur nicht Weisungen vor Ort geben, weil mir da einfach - - Ich habe keinen Bergbau studiert. Das habe ich Herrn Wosnik überlassen. Und das hatte ihn eigentlich auch sehr motiviert, sich engagiert einzusetzen. Wer ihn mal vor Ort erlebt hat - ich weiß nicht, ob hier jemand ist -, der wird das voll bestätigen können: ein ganz engagierter Mitarbeiter, fachkundig und tatkräftig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende der zweiten Berliner Runde und kommen zur dritten. Hat die Union Fragen, Anmerkungen? - Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich will das nur klarstellen, weil das ja hier jetzt Gegenstand war. Ich zitiere aus der Vernehmung von Herrn Wosnik. Ich habe ihn damals gefragt:

¹² Richtigstellung des Zeugen: streiche „ein Schreiben, das wir früher“, setze „einen Vortrag“, Anlage

¹³ Richtigstellung des Zeugen: streiche „bekommen haben“, Anlage

¹⁴ Richtigstellung des Zeugen: streiche „h“, Anlage

¹⁵ Richtigstellung des Zeugen: streiche „(?)“, Anlage

Gut, aber noch mal, um das zusammenzufassen: Am 27. Januar schreibt Herr Thomauske seinen Brief. Daraufhin bittet Herr Röthemeyer Sie um eine Stellungnahme. Die geben Sie ab am 31. Januar 1997, eine kritische Stellungnahme. Ich stelle fest: Ihr Antrag, Sie in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, hat mit diesem Vorgang nichts zu tun.

Zeuge Gert Wosnik: Nein, nein.

Er hat dann im späteren Verlauf noch mal klargestellt, dass er mit Morsleben - - Er hat Anfang 96 den Antrag gestellt, weil er auch - wie Sie - mit Morsleben nicht einverstanden war.

(Zurufe von der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das stimmt nicht!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Das ist ja ein Zitat.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, Entschuldigung. Ich meine - - Also, es ist schwarz auf weiß. Zu sagen - - Da sieht man - - Darf ich wirklich mal sagen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, Herr Grindel, ich möchte gerne, dass Sie hier sagen - -

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Irgendwo ist die Grenze.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ich möchte eine Seite wissen.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Das ist die Seite 85 der Vernehmung von Herrn Wosnik.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na, siehste; geht doch. So. Dann könnten Sie das bitte nachlesen, und dann könnten Sie noch mal überprüfen, ob das stimmt oder nicht.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich empfehle die Seiten 79 und 82, Herr Grindel! - Gegenruf des Abg. Reinhard Grindel (CDU/CSU): Entschuldigung; ich habe es doch hier zitiert! Sie kriegen es auch nicht mehr hin! Ich

habe doch Ihre Gesichtszüge gesehen, die da entglitten sind!)

- Gut. Das ist alles ganz wunderbar. - Ich wollte gerne fragen, ob Sie noch weitere Fragen zur Sache haben.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Nein!)

- Das ist ja - -

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Sie versuchen hier, Geschichten aufzubauen! Die mache ich Ihnen kaputt! Das ist doch klar!)

- Wunderbar. - Gibt es von der SPD-Fraktion Fragen zur Sache bzw. zum Untersuchungsgegenstand?

(Ute Vogt (SPD): Ja!)

- Bitte schön.

Ute Vogt (SPD): Ich habe nur mal eine Nachfrage zu dem, was Sie eben noch mal geantwortet haben, als es um die BGR ging und Sie gesagt haben, da ging ein Abteilungsleiter in Pension. Können Sie sich noch erinnern, wer da in Pension gegangen ist?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ist es unproblematisch, wenn ich hier Namen nenne?

Ute Vogt (SPD): Ja. Weil wir haben ja sowieso die Organigramme.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das war Herr Venzlaff.

Ute Vogt (SPD): Ah ja; alles klar. Und die Position hat sich nach dem Weggang von Herrn Venzlaff verändert?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Sie ist lange Zeit in der Schwebe geblieben. Und jemand hat dann die Funktion, sagen wir mal, wahrgenommen. Aber endgültiger Abteilungsleiter war er noch nicht. Und ich glaube, hinterher wurde auch jemand anders dann da genommen.

Ute Vogt (SPD): Jetzt haben wir in den Akten ja verschiedene Vermerke. Unter anderem gibt es einen Vermerk, den damals - das war aber schon 1983 - Herr Dr. Ziegler an Herrn Dr. Matting ins Bundesinnenminis-

terium geschrieben hat. Und da gab es eine Art Zielvorgabe, die Herr Ziegler so beschreibt und es auch hier als Zeuge bestätigt hat. Ich zitiere sie Ihnen. Herr Ziegler schrieb damals:

Die politische Zielvorgabe läuft darauf hinaus, ein im Rahmen der Schutzziele hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten. Es geht nicht um das best-denkbare Endlager irgendwann.

Haben Sie diese Zielvorgabe auch so in Erinnerung? Und würden Sie die selbst auch so vorgeben, also sagen: „Es geht darum, ein hinreichend sicheres Endlager zügig zu errichten, und nicht um das best-denkbare Endlager irgendwann“? Halten Sie das für eine richtige Zielvorgabe?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Es ist etwas anders formuliert, als ich das vorhin gesagt habe. Der Begriff „best-denkbare“ ist - - Natürlich gibt es das nicht. Das „best-denkbare“ ist vielleicht auf dem Mond oder so was. Aber im Prinzip ist es so, was mir sehr am Herzen liegt, dass das auch in der Politik richtig verstanden wird, damit nicht wieder so Äußerungen kommen im Fernsehen: Wir suchen das sicherste Endlager. - Sondern wir suchen ein geeignetes Endlager; und vielleicht sogar ein geeignetstes, wenn ich diese sozialwissenschaftlichen Kriterien, die der AkEnd ja aufgestellt hat, hinzufüge.

Aber wenn Sie das interessiert: Es ist für mich fast schon ein Hobby, zu erklären, warum das nicht so ist, warum wir kein sicherstes Endlager finden können. Aber ich kann, wen das interessiert, auch eine Veröffentlichung dazu schicken.

Ute Vogt (SPD): Würde mich jedenfalls sehr interessieren. Aber wir können uns ja hinterher noch mal austauschen, dass Sie mir da was zukommen lassen. Aber das heißt, Sie haben von Ihrer Warte aus auch schon damals die Erkenntnis gehabt, ein tatsächlich ganz sicheres Endlager war damals nicht möglich und ist auch heute nicht möglich?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ist auch heute nicht möglich. Und das liegt einfach daran, weil ich für ein Endlager auf jeden Fall Auskunft über das Isolationspotenzial brauche: Wie lange steht diese geologische Formation schon da, ohne am Wasser-

kreislauf teilgenommen zu haben? Und das ist die Voraussetzung. Das ist auch die Misere mit Asse und Morsleben. Sie können keine Aussage über das natürliche Isolationspotenzial machen - nicht bis zu 1 Million Jahre oder 200 Millionen Jahre, wie wir können -, sondern Sie müssen sich nur auf menschliche Barrieren verlassen, und deren Haltbarkeit über längere Zeiträume ist sehr, sehr schwer nachweisbar.

Ute Vogt (SPD): Von welchen Zahlen ging man denn damals aus, wie lange so eine Sicherheit halten sollte, also so eine zumindest vorübergehende Sicherheit? Oder wie lange, würden Sie sagen, hat man damals gesagt oder gedacht, kann es sicher sein? Weil die Vorgabe mit 1 Million Jahre Sicherheit kam ja erst später ins Gesetz. Was war damals der Zeitraum, für den man glaubte Sicherheit planen zu können?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich glaube, Sie haben recht mit dieser zeitlichen Zuordnung. Ich habe gerade versucht - - Ich habe das aber bei meiner ersten Vernehmung gesagt, wann wir zum ersten Mal diese 1 Million Jahre veröffentlicht haben. Das beruht natürlich auf vielen Diskussionen in der internationalen Fachwelt. Und das ist einfach das Maximum, was man an geologischen Prognosen machen kann. Ich meine, dass das Buch, das erste Buch - das ist von 1988 oder so, oder 89 -, 100 Jahre PTB - - haben wir es veröffentlicht. Aber Sie gehen noch weiter zurück. Und Sie sprechen da einen Dauerkampf an. Mit 10 000 Jahren hat man damals die Berechenbarkeit angegeben, also jetzt die Berechenbarkeit, und einfach aus dem Grunde - das haben wir selbst auch mitgetragen - mit veröffentlicht, weil die oberflächennahen Bereiche ein wesentlicher Sicherheitsfaktor sind, wenn ich mich an Zahlen orientieren muss, Millirem oder so was. Die verändern sich in Größenordnung 10 000 Jahre. Und deswegen haben wir gesagt: berechenbar bis dahin. - Aber dieses Konzept wurde bei Konrad nicht akzeptiert. Und deswegen musste man längere Zeiträume haben. Bei Konrad haben wir so lange gerechnet, wie unterstellte Lösungen durch das Endlager gehen, und bis 300 000 Jahre. Aber 10 000 Jahre, das war auch international - - Wer darüber hinaus berechnen will, begibt sich in Spekulationen.

Ute Vogt (SPD): Das heißt aber, man hat damals auch schon die Variante gespielt, dass im Zweifelsfall das Gestein eben länger hält als die Zivilisation?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Viel länger. Und wir haben damals ja auch nicht mehr den Begriff „Sicherheitsnachweis“ benutzt, sondern wir sind dann übergegangen, später dann auch in Übereinstimmung mit IAEA- und OECD-Papieren, auch der Konvention - - Wir sagen: Wir können bis 1 Million Jahre bewerten. - Aber das ist ganz was anderes, als zu sagen: Wir können bis 1 Million Jahre nachweisen, dass 0,3 Millirem pro Jahr eingehalten werden. - Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wer das behauptet, erzeugt Enttäuschung, wenn hinterher herauskommt: Das geht nicht.

Ute Vogt (SPD): Vielen Dank.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Keine weiteren Fragen aus der SPD?

Ute Vogt (SPD): Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht an die FDP-Fraktion.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Danke schön. - Dann geht das Fragerecht an die Linken.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Röthemeyer, ich möchte gerade noch mal da nachfragen, wo wir eben stehen geblieben waren. Sie haben gesagt, es gab sehr wohl an einzelnen Punkten Weisungen aus dem BMU. Haben Sie noch ein Beispiel in Erinnerung oder zwei? An welchen Punkten gab es dann mal Weisungen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich muss wieder an meine erste Vernehmung erinnern, wo gerade dieser Punkt angesprochen wurde. Und ich habe da deutlich gesagt: Ich habe es als Weisung verstanden, weil der BMU ganz klar gesagt hat - ein Unterabteilungsleiter -: Wir wollen diese Thematik „andere Standorte“ nicht in dem

Bericht haben. - Im Internet steht aber alles Mögliche. Ich habe selbst nicht verstanden, wer so was reinbringt; es ist keine Weisung gewesen, Empfehlung und alle so aufgeweichte Sachen. Aber Sie werden meine Stellungnahme dazu - - Und ich bleibe auch dabei; es war eine Weisung, weil wir so gehandelt haben. Sie können das nachlesen in dem Protokoll vom 01.07.2010.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke. - Dann möchte ich noch mal auf etwas anderes zurückkommen, was vorhin schon Thema war, nämlich den Brief von Herrn Thomauske an das BMU. Habe ich es richtig verstanden - weil ich kann das fast nicht glauben -, dass Herr Thomauske an Ihnen, an Herrn Wosnik, an Herrn Illi vorbei an das BMU geschrieben hat? Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist in der Tat so. Ich habe das auch mit meiner Anwältin besprochen, weil ich verblüfft bin. Ich habe diese Sachen sogar ihr geschickt. Sie sagt aber: Wenn der Präsident das mitträgt - - Und es ist ja praktisch ein Schreiben mit fast gleichem Inhalt wie das Schreiben des Präsidenten an Frau Merkel. Nur, der Präsident hatte noch Gesamtkonzepte, Kosten usw. aufgeführt. Aber was die Erkundung angeht, hat der Präsident dasselbe nach Bonn geschickt wie Herr Thomauske. Und ein Präsident kann jeden überregeln.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Werten Sie das so, dass der Präsident dieses Verhalten, das ja - ich sage es jetzt mal ganz vorsichtig - zumindest ungewöhnlich und nicht üblich ist, gedeckt hat? Oder war die Deckung für dieses Verhalten von Herrn Thomauske aus Ihrer Sicht, aus Ihrem damaligen Erleben vielleicht sogar noch höher im BMU angesiedelt?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Der Präsident hat ja selbst ein Schreiben geschrieben, das ich, soweit ich es jetzt bekommen habe - - Und Herr Thomauske hat praktisch Teile des Präsidentschreibens noch mal an den BMU geschickt und die Fragen, die der BMU dann auf dieser Arbeitsebene hatte, etwas deutlicher noch beantwortet und sich noch etwas weiter in die, wie Professor Herrmann es nennt, Geofanta-

sie begeben, was die Struktur des Salzstocks im Südwestfeld angeht.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, vielleicht verstehe ich das jetzt einfach nicht richtig. Aber wie konnte Herr Thomauske zu den gleichen Fragestellungen kommen wie der Präsident? Das ist doch jetzt nicht besonders üblich, oder? Meinen Sie, da gab es eine Absprache? Oder wie erklären Sie sich das?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wenn der Präsident ein Schreiben schreibt, dann ist es die Verpflichtung aller seiner Mitarbeiter, sich an diesen Aussagen zu orientieren, es sei denn, sie sind anderer Meinung. Dann können sie mit ihm sprechen. Und das Beamtengesetz ist so: Wenn Sie remonstriert haben und der Vorgesetzte bei seiner Meinung bleibt, sind Sie nicht mehr in der Verantwortung, und der Präsident hat die Verantwortung übernommen.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber dann war, wenn ich das richtig verstehe, Herr Thomauske einer der wenigen im Haus, die an der Stelle die Position des Präsidenten geteilt haben und sich entsprechend auch mit dem BMU dann in Verbindung gesetzt haben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich denke, Herr Rösel und Herr Thomauske waren da einer Meinung - und der Präsident.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Aber sonst war das eher in der fachlichen Ebene im BfS nicht so gesehen? Oder gab es zumindest in Teilbereichen andere Meinungen oder Auffassungen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ich hatte nur noch zwei Bereiche, also zwei Abteilungen in meinem Fachbereich: einmal die Sicherheit der Endlagerung. Ich habe Herrn Dr. Illi auch um Stellungnahme gebeten. Und er hat keine Stellungnahme abgegeben. Jedenfalls habe ich keine gefunden. Ich habe ihn auch noch angerufen. Und da hat er mir gesagt, er könnte sich nicht erinnern. Und dann habe ich - - Das sind die beiden, die ich nur noch fragen konnte, den Abteilungsleiter Sicherheit der Endlagerung und Herrn Wosnik, der eine etwas abgeho-

bene Position hatte. Er unterstand nicht Herrn Illi, sondern mir.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Okay. - Danke.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Fertig? Keine weiteren Fragen? - Wunderbar. - Dann geht das Rederecht an die Grünen. Bitte.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke schön. - Herr Röthemeyer, ich möchte zumindest für mich eine abschließende Frage stellen zu Ihrer Haltung zu Gorleben. Uns ist ja auch schon in der ersten Befragung, die wir mit Ihnen haben durften, durchaus deutlich geworden, dass Sie an Gorleben lange keine Zweifel hatten, dass Sie nicht der Meinung sind, man könnte den sichersten Ort finden, sondern man muss einen geeigneten finden, und das könnte eventuell durchaus Gorleben sein, nach vollendeter Erkundung. Also Sie gehörten nie und gehören vermutlich auch nicht zu den Gegnern Gorlebens. Sie gehören aber sehr wohl zu den Gegnern des veränderten Erkundungskonzepts. Ist das so richtig?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das ist so richtig - mit der Einschränkung, dass man weitererkunden kann, aber nur so weit, wie die vorgetragenen Probleme nicht sichtbar sind.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Von denen Sie aber erwarten, dass sie auftauchen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Von denen ich erwarte - - Und ich habe auch noch mal gesagt, es sind nicht nur der Hauptanhydrit und das jüngere und ältere Steinsalz, sondern wenn wir diesen § 44 [sic!] Grundgesetz beachten wollen, dann müssen wir die optimale Fläche auch erkunden.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. - Und Sie waren dann also nicht mehr verantwortlich für Gorleben, sondern der Macher Thomauske, für den Kosten- und auch Zeitdruck respektive Termine, die einzuhalten sind, eine große Rolle spielen. Und der hatte dann keine Probleme mit

dieser Veränderung des Erkundungskonzepts, ganz im Gegenteil: Er hat das selber vorangetrieben. Ist das auch so richtig?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das ist so richtig. Aber ich möchte noch mal auf die Widersprüche hinweisen, die in dem Schreiben an das Oberbergamt und in dem Schreiben von Herrn Thomauske sichtbar werden. Das ist einmal, dass man auch da, wo man keine Salzgerechtsamen hat, reinbohren muss. Hier wird ja einfach gesagt: Wir nehmen jetzt Reflexionsmessungen usw. und erkunden dann diesen Bereich. Und das ist ein ganz wichtiger Punkt. Vorher müssen indirekte und direkte Methoden dienen zur Erkenntnisbewertung, und plötzlich, wenn man an den Bereichen vorbeifährt, dann macht man es nur mit indirekten. Und da hat ja Herr Herrmann - das habe ich ja vorgelesen - eine ganz deutliche Aussage gemacht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich will jetzt noch zu einem anderen Thema kommen, Herr Dr. Röthemeyer. Anfang 1996 wurde ja publik, dass in Morsleben falsch deklarierte radioaktive Stoffe zwischengelagert wurden. Als das bekannt wurde, gab es eine große Aufregung, und das BMU geriet unter Druck. In einem Zeitungsartikel von damals heißt es, das BfS habe das BMU nicht ausführlich und schnell genug in Kenntnis gesetzt. Ich möchte Sie fragen, wenn Sie sich daran erinnern: Hat man die Vorwürfe des BMU im BfS damals als zutreffend wahrgenommen, oder war man im BfS vielleicht der Meinung, das BMU beschuldige das BfS zu Unrecht, Informationen zurückgehalten zu haben? Können Sie sich daran erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Nein.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Liebe Frau Kollegin, was hat das jetzt mit Morsleben zu tun?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Gar nichts.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zum einen hat Morsleben, das der Zeuge selber eingeführt hat, deutlich mehr mit unserem Untersuchungsauftrag zu

tun als der Holocaust, über den wir uns heute auch schon unterhalten haben.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU):
Nein!)

Zum Zweiten geht es um die Glaubwürdigkeit zukünftiger Zeugen aus dem BMU. Auch da hat Herr Grindel mir sehr oft lehrreiche Beispiele gegeben, dass man Zeugen, die man hat zur Befragung, befragt nach zukünftigen Zeugen. Und da wir etliche Zeugen aus dem BMU demnächst hier haben werden, geht es mir hier um die Glaubwürdigkeit.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Welche Zeugen meinen Sie denn? Ich habe keinen Namen gehört! - Franz Obermeier (CDU/CSU): Sie müssen Namen nennen!)

- Nein, das hat Herr Grindel auch - - Es geht um das BMU.

(Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

Kann der Zeuge die Frage beantworten?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Na ja, es ist schon interessant, auf welchen Zeugen Sie sich denn letztendlich kaprizieren; denn es ist ja eine berechtigte Frage, ob diese Frage zulässig ist oder nicht.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben doch die Liste von den BMU-Zeugen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Die Frage ist selbstverständlich zulässig, wenn Sie die Glaubwürdigkeit eines weiteren Zeugen hinterfragen wollen. Aber wenn Sie diesen Zeugen nicht benennen, ist das erst mal nur eine Behauptung.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann gebt mir die Liste noch mal, bitte.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Also, ich kann vielleicht dadurch helfen: Ich kenne diesen - - Also, ich habe davon gehört. Aber ich weiß nicht mehr, wie das im Einzelnen gelaufen ist. Ich bin auf dieses Problem nicht vorbereitet. Ich kann die Frage nicht beantworten.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann hat es sich ja erledigt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann hat es sich ja erledigt. - Haben Sie weitere Fragen, Frau Kotting-Uhl?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, es hatte nicht geklingelt?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Nein, wir haben die Zeit zwischendurch angehalten. Es hat nicht geklingelt.

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin aber auch durch.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich jetzt noch weitermachen?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, zweieinhalb Minuten. Bitte schön, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss ja noch anknüpfen an die Auseinandersetzung um den bergbaulichen Sachverstand und die Verfasser der Vermerke oder des Vermerks vom 23.01.97. Es ging ja darum, dass die bergbaufachliche Person, Herr Wosnik, das geänderte Erkundungskonzept mit der Beschränkung auf den nordöstlichen Teil ja kritisiert hat. Und ich habe das in Zusammenhang gestellt - was Herr Grindel wiederum kritisiert hat - auch mit seinem Abschied, seinem durchaus vorzeitigen Abschied in den Ruhestand. Und ich wollte eigentlich daran noch einmal erinnern, dass auf die Frage des Kollegen Edathy genau das von Herrn Wosnik gesagt wurde - auf der Seite 79 ff. [sic!]. Auf die Frage des Kollegen Edathy, dass „Sie über den Flurfunk ... vernommen haben, dass die Bundesregierung darauf drängen würde, entgegen der ursprünglichen Planung die Erkundung nur des - wie Sie es formuliert haben - halben Salzstockes vorzunehmen und nicht beider Teile“, hat Herr Wosnik dann gesagt: Ja, das haben Sie richtig verstanden, das war auch mit einer - - und - ich führe das weiter - den Eindruck erweckt hat, dass das mit einer der Gründe war, warum er sich verabschiedet hat. Können Sie sich an diese Diskussion noch erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er hat ja, was die Verabschiedung angeht, andere Gründe genannt, also nicht in diesem direkten Zusammenhang. Aber irgendwelchen Druck, der ausgeübt worden sein soll, den kann man nur aufgrund der Unterlagen, die ich kenne - ich habe ja an keinem dieser Gespräche teilgenommen - - kann man nur spekulieren.

Die Frage der Salzrechte und der Erkundung hat den BMU ja schon sehr lange gequält. Und die IEAL hat keine günstige Antwort gegeben, wenn Sie die - - Ich habe das ja vorhin vorgelesen. Und jetzt passiert sechs Jahre gar nichts. Und jetzt plötzlich gibt das Bundesamt eine Auskunft, die ich, wie ich vorhin ja gesagt habe, für äußerst bedenklich halte, aus den genannten Gründen. Das hat vielleicht dem Bundesamt gefallen, weil dann dieses Problem der Salzrechte nicht auftauchte. Aber einem Verantwortlichen für die Technik und Sicherheit hat das nicht gefallen. Wir brauchen die Salzrechte - ganz einfach. Und - ich habe das ja einführend gesagt - es ist sehr enttäuschend, dass wir einen Auftrag bekommen haben, sogar nicht mal den Salzstock selbst aussuchen konnten, sondern er wurde uns vorgegeben, und dann dass man von uns erwartet noch¹⁶, um nicht vorhandene Salzrechte herum zu bohren und vielleicht unser eigenes Projekt, an dem wir sehr hängen, kaputtzumachen. - Mehr kann ich leider nicht sagen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke! Ich kann jetzt gerade nichts fragen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Damit ist die Fragezeit auch wieder vorbei. - Wir gehen in die vierte Berliner Runde. Ich frage die Union, ob sie noch Nachfragen hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir haben eine Bitte - es ist keine Frage -, und zwar: Sie haben mehrfach, Herr Röthemeyer, das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Kümmerlein etc. aus dem Jahre 1996 angeführt. Wir haben dieses Gutachten, jedenfalls nach bisheriger Prüfung, nicht in unseren Unterlagen gefunden und würden Sie bitten, uns da eine Kopie zur Verfügung zu stellen bzw. das Exemplar zur Verfügung zu stellen. Wir ko-

¹⁶ Ergänzung des Zeugen: streiche „erwartet noch“, setze „noch erwartet“, Anlage

pieren es und geben Ihnen das Original wieder zurück.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das kann ich sofort machen. Ich glaube, das ist sehr wichtig, wenn Sie das lesen. Da merkt man, wie ein Anwalt aus Vergleichen mit Straßenbaumaßnahmen und Bundesverwaltungsgerichtsurteilen das bewertet. Und der Anwalt ist sicherlich kein schlechter, die Kanzlei. - So, das war - - Das andere habe ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir haben ansonsten keine Fragen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Können wir das nachher machen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Vielen Dank. Dann kommt ein Mitarbeiter des Sekretariats und würde Ihnen das abnehmen, wenn Sie wollen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Dann geht das Fragerecht an die SPD-Fraktion.

(Ute Vogt (SPD): Ich habe gerade keine weiteren Fragen!)

- Gerade keine weiteren Fragen. An die FDP. - Auch keine weiteren Fragen. An die Linken. - Auch keine. An die Grünen. - Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Dann werde ich an dem Punkt mal weitermachen. Wir haben ja jetzt mehrfach erörtert, dass die Personen mit bergbaufachlichen Kenntnissen, die Herr Dr. Röthemeyer mehrfach aufgezählt hat, alle äußerst kritisch der Einschränkung der Erkundungsbereiche auf den Nordosten oder den nordöstlichen Bereich gegenüberstanden. Und trotzdem hat es diesen Vermerk gegeben und diese Empfehlung quasi an das Bundesumweltministerium vom 23.01.1997. Wir wollen ja rauskriegen: Wer ist dafür eigentlich verantwortlich? Wer war da die treibende Kraft? Wir wissen: Der Vermerk wurde

von der bergbaufachlich jetzt nicht so versierten Person Bruno Thomauske abgefasst, und Herr Rösel und Herr Thomauske haben diese Position betrieben und haben das auch vorgetragen.

Was uns jetzt interessiert: Meinen Sie, dass im Wesentlichen Herr Rösel vonseiten des BfS und Herr Thomauske sich auf diese Konzeption geeinigt haben? Oder kam die Anregung dafür und die Ermunterung oder die Anforderung auch noch von anderer Seite? Und wenn ja, von welcher? Kann ja sein BMU, kann ja auch sein Energieversorgungsunternehmen. Haben Sie da irgendwelche Kenntnisse?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Da habe ich keine Kenntnisse.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir wissen ja, dass es Besprechungen kurz nach dem Vermerk oder im Umfeld des Vermerkes gegeben hat mit den Energieversorgungsunternehmen, die durchaus skeptisch dieser Einschränkung gegenüberstanden, auf der anderen Seite aber verlaublich wurde oder man hörte, gerade im BMU, dass der Punkt der Kostenersparnis bei der Beschränkung auf den nordöstlichen Bereich eine Rolle gespielt habe. Haben Sie davon was gehört?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Ja. Das habe ich vorhin auch vorgetragen, -

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da würde ich gerne noch - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: - dass die Kostenfrage in dem Schreiben des Präsidenten eine bedeutende Rolle gespielt hat. Und was ich von den Salzrechten zitiert habe, läuft unter der Überschrift Kostenfragen oder - ich könnte es gleich noch mal nachgucken - - aber unter dem Kapitel Kostengesichtspunkte. Also, das Schreiben des Präsidenten - - Ich habe vorhin ja auch gesagt, dass man bei der Vorgehensweise, Nordost nur, 396 [sic!] D-Mark damals sparen konnte. Das wird auch zitiert vom Präsidenten in dem Schreiben. Kostengesichtspunkte spielten eine Rolle.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke für genau diese Verknüpfung. Es wäre also nicht unseriös, zu ver-

muten, dass die Einschränkung auf diesen nordöstlichen Erkundungsbereich auch im Zusammenhang stand mit der Bemühung um Kostenoptimierung?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das könnte schon sein. Sonst wären die Kosten ja nicht vom Präsidenten erwähnt worden. Er sagt es ja direkt: Wir sparen, wenn wir jetzt den nordöstlichen Teil untersuchen, gegenüber der doppelten Erkundung, wie es ursprünglich geplant war, nach beiden Seiten parallel 396 Millionen D-Mark.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke. - Und wenn man jetzt das in den größeren Zusammenhang überhaupt des Ausbaus der Atomenergie in den 90er-Jahren stellt: Ist der Eindruck richtig oder zutreffend, dass das Endlagerprojekt oder die Endlagerprojekte überhaupt 1996/97 deutlich unter Druck standen? Sie haben ja vorhin auch selber auf die Asse zum Beispiel mal hingewiesen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Unter Druck? Also, in dem Präsidentenschreiben steht ja - das ist ja vor dem Moratorium geschrieben worden -, nach Ansicht der EVUs besteht kein zeitlicher Termindruck auf das Endlager Gorleben, weil man 2030 erst die Abfälle hat. Jetzt haben wir ja inzwischen das Moratorium, und wir müssen eine ganze Menge Zeit für Inbetriebnahme und Forschungsarbeiten, die genannt worden sind, aufwenden. Und da kommen wir ja doch zu Zeiträumen, die diesen nahekommen. Wenn man noch andere Standorte vergleichend macht, dann wird wohl ein Endlager erst nach 2040 - - Also, die Kinder meiner Tochter, die hier oben sitzt, werden sich dann damit beschäftigen müssen.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also könnte man als einen Faktor für Druck auf Entscheidung oder Entwicklung und Entscheidung nehmen den zeitlichen Hintergrund, den Sie gerade skizziert haben. Sie haben aber vorhin ja selber und wir haben auch schon mehrfach jetzt hier im Ausschuss den Hintergrund beleuchtet, dass das Endlager Asse, das es ja faktisch geworden war, gerade da große Probleme hatte und das auch ruchbar wurde 1996 und ebenso natürlich dauernd - -

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Gorleben?

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Asse.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ach, Asse. Ja, ja.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Asse. Und gleichzeitig waren die ganzen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit ERAM, Morsleben. Kann das auch ein zweiter Faktor gewesen sein, der den Druck erhöht hat, in Gorleben nun zu einer gewissen Entscheidung und zu einer Nähe jetzt der Entscheidung für eine Endlagerung zu kommen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das glaube ich deswegen nicht, weil in dem Schreiben des Präsidenten ein Konzept verfolgt wird. Ein Endlager ist immer in Betrieb. Das heißt also, eins löst das andere ab. Morsleben wurde dann noch einbezogen, zumindest bis zur genehmigten Betriebsphase im Jahre 2000. Also, von diesen Voraussetzungen ist man ausgegangen und hat klar gesagt: Wir haben ja jetzt auch eine Trennung in unserer Endlagerkonzeption; wir wollen ja die nichtwärmeeentwickelnden Abfälle nach Konrad bringen, sodass eigentlich fast nur die hochaktiven Abfälle für Gorleben da sind. Und wenn die Industrie sagt, die fallen erst im Jahre 2030 an in einer Menge, bei der es lohnt, ein Endlager zu betreiben, dann muss man das abnehmen.

Aber die Zeit 2030 halten wir sowieso nicht mehr. Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass der AkEnd gesagt hat: Wir brauchen verbindliche Kriterien bis 2004 - „verbindliche“ heißt: vom Parlament abgesegnet -, wenn wir 2030 ein Endlager in Betrieb nehmen wollen. - Und aus irgendwelchen Gründen - darauf habe ich letztes Mal auch hingewiesen - ist aus diesem guten Papier, was fast ein Kompromiss ist der gesamten Endlagerdiskussion in Deutschland, nichts geworden. Plötzlich war es in der Versenkung verschwunden. Und ich habe ja auch den Leiter oder den Organisator dieses AkEnd, den Herrn Nies, gesprochen, und der wusste als Verantwortlicher vom BMU auch nicht, was passiert war. Und bis heute gibt es keine verbindlichen Kriterien. Das heißt also, es sind jetzt inzwischen sieben Jahre schon auf ein Endlager draufzupacken.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Auch das alles ist höchst interessant und sicherlich auch erörterenswert und für die Zukunft von großer Relevanz, gehört aber auch nicht zu unserem Untersuchungsauftrag. Der endet nämlich 1998. Na ja, bis 2000 sind wir auch manchmal schon gelangt. Aber, dann ist - -

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Schade eigentlich; genau. Aber es ist halt so. Von daher müssen wir uns jetzt damit abfinden.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann haben wir es zumindest im Protokoll! - Gegenruf des Abg. Franz Obermeier (CDU/CSU): Ohne Gekreische!)

- Ich darf Sie herzlich bitten.

Wir sind wiederum am Ende dieser Runde. Gibt es denn noch weitere Fragen bei der Union? - Bei der SPD? - Bei der FDP? - Bei den Linken? - Bei den Grünen?

Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Keine Frage, nur eine Bitte, ähnlich der von Herrn Paul: Herr Dr. Röthemeyer, Sie haben ja in Ihrem Schreiben an den Ausschuss von Akten gesprochen, die Sie einer Anwältin geschickt hatten für die erwartete Auseinandersetzung mit dem Bundesamt für Strahlenschutz, zu der es dann aber nicht kam. Und die Akten haben Sie dann zurückbekommen. Könnten Sie diese Akten auch dem Ausschuss zur Verfügung stellen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Im Prinzip habe ich keine Bedenken, wenn nicht Juristen sagen, das solle man nicht tun. Ich habe das nur deswegen geschrieben, weil ich, als ich das Amt verließ, unterschreiben musste, keine Akten mit nach Hause zu nehmen, insbesondere vertraulichen und höheren Charakters - aber insbesondere. Und ich habe dann die Akten zurückbekommen, habe darüber auch den Präsidenten informiert, und sie sind bei mir zu Hause. Ich habe sie jetzt etwas auseinandergespült, weil ein Teil der Unterlagen, die ich meiner Anwältin geschickt habe, jetzt draußen sind. Und sie sind hier. Ich könnte versuchen, das wieder zusammenzupacken.

Ja, wie machen wir das? Ich habe keine Bedenken. Gibt es da juristische Bedenken vom BMU aus?

(Zuruf: Nein!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Möchte die Bundesregierung dazu was sagen?

(Sebastian Edathy (SPD): Sie wollen uns doch keine Unterlagen vorhalten, oder?)

- Nein, aber es gibt eine Aussagegenehmigung, Herr Kollege Edathy. - Möchte die Bundesregierung sich dazu äußern?

(MRin Elisabeth Meyer zu Rheda (BMU): Nein!)

- Nein. Gut. - Dann wäre es nett, wenn Sie uns diese Akten zur Verfügung stellen könnten, dem Sekretariat. Dann würde das Sekretariat entsprechend für eine Verteilung der Akten für den Ausschuss sorgen.

(Sylvia Kotting-Uhl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank!)

Wollen wir so vorgehen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Wir können so vorgehen. Und vieles, was Sie dort lesen, habe ich heute erzählt.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Gut. - Dann würde ich jetzt den öffentlichen Teil unserer Sitzung beenden. Ich möchte den Kolleginnen und Kollegen den Hinweis geben, dass sie danach bitte noch fünf Minuten hierbleiben mögen für eine Beratungssitzung. Wir haben einen einzigen Punkt, den wir noch miteinander besprechen sollten, bezüglich des weiteren Ablaufs der Vernehmungen der weiteren heute Morgen beschlossenen Zeugen. Da gibt es einen einzigen Beratungspunkt, und ich möchte Sie bitten, ganz kurz noch hier im Saal zu bleiben.

Das Sekretariat übersendet Ihnen, Herr Professor Röthemeyer, das Protokoll, sobald es fertig ist. Sie haben dann die Möglichkeit, innerhalb von zwei Wochen etwaige Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen. Das kennen Sie schon.

Nach § 26 Abs. 3 des Untersuchungsausschussgesetzes bin ich gehalten, Sie darauf

hinzuweisen, dass die Vernehmung eines Zeugen erst dann abgeschlossen ist, wenn der Untersuchungsausschuss dies durch Beschluss feststellt. Die Entscheidung hierzu darf aber erst dann ergehen, wenn nach Zustellung

(Unruhe)

- meine Herren Kollegen! - des Vernehmungsprotokolls an den Zeugen zwei Wochen verstrichen sind oder auf die Einhaltung dieser Frist verzichtet worden ist.

Haben Sie dazu noch Fragen, Herr Professor Röthemeyer?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Da ich keinen Urlaub habe, ist das kein Problem.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Dann ist das wunderbar. - Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise, bedanke mich herzlich, dass Sie hier waren, und wünsche Ihnen auch gesegnete Weihnachten. Herzlichen Dank. - Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Das wünsche ich Ihnen allen auch. - Frau Vorsitzende, eine Bitte noch: Vorhin wurde von da hinten eine Unterlage erbeten. Die schicke ich Ihnen zu, wenn Sie mir Ihre Adresse geben oder E-Mail-Adresse.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Nein, schicken Sie sie auch ans Sekretariat. Das ist ganz wunderbar, wenn Sie ans Sekretariat - -

(Ute Vogt (SPD): Da ging es aber gar nicht um den Ausschuss, sondern da ging es um die allgemeinen Sicherheitsfragen!)

- Ach so.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
War das die Frage an die Ethik-Kommission bzw. der Brief?

(Ute Vogt (SPD): Ja!)

Den schicke ich dann auch ans Sekretariat.

(Ute Vogt (SPD): Wir geben Ihnen die Adresse gleich!)

- Ach, dann doch nur an Sie?

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Uns interessiert das auch, Frau Vogt! - Gegenruf der Abg. Ute Vogt (SPD): Vorhin durften wir es nicht weiter vertiefen!)

- Also, ich kann nur sagen: Es sind nur zwei Seiten. Aber Sie erfahren, was bis zu 1 Million Jahren - - wie sich die Geosphäre verändert, ob sie stark verändert wird oder vernachlässigbar.

(Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Dann können wir es doch jetzt schnell kopieren!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. Haben Sie es dabei?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ich habe es dabei.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, dann kopieren wir das jetzt und fertig. Dann brauchen Sie es gar nicht zu schicken. Dann müssen Sie sich gar nicht bemühen.

(Der Zeuge übergibt Unterlagen an einen Mitarbeiter des Ausschusssekretariats)

Aber ich schließe jetzt mal die Sitzung, auch für den Stenografen. Es ist jetzt hier wirklich nur noch Nachgeplänkel. Und dann würde ich doch die Öffentlichkeit bitten, den Raum zu verlassen, damit wir dann ganz schnell noch eine Beratungssitzung anschließen können, bitte.

(Schluss: 18.39 Uhr)

gen der Wertminderung oder nur durch eine zu entschädigende Inanspruchnahme der gesamten Grundstücksfläche kompensiert wird. Die Höhe der zu leistenden Entschädigung wäre in einem sich anschließenden Entschädigungsverfahren festzustellen.

/ J Tim

Die im folgenden Gutachten angestellten Überlegungen stellen nach meinem Verständnis einen zwingenden Zusammenhang mit den Salzrechten her, und diese Teile des Gutachtens lauten folgendermaßen:

Allerdings ist auch die Betrachtungsweise denkbar, bei der dieses Ergebnis zweifelhaft erscheinen könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn man lediglich auf eine kontinuierliche Anhebung von 0,01 Meter pro Jahr abstellt und davon ausgeht, daß deshalb die auf dem Grundstück errichteten Gebäude nicht beschädigt werden.

Der mittelbare Eingriff auf die Grundstücke wird - jetzt ist es meine Meinung - umso günstiger oder umso geringer, je größer die zur Verfügung stehende Fläche für die Einlagerung wärmeproduzierender Abfälle ist. Unterstellt man modellmäßig, dass der gesamte Salzstock zur Verfügung steht, reduziert sich die Hebung auf weniger als 0,5 Meter, und die Hebungsrates beträgt nach 50 Jahren im Mittel unter 0,01 Meter pro Jahr. Daraus ergibt sich die Forderung, den gesamten Salzstock ohne Beschränkung durch Salzrechte nur nach sicherheitsmäßigen Kriterien erkunden zu können.

Das Gutachten hätte auch Bedeutung für die Salzrechte Dritter, die dem BfS keine Nutzungsrechte eingeräumt haben. Sollte eine Einlagerung nur im Nordostteil des Salzstocks vorgenommen werden, käme es auch hier zu unvermeidbaren Verformungsmechanismen und Temperaturbeeinflussungen auf die Grundstücke, deren Salzrechte wir nicht besitzen.

Ich gehe jetzt auf das Schreiben des Präsidenten des BfS an die Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 07.01.1997 ein. Dieses Schreiben habe ich erst am 22.11. bekommen vom BfS, es ist aber nicht als Vertraulich gekennzeichnet. Dieses Schreiben betrifft die Handlungsalternativen zur Fortschreibung des Entsorgungskonzeptes. Es diente auch der Vorbereitung eines Gesprächs der Bundesministerin mit dem Wirtschaftsminister und EVU-Vorstän-

den. Zu den die Salzrechte betreffenden Absätzen möchte ich jetzt Stellung nehmen. Sie sind allerdings unter der Überschrift „Kostenbetrachtungen“ aufgelistet:

Die von den EVU vorgeschlagene Variante, zunächst bis zum Erwerb der Salzrechte für vier Jahre die untertägige Erkundung zu unterbrechen, ist nicht gerechtfertigt, da die für die Eignungsaussage erforderlichen Salzrechte im nordöstlichen Teil des Salzstockes dem Bund zur Verfügung stehen. Dabei gehe ich davon aus

- schreibt jetzt der Präsident -

daß die niedersächsischen Bergbehörden meinem Antrag auf Verteilung eines Erlaubnisfeldes

- die sogenannten bergfreien Flächen - alsbald entsprechen wird.

Jetzt wieder zitiert:

In der Diskussion um Einsparpotenziale hat BfS in Abstimmung mit BGR am 17.12.1996 das Konzept vorgetragen, die untertägige Erkundung Gorleben auf den nordöstlichen Teil des Salzstocks zu beschränken und die Erkundung des südwestlichen Teils für den Fall vorzusehen, daß geeignete Salzpartien im nordöstlichen Teil in nicht ausreichendem Umfang vorhanden sind, um die zur Endlagerung anstehenden radioaktiven Abfälle aufzunehmen.

Begründet ist die Änderung in der Vorgehensweise dadurch, daß die Menge der radioaktiven Abfälle, auch der hochradioaktiven Abfälle, um mehr als einen Faktor 2 gegenüber den bisherigen Planungsdaten zurückgegangen ist und daß ein hoher Termindruck für die Realisierung des Endlagers im Salzstock Gorleben auch nach Auffassung der EVU nicht mehr besteht.

Bei dieser Bewertung bleibt aus heutiger Termsicht unberücksichtigt - das ist jetzt meine Haltung dazu -, dass dem damaligen Forschungsministerium noch FuE-Arbeiten gemeldet wurden, die in der Asse nicht mehr durchgeführt werden konnten. Dies wird ebenfalls in dem Schreiben des Präsidenten angesprochen - ich zitiere -:

sowohl nach Süden als auch insbesondere nach Norden eingeschränkt werden. Die Umfahrung nach Süden könnte in das jüngere Steinsalz führen, so daß hier das für die wärmeentwickelnden Abfälle vorgesehene ältere Steinsalz nicht erkundet werden kann. Die nördliche Umfahrung könnte die Durchörterung des nördlichen Hauptanhydritstranges mit den hier und in den Anlagen aufgezeigten Konsequenzen erzwingen.

Hier habe ich jetzt vom BfS einen Sohleriss aus dieser Zeit bekommen und habe zu meinem Erstaunen gesehen, dass hier die zweifache Durchörterung des Hauptanhydritstranges - das ist praktisch die Sünde wider den Heiligen Geist - eingezeichnet ist.

Anhydritschichten

- jetzt gehe ich mit meiner Bewertung weiter -

im Salzstock stellen potentielle Bruchbereiche dar. Infolge ihrer hohen Steifigkeit im Vergleich zum kriechfähigen Salzgebirge und ihres verformungsbehindernden Tragverhaltens werden diese Schichten lokal überbeansprucht. Dadurch können Wegsamkeiten geschaffen werden. Eine Durchörterung dieser Schichten könnte daher auch noch zu einem späteren Zeitpunkt zu Gefährdungen führen.

Dies habe ich zitiert aus der Fortschreibung des Zusammenfassenden Zwischenberichts. Über den zusammenfassenden Zwischenbericht habe ich bei meiner ersten Anhörung sehr ausführlich Stellung genommen. Wir haben das fortgeschrieben und haben diese Aussage gemacht, weil sie praktisch selbstverständlich ist. Es gibt auch Veröffentlichungen, dass im Bergbau das passiert ist. Die Abdichtmaßnahmen mit Zement sind schiefgegangen, weil durch das Abpressen des Zuflusses weitere Teile des Hauptanhydrits gefrackt werden.

Jetzt komme ich noch zur BGR. Die hat auf dem „Jour fixe Gorleben“ am 20.03.97 bestätigt, dass auch ihrer Meinung nach der Hauptanhydrit in dem oben genannten Bereich nicht durchörtert werden soll. - Weshalb sie da später diesem Konzept zugestimmt hat, weiß ich nicht.

Jetzt komme ich zu der Stellungnahme von Herrn Wosnik, die er ja auch selbst berichtet hat. Die Frau Vorsitzende hat mich gebeten, auch dieses noch mal zu zitieren,

weil es möglicherweise jetzt in einem anderen Zusammenhang erscheint.

Vor allem die Ausführungen unter 3,

- sagt Herr Wosnik -

nämlich die Machbarkeit der Erkundung des nordöstlichen Salzstocks und hierin die Behauptung, dass eine Erkundung des nordöstlichen Teils des Salzstocks durchführbar sei, ohne dass es hierzu weiterer Salzrechte bedarf, da die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten nördlich und südlich umfahren werden können, ist insbesondere hinsichtlich der nördlichen Richtstrecke in keiner Weise belastbar. Das Auffahren dieser nördlichen Richtstrecke ist zwar gegebenenfalls bei günstigen geologischen Gegebenheiten möglich, aber diese Möglichkeit ist ohne Aufgabe der fachlich notwendigen Festlegung, den nördlichen Hauptanhydritstrang nicht anzufahren, eher unwahrscheinlich.

Also, der erfahrene Bergmann Wosnik bestätigt ja eigentlich die vorher genannten Bedenken.

Jetzt komme ich zu Professor Herrmann - auch in anderen Worten dasselbe. Ich hatte Ihnen bei meiner ersten Anhörung schon gesagt, dass Herr Herrmann ein ungewöhnlich erfahrener Wissenschaftler ist, was Salzbergwerke angeht - nicht nur im Inland, sondern auch vieler Salzbergwerke ~~in Deutschland~~ *im Ausland*, und dass er auch die entsprechende Kaliumsalzindustrie, gerade in Zuflüssen, beraten hat. Also, er schreibt:

Anhydritschichten enthalten häufig saline Lösungen gespeichert, welche beim Aufschluss unter Tage austreten. Wenn es sich um steilstehende Anhydritschichten mit einem Ausbiss im Bereich des Cap Rock handelt, besteht die Gefahr, dass zunächst in 800 Meter oder 1 000 Meter Tiefe zunächst stark konzentrierte Lösungen ausfließen, dann aber aus immer höheren Stockwerken des Salzstocks und schließlich aus dem Deckgebirge chemisch anders zusammengesetzte und immer geringer konzentrierte Lösungen nachfließen, bis schließlich die Formationswässer aus dem Deckgebirge nachdrängen.

- Das, was man bei der Asse befürchtet. -

Meine Empfehlung: Möglichst keine Experimente mit Anhydritschichten, so wie das ursprünglich ein fester Bestandteil des Unter-Tage-Erkundungskonzeptes für Gorleben war. Im ungünstigsten und nicht vorhersehbaren Fall kann andernfalls das Isolationspotential beeinträchtigt werden. Aber gerade dieses ist doch aus meiner persönlichen Sicht gegenwärtig das stärkste Argument für die natürliche Barriere Salzstock Gorleben.

Ich zitiere noch mal das Schreiben des BfS an das BMU:

Die untertägige Erkundung erfolgt generell mittels Bohrungen und Messungen, wobei als Messungen auch Verfahren wie Reflexionsmeßverfahren

- also indirekte Meßverfahren -

zum Einsatz kommen, mit deren Hilfe in Kombination mit Bohrungen der Aufbau des nördlichen Teils des Salzstocks erkundet werden kann. Die indirekten Verfahren kommen insbesondere in dem Bereich des Salzstockes zur Anwendung, der nicht mittels Bohrungen durchörtert werden kann. Dies betrifft die Bereiche privater Salzabbaugerechtigkeiten der Kirchengemeinden und des Grafen Bernstorff. Auf dieser Grundlage ist der Nachweis der Eignung des nordöstlichen Teils des Salzstockes auf der Grundlage der heute verfügbaren Salzrechte abschließend aus Sicht des Antragstellers führbar. ...

Auf der Grundlage der Ergebnisse und der Bewertung zum nordöstlichen Teil des Salzstockes läßt sich eine Aussage zur grundsätzlichen Eignung auch des Südwestteils herleiten.

Ich habe hier noch mal eine Anmerkung gemacht: Neben den fehlenden Salzrechten spielen offensichtlich auch Kostengründe eine Rolle, wie ich vorhin zitiert habe.

Meine Stellungnahme dazu ist:

Wie wenig vorhersehbar die geologischen Verhältnisse in einem Salzstock sind, zeigen die Erfahrungen mit der Hauptförderstrecke (sie mußte um ca. 90 m nach Süden verlegt werden), den Infrastrukturräumen [Verlegung zum Schacht 1 hin wegen aufragender Faltung des

älteren Steinsalzes mit Flöz Staßfurt (Carnallit) und Lösungen] und die im ET-B-

- das ist Herr Wosnik -

Befahrungsbericht vom 27.02.1997 niedergelegten Befunden.

Wird es praktisch bewiesen.

Ohne Erkundung im Südwesten des Salzstocks kann keine belastbare Aussage über die geologischen Verhältnisse und damit über die Eignung oder Nichteignung in diesem Bereich gemacht werden.

Das ist jetzt meine Stellungnahme.

Jetzt kommt Herr Wosnik:

Im Übrigen kann ich auch die Ausföhrung zur Übertragbarkeit der Erkundungsergebnisse aus dem nordöstlichen Teil auf den Südwesten in dieser Form nicht mittragen. Wenn auch die Wahrscheinlichkeit ähnlicher Ausbildung groß ist, gilt für mich immer noch der alte Bergmannsspruch: Vor der Hacke ist es duster.

- Den hat er auch hier gebracht, wie er mir erzählt hat. -

In solch wichtigen Punkten sollte man keine Spekulation als Tatsachen darstellen.

Herr Herrmann sagt Ähnliches wieder aus den unter Punkt 1 genannten Gründen. Mit Punkt 1 sagt er: die vorsichtige Erkundung von über Tage. Also, aus den unter Punkt 1 genannten Gründen wurde da das Schwergewicht auf die bergmännische Unter-Tage-Erkundung gelegt:

Die nachprüfbare Sicherheit einer direkten Erkundung kann niemals durch indirekte Methoden ~~vorher~~ angelesen und die zwangsläufig spekulative Übertragung der geologischen Verhältnisse von bekannten Salzstockbereichen auf unbekannte Teile eines Gesteinskörpers ersetzt werden. Die objektiven Beobachtungen würden dann logischerweise durch Annahmen und Vermutungen, sogenannte Geophantasie, leider oft wörtlich zutreffend

- sagt er, hat er auch Erfahrung -,
ersetzt.

gen und habe mich orientiert an einem Papier der OECD, was ich auch zitiert habe am 01.07.2010. Das ist eine internationale Empfehlung, die von den OECD-Ländern zweifach geprüft dann in diesem Papier niedergelegt wurde; und an der Erarbeitung war ich auch beteiligt, sodass ich die Sachen kannte.

Ich habe diesen Vorgang dann als meinen Vorschlag, des zuständigen Fachbereichsleiters, an die Amtsleitung geschickt und habe nur von Herrn Thomaske eine Antwort bekommen. Und jetzt kann ich nur aus dem Gedächtnis zitieren: Ja, in Morsleben machen wir das ja etwas anders hinsichtlich einzelner Fragen. - Aber ich habe sonst von der Amtsleitung keine Antwort auf diesen Vorschlag bekommen.

Also, mit Gorleben kann das meines Erachtens nichts zu tun haben, und ich will jetzt noch mal zitieren, wie die Begründungen, die an den BMU geschickt wurden, lauten:

Im Schreiben des Präsidenten des BfS an den BMU wird die Notwendigkeit der Organisationsänderung mit der Dynamik eines Endlagerbetriebes begründet. Die Erfahrungen mit dem Betrieb des ERAM hätten gezeigt, dass die bisherige Organisationsform des Fachbereichs nur bedingt geeignet ist, auf betriebliche Notwendigkeiten zu reagieren, insbesondere auf die mit einem dynamischen Endlagerbetrieb verbundenen kontinuierlich erforderlichen ~~Endlagerungs~~ ^{Endlagerungs}verfahren.

Also, ein direkter Bezug wird zu Morsleben hergestellt.

Eine andere, mich damals sehr verwunderlich gestimmte Aussage, oder diese Aussage -- weil ich der Einzige war unter den Beteiligten in der, sagen wir mal, Spitze des Amtes, die eine langjährige Betriebserfahrung mit komplexen kerntechnischen Anlagen hatte, auch mit dem Forschungsreaktor der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt; das ist wohl der komplizierteste, den es überhaupt gibt; der ist ja jetzt abgebaut. Ich habe auch in Kernkraftwerken gearbeitet, und ich bin seit 1986 Strahlenschutzbevollmächtigter und auch nach Bergrecht Verantwortlicher für unsere Projekte gewesen; das war noch in der PTB. Und von daher können Sie mein Erstaunen verstehen.

Die Probleme, die mit Morsleben aufgetreten sind - es gehört ja eigentlich nicht

hierhin -, sind ganz anderer Natur. Es gibt ein Gerichtsurteil dazu - ich glaube, Bundesverwaltungsgericht sogar; ich könnte das rausuchen, ich bin nicht ganz sicher, oder ich glaube, es war Bundesverwaltungsgericht -, dass die Genehmigung allein nicht dazu ausreicht, sondern dass wir verpflichtet sind, den bundesdeutschen Standard hier anzuwenden. Und da gab es eine Riesenmenge -- Ich glaube, ich habe drei Seiten von Problemen aufgelistet, die abgearbeitet werden müssen. Aber ich will nur das Wichtigste sagen, weshalb ich dieses Projekt, obwohl es sicherlich politisch gewollt war, nicht mittragen konnte. Das eine war: Ich habe mit dem Abteilungsleiter der BGR, der für die Endlagerung zuständig war, mit einem Geochronologen der Universität Heidelberg und Professor Herrmann eine Befahrung 1990 vorgenommen. Und wir haben uns anschließend nach der Befahrung in meinem Büro getroffen und beratschlagt. Und die Befahrung ging auch zu dem Lager H., wo damals - praktisch wie eine Dusche - das herauskam; das hat heute nachgelassen. Aber es ergab sich dann in unserer Expertenrunde die Meinung: Wir können der Glaubwürdigkeit halber unseres ganzen Konzeptes, auch von Gorleben, dem Weiterbetrieb in dieser Form erst dann zustimmen, wenn die Probleme abgearbeitet sind.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:

Herr Professor Röthemeyer, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Das, was ich jetzt wissen möchte, ist eigentlich: Die Umorganisation, die auch Ihre Abteilung betraf, liegt jetzt begründet sozusagen nicht in Gorleben, sondern in Morsleben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Richtig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Und wenn das so ist, dann ist das gut. Dann ist die Aussage so gut, und von daher interessiert das dann diesen Ausschuss nicht weiter.

(Widerspruch vom
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie können ja nachfragen, ist ja gar keine Frage.

Was ich dann aber doch noch wissen möchte, ist, dass Sie in Ihrem Schreiben vom 4. November dieses Jahres an den Aus-

dann von der Amtsleitung entschieden werden, wie vorgegangen wird.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Okay. Herzlichen Dank. - Das soll dann an einleitenden Fragen reichen.

Ich gebe das Fragerecht jetzt an die Unionsfraktion. Bitte schön, Herr Kollege Paul.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. - Herr Röthemeyer, ich möchte genau an dem Punkt weitermachen, den die Vorsitzende gerade aufgegriffen hat, und darf auch aus der Vernehmung von Herrn Rösel noch mal zitieren. Der hat nämlich hier im Ausschuss vor wenigen Wochen, am 10. November - das ist das Stenografische Protokoll Nr. 60, dort auf der Seite 35 -, beschrieben, warum es zu dieser Umorganisation kam. Ich würde Ihnen gerne mal vorlesen, was er gesagt hat, und Sie können mir ja dann Ihre Meinung sagen, ob das so auch Ihrer damaligen Sicht entspricht. Er, Herr Rösel, sagt:

Ja, es gab Gründe, und die lagen einfach darin, dass wir

- gemeint sind Präsident Kaul und Vizepräsident Rösel -

der Auffassung waren, den Bereich des Projektmanagements zu stärken. Bis zu dem Zeitpunkt - das habe ich ja selber mitgemacht; ich war ja ... bis 90 auch mal Projektleiter Konrad und Gorleben unter der Fachbereichsleitung von Herrn Röthemeyer - hatten wir einen ständigen Konflikt zwischen dem, was vorangetrieben werden sollte, und dem, was dann aus wissenschaftlich-technischer Sicht gemacht werden sollte. Das kumulierte immer in der Person von Herrn Röthemeyer. Die Konflikte, die sich daraus ergaben, wurden im Sinne der Konfliktlösung dann immer eine Etage höher, also zu mir, zu Herrn Kaul oder zu uns beiden, gehoben.

Ich kann mich noch sehr gut entsinnen, dass irgendwann mal Herr Kaul zu mir kam und fragte, ob ich nicht eine Lösungsmöglichkeit sehe. Da habe ich gesagt, ja, wir sollten dafür Sorge tragen und ein Zeichen nach außen setzen, dass wir die Aufgabe Errichtung und Be-

trieb eines Endlagers ernst nehmen, auch terminlich und kostenmäßig ernst nehmen, indem wir den Bereich neu ordnen, dem Herrn Röthemeyer das geben, wo er zweifelsohne seine Meriten hatte und hat, nämlich wissenschaftlich-technische Fragen der Sicherheit der Endlagerung, und dem Herrn Thomaske das geben, was er am besten kann, nämlich als Macher zu fungieren.

Zitat Ende. Das war also das, was Herr Rösel als Ausgangspunkt für die Umorganisation hier geschildert hat. Deckt sich das mit dem, wie Sie es damals erlebt haben?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Das, was Sie gerade zitiert haben, könnte eine Erklärung sein, die aber mit meiner Meinung in keinsten Weise im Einklang ist. Konflikte bei Gorleben hat es nur bei den Salzrechten gegeben, und die Gründe habe ich ja vorgetragen. Bei einem anderen Bergwerk - darauf bezieht sich Herr Rösel sicherlich, weil das ein jahrelanger Kampf war - war ich nicht bereit, ein Endlager zu betreiben ohne Stilllegungskonzept und mit Zuflüssen, deren Ursprung nicht geklärt war.

Inzwischen ist erwiesen, dass ich recht gehabt habe mit meinen Bedenken. Da habe ich natürlich immer wieder auf Probleme hingewiesen. Ich könnte die Antwort - - aber leider nur bei diesem, weil in Gorleben gab es keine Probleme, bei Konrad gab es keine Probleme, ganz im Gegenteil; da habe ich mich sehr engagiert eingesetzt. Da gab es wegen der Übertragung eines ganz anderen Genehmigungssystems auf das Genehmigungssystem der Bundesrepublik, wo wir uns an bundesrepublikanischen Vorstellungen orientieren mussten, eine solche Liste von Problemen.

Ich habe dann auch meine Verantwortung nach Berg- und Atomrecht im Gegensatz zu einem Schreiben an den BMU - - 1996 habe ich das Amt gebeten, mich von dieser Verantwortung zu lösen. Also, ich denke, die haben so gedacht. Aber für mich war es wichtiger, ein Endlager zu betreiben, das verantwortbar ist. Ich habe auch nicht Nein gesagt zu diesem Endlager - das ist das wichtigste Beispiel -, sondern ich habe gesagt: Lasst uns die Probleme lösen. - Nur ein Beispiel: Wir haben das betrieben von 1994 bis 98, und wir hatten 98 doch kein Still-

Hi Bei
Morsleben

zu tun hat. Wäre es zu dieser Neuorganisation nicht gekommen, hätten Sie wahrscheinlich diesen Vermerk schreiben müssen oder dürfen, wie auch immer. Das heißt, es wäre dann in Ihrem Aufgabengebiet geblieben, den Vermerk ans Bundesumweltministerium zu verfertigen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Die Frage ist nur, ob ich ihn so gefasst hätte, wie er gefasst wurde.

Ute Vogt (SPD): Na ja, da Sie geschrieben haben, dass Sie ihn nicht so verfasst hätten, gehe ich jetzt mal davon aus. Mir ging es jetzt nur darum: Wäre Herr Thomaske nicht an diese Stelle gesetzt worden, wäre es in Ihrer Zuständigkeit gewesen, den Vermerk zu schreiben. Das heißt aber: Er hätte auch inhaltlich anders ausgesehen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ja, es wäre meine Aufgabe gewesen. Es ist für mich ein ganz klar vorrangig sicherheitstechnisches Problem. Ich hätte ihn schreiben müssen. Wie gesagt, ich hätte aber vorher einige Leute befragt und dann wohl genauso reagiert wie in vielen anderen Fällen in meinem Berufsleben auch.

Ute Vogt (SPD): Und zwar?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Ja, da muss ich in die Geschichte der Kerntechnik gehen. Die Älteren hier - ich glaube, keiner -, die haben vielleicht noch erlebt: Es wurde mal geplant, ein Kernkraftwerk auf das Gelände einer Chemieproduktion zu legen, und zwar berstgeschützt. Das heißt also, gegen den Guillotinebruch einer Hauptkühlmittelleitung sollte Schutz vorgesehen werden. Aber es gibt natürlich noch viele andere Probleme auf dem Gelände eines Chemiewerks. Aber das Problem war, dass der Guillotinebruch gar nicht die hauptsicherheitstechnische Gefahrenlage gab, sondern die kleinen Lecks. Und ich war damals vier Wochen beim MIT in Cambridge in den USA und habe an einem Kurs für Sicherheitsanalysen teilgenommen und habe dann auch unserer Reaktor-Sicherheitskommission gesagt: Das sind kleine Lecks; was ihr hier plant, nützt nichts. Ich muss sagen, ich habe immer, ein paar Mal Glück gehabt, wenn mein Vorgesetzter ein Ingenieur war. Dann

haben wir uns stundenlang zusammengesetzt, und dann sagt er: Ich trage das mit.

Ähnlich ist es mir bei Brokdorf ergangen. Da gab es auch ein Problem. Aber das Hauptproblem war die Asse. Dass heute auch mein Bischof - - Der schreibt dann: Ja, Gorleben ist wie die Asse. - Dann habe ich ihm einen Brief geschrieben, dass ich alle Probleme der Asse, die heute auftauchen, 1980 schon in einem Brief zusammengefasst habe, an den Antragsteller geschickt. Da habe ich mich natürlich auch nicht beliebt gemacht in diesen ganzen Endlagergremien. Ja, und jetzt Morsleben, ^{wo} mich die halbe Stelle gekostet hat.

H das

Ute Vogt (SPD): Das heißt, es war schwierig, wenn man nicht einen entsprechend verständnisvollen Vorgesetzten hatte, auch mit kritischen Äußerungen durchzudringen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Bei Brokdorf rief mich der Abteilungsleiter an - das war ein Ingenieur mit viel Erfahrung in der Kerntechnik - und sagte: Herr Röthemeyer, da hat ein Ministerpräsident sich beschwert. - Und das geht ja dann runter. Und dann sagt er: Kommen Sie her. - Das war abends acht Uhr. Dann haben wir bis halb elf diskutiert. Und da sagt er: Herr Röthemeyer, ich trage das mit. - Und das war für mich eine der größten Freuden, die ich gehabt habe, weil im Ministerium ist die Politik sehr bedeutend. Also, das habe ich immer so gemacht.

Ute Vogt (SPD): Jetzt wären ja in dem aktuellen Fall, wo es noch mal um Gorleben und um den Vermerk ging, eigentlich auch nicht nur Sie, sondern vor allem auch Herr Wosnik noch mal zuständig gewesen. Herr Wosnik hat uns aber auch, und das ergibt sich ja auch aus seinem Vermerk - - wurde ebenfalls nicht gefragt. War das in der Linie nicht vorgesehen? Oder hätte Herr Thomaske auf Herrn Wosnik zurückgreifen können?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er hätte sogar müssen. Der war, wie er ja auch gesagt hat, der bergbaufachliche Vertreter des BfS. Und er hatte noch die ganzen Verantwortungen, die später ja auf jemanden anders übertragen wurden, im bergtechnischen Bereich.

schon in dem ganzen Zusammenhang dann interessieren.

Sie haben uns selbst in diesem Brief ja zuszusagen darauf gestoßen, dass es so war, und deswegen - - Vielleicht wollen Sie etwas dazu sagen.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Also, Sie sprechen nicht über meine Anwältin und mein Verfahren. Das meinen Sie sicher nicht, sondern als Pendant meinen Sie sicher: im BfS.

Angelika Brunkhorst (FDP): Genau.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Und im BfS war es ganz eindeutig der Präsident zusammen mit dem Vizepräsidenten. Welche Rolle Herr Thomaske da noch gespielt hat, ist mir unbekannt.

Ich habe mich mit dem Präsidenten ein paarmal getroffen und habe die Argumente, die die vorgebracht haben, alle widerlegt. Das kann man sogar in den Vermerken sehen, die vorliegen. Und ich habe dann, weil das nichts genützt hat, dieses auch an das BMU geschrieben und genau dargelegt, weshalb welche Verzögerungen aufgetreten sind. Und die Antwort des BMU war genauso wachsw weich und allgemein, wie ich es vorhin teilweise vorgelesen habe.

Was mich dann besonders erschüttert hatte, war, dass, als das dann endgültig von BMU-Seite eingese gnet wurde, dann gesagt wurde: Wenn einer der Abteilungsleiter ausscheidet, dann wird diese Spaltung der Abteilungs führung wieder zurückgenommen. - Es ist ja natürlich ganz klar, dass das gegen mich ging, weil ich ja auch der Älteste war.

Jetzt hatten Sie noch die Frage gestellt: Reorganisation. Ich habe dann, weil das ja alles mit dem Betrieb zusammenhing, einen Brief geschrieben und gesagt: Wir betreiben ja nicht mehr. Morsleben war dankenswerterweise gerichtlich gebremst, und Konrad auch gerichtlich - bei weitem kein Betrieb oder Umrüstung. Und daraufhin wurde ich als alleiniger Fachbereichsleiter wieder eingesetzt. Wie weit das mit der neuen Amtsleitung zusammenhängt, entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht haben die mein Wirken nicht ganz so gesehen wie die Amtsleitung vorher.

Angelika Brunkhorst (FDP): Ja, vielen Dank. - Ich habe keine weiteren Fragen.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank. - Dann geht das Fragerecht jetzt bitte an die Linke.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Danke, Frau Vorsitzende. - Herr Professor Röthemeyer, ich möchte auch noch mal nachhaken in dieser Frage der Umorganisation. Das passiert ja nicht so häufig. Und wenn ich Sie eben richtig verstanden habe, ist Ihnen auch in der Auseinandersetzung über die Umorganisation keine für Sie schlüssige Begründung geliefert worden. Habe ich das richtig verstanden?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:

Sie haben das völlig richtig verstanden. Ich hatte vorhin darauf hingewiesen, dass ich acht Jahre lang als stellvertretender Betriebsleiter und Leiter des Labors Reaktorbetrieb bei der PTB praktische Erfahrung gesammelt habe. Ich bin Reaktoroperateur, ich konnte Schichtleiter machen und auch die Gesamtleitung. Und dann beim Forschungsreaktor eben - - Da fehlte die Dampfseite ~~fast~~ Und dann bin ich auch an ein Kernkraftwerk gegangen. Ich hatte also praktische Erfahrung in der Leitung einer kerntechnischen Anlage. Und das ist auch alles anerkannt worden in den Qualifikationen, die man braucht, um irgendwelche Verantwortung zu übernehmen.

Und auf der anderen Seite habe ich keinerlei Betriebserfahrungen dieser Art gesehen - nur mit meinem Kollegen Wosnik. Und wir haben gemeinsam was erarbeitet, wie wir jetzt die betrieblichen Dinge regeln - und alles nach Atom- und Bergrecht. Ich habe das sogar hier, wie wir das gemacht haben.

Von daher gesehen verstehe ich bis heute nicht, weshalb man auf diesen Gedanken gekommen ist. Es kann nur so begründet sein: Ich bin ein derartiger Bedenken träger. Wir können mit dem überhaupt nichts - - keinen Betrieb betreiben.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Also, Sie hatten dann so den Eindruck, dass auch Ihre Bedenken bei Morsleben - da waren Sie ja dann auch noch eine Zeit lang verantwortlich - vielleicht den Ausschlag gaben, die Bedenken, die Sie bei Gorleben hatten, die andere fachliche Aufsicht. Hatten Sie das Gefühl, dass diese Entscheidung, umzustrukturieren, allein im BfS gefallen ist? Oder war das eher eine Weisung von oben? Oder wie haben Sie sich das erklärt? Weil man

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Nein, wegen Morsleben! Das ist ein
falscher Vorhalt!)

- Ich gehe mal aufs Protokoll. Herr Wosnik
hat gesagt:

... für mich war nur klar: Man will
den südöstlichen Teil nicht erkun-
den.

Sondern nur den nordöstlichen. Das können
wir ja im Protokoll nachlesen, Seite 79 und
auf Seite 82.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Er
ist doch deswegen nicht in
Ruhestand gegangen!)

- Es kostet mich jetzt meine Fragezeit, wenn
Sie immer dazwischenreden.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU): Aber
das mit dem Ruhestand stimmt
nicht!)

- Können wir weitermachen?

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja,
jede Menge.

(Reinhard Grindel (CDU/CSU):
Diese Fälschungen machen wir hier
nicht mit!)

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN): Die 30 Sekunden kriege ich jetzt
aber drauf, nicht wahr? Und ich empfehle die
Lektüre des Protokolls. Jetzt müssen wir erst
mal den roten Faden wiederherstellen.

Wenn jetzt die bergfachliche Person Herr
Wosnik, die Herrn Thomauske ja beigeordnet
war, auch so eine dezidierte Position hat, wie
sie jetzt in Ihren Bemerkungen anklang, dann
fragt man sich natürlich, ob das nicht der
Grund sein könnte, warum gerade Herr
Thomauske an diese Position gesetzt wurde,
der ja dann dieses bergfachlich nicht abge-
stimmte Schreiben vom 23.01. geschrieben
hat. Haben Sie für solche Vermutung auch
Erkenntnisse? Oder ist das eher mehr so auf
einer logischen Ebene zu erreichen?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer:
Ich habe dem BMU in meinem Wider-
spruchsverfahren deutlich gemacht, dass ich
im bergrechtlichen Bereich große Probleme
sehe, wenn jetzt Herr Thomauske als Physi-
ker - damals ohne große bergmännische

Erfahrung - solche Aufgaben bekommt. Und
ich habe mich berufen auf ~~ein Schreiben, das~~
~~wir früher~~ von dem Leiter des Oberbergamts
Clausthal ~~(bekommen haben)~~, in dem ganz
klar gesagt wird: Für diese Aufgaben braucht
man eine bergbaufachliche Erfahrung und
ein Studium des Bergfachs. - Und das sehe
ich auch ein.

Und Herr Wosnik und ich haben immer
beachtet, dass ich nie Aufgaben bekam, die
nur er nehmen konnte. Vor Ort kann ich kei-
nen anweisen, die und die Sache zu ma-
chen. Und deswegen haben wir die Aufga-
ben so getrennt, dass Atom- und Bergrecht
einschließlich dieser Vorgaben von Herrn
Führer ~~(?)~~ Genüge getan wurde. Und das lief
auch, wie gesagt, vernünftig. Ich war für die
Gesamtleitung verantwortlich und konnte
Herrn Wosnik Weisungen geben. Ich konnte
ihm nur nicht Weisungen vor Ort geben, weil
mir da einfach -- Ich habe keinen Bergbau
studiert. Das habe ich Herrn Wosnik überlas-
sen. Und das hatte ihn eigentlich auch sehr
motiviert, sich engagiert einzusetzen. Wer
ihn mal vor Ort erlebt hat - ich weiß nicht, ob
hier jemand ist -, der wird das voll bestätigen
können: ein ganz engagierter Mitarbeiter,
fachkundig und tatkräftig.

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth:
Herzlichen Dank. - Damit sind wir am Ende
der zweiten Berliner Runde und kommen zur
dritten. Hat die Union Fragen, Anmerkun-
gen? - Bitte schön.

Reinhard Grindel (CDU/CSU): Also, ich
will das nur klarstellen, weil das ja hier jetzt
Gegenstand war. Ich zitiere aus der Verneh-
mung von Herrn Wosnik. Ich habe ihn da-
mals gefragt:

Gut, aber noch mal, um das zu-
sammenzufassen: Am 27. Januar
schreibt Herr Thomauske seinen
Brief. Daraufhin bittet Herr Röthe-
meyer Sie um eine Stellungnahme.
Die geben Sie ab am 31. Januar
1997, eine kritische Stellungnahme.
Ich stelle fest: Ihr Antrag, Sie in den
einstweiligen Ruhestand zu verset-
zen, hat mit diesem Vorgang nichts
zu tun.

Zeuge Gert Wosnik: Nein, nein.

Er hat dann im späteren Verlauf noch mal
klargestellt, dass er mit Morsleben -- Er hat
Anfang 96 den Antrag gestellt, weil er auch -

Ein
einen Vor-
trag
H-W

J H W

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann ich jetzt noch weitermachen?)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Ja, zweieinhalb Minuten. Bitte schön, Frau Steiner.

Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss ja noch anknüpfen an die Auseinandersetzung um den bergbaulichen Sachverstand und die Verfasser der Vermerke oder des Vermerks vom 23.01.97. Es ging ja darum, dass die bergbaufachliche Person, Herr Wosnik, das geänderte Erkundungskonzept mit der Beschränkung auf den nordöstlichen Teil ja kritisiert hat. Und ich habe das in Zusammenhang gestellt - was Herr Grindel wiederum kritisiert hat - auch mit seinem Abschied, seinem durchaus vorzeitigen Abschied in den Ruhestand. Und ich wollte eigentlich daran noch einmal erinnern, dass auf die Frage des Kollegen Edathy genau das von Herrn Wosnik gesagt wurde - auf der Seite 79 ff. [sic!]. Auf die Frage des Kollegen Edathy, dass „Sie über den Flurfunk ... vernommen haben, dass die Bundesregierung darauf drängen würde, entgegen der ursprünglichen Planung die Erkundung nur des - wie Sie es formuliert haben - halben Salzstockes vorzunehmen und nicht beider Teile“, hat Herr Wosnik dann gesagt: Ja, das haben Sie richtig verstanden, das war auch mit einer - - und - ich führe das weiter - den Eindruck erweckt hat, dass das mit einer der Gründe war, warum er sich verabschiedet hat. Können Sie sich an diese Diskussion noch erinnern?

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Er hat ja, was die Verabschiedung angeht, andere Gründe genannt, also nicht in diesem direkten Zusammenhang. Aber irgendwelchen Druck, der ausgeübt worden sein soll, den kann man nur aufgrund der Unterlagen, die ich kenne - ich habe ja an keinem dieser Gespräche teilgenommen - - kann man nur spekulieren.

Die Frage der Salzrechte und der Erkundung hat den BMU ja schon sehr lange gequält. Und die IEAL hat keine günstige Antwort gegeben, wenn Sie die - - Ich habe das ja vorhin vorgelesen. Und jetzt passiert sechs Jahre gar nichts. Und jetzt plötzlich gibt das Bundesamt eine Auskunft, die ich, wie ich vorhin ja gesagt habe, für äußerst bedenklich

halte, aus den genannten Gründen. Das hat vielleicht dem Bundesamt gefallen, weil dann dieses Problem der Salzrechte nicht auftauchte. Aber einem Verantwortlichen für die Technik und Sicherheit hat das nicht gefallen. Wir brauchen die Salzrechte - ganz einfach. Und - ich habe das ja einfürend gesagt - es ist sehr enttäuschend, dass wir einen Auftrag bekommen haben, sogar nicht mal den Salzstock selbst aussuchen konnten, sondern er wurde uns vorgegeben, und dann dass man von uns erwartet noch um nicht vorhandene Salzrechte herum zu bohren und vielleicht unser eigenes Projekt, an dem wir sehr hängen, kaputtzumachen. - Mehr kann ich leider nicht sagen.

(Dorothea Steiner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Danke! Ich kann jetzt gerade nichts fragen!)

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Genau. Damit ist die Fragezeit auch wieder vorbei. - Wir gehen in die vierte Berliner Runde. Ich frage die Union, ob sie noch Nachfragen hat.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir haben eine Bitte - es ist keine Frage -, und zwar: Sie haben mehrfach, Herr Röthemeyer, das Gutachten der Rechtsanwaltskanzlei Kümmerlein etc. aus dem Jahre 1996 angeführt. Wir haben dieses Gutachten, jedenfalls nach bisheriger Prüfung, nicht in unseren Unterlagen gefunden und würden Sie bitten, uns da eine Kopie zur Verfügung zu stellen bzw. das Exemplar zur Verfügung zu stellen. Wir kopieren es und geben Ihnen das Original wieder zurück.

Zeuge Prof. Dr. Helmut Röthemeyer: Das kann ich sofort machen. Ich glaube, das ist sehr wichtig, wenn Sie das lesen. Da merkt man, wie ein Anwalt aus Vergleichen mit Straßenbaumaßnahmen und Bundesverwaltungsgerichtsurteilen das bewertet. Und der Anwalt ist sicherlich kein schlechter, die Kanzlei. - So, das war - - Das andere habe ich - -

Vorsitzende Dr. Maria Flachsbarth: Herzlichen Dank.

Dr. Michael Paul (CDU/CSU): Wir haben ansonsten keine Fragen.